



Mit heißem Herzen und klarem Verstand

20 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt
im Landesverband DIE LINKE. Brandenburg

Mit heißem Herzen und klarem Verstand

20 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt
im Landesverband DIE LINKE. Brandenburg



Impressum:

Herausgeber: LAG Umweltpolitik beim Landesvorstand DIE LINKE. BRANDENBURG

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Annemarie Kersten, Christian Rehmer und Norbert Wilke
unter Mitarbeit von Dr. Gerlinde Grahn, Dr. Ulrike Koch

Redaktionsschluss: Oktober 2012

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Umschlagfoto: Luise/pixelio.de

Inhalt

6	Abkürzungsverzeichnis
7	Vorwort
8	1. Von den Anfängen der AG
10	2. Sachkundig und engagiert formten Persönlichkeiten das Profil der AG Umwelt
16	3. Unser Anliegen – umweltpolitisches Wirken innerhalb der Partei und nach außen Die Wirksamkeit der AG seit 1991
16	3.1 Die umweltpolitischen Konferenzen
20	3.2. Die Alternativen Grünen Wochen
23	3.3. Die Ökostandpunkte
26	3.4. Engagiertes Miteinander vieler Partner
27	4. Das Wirken der AG Umweltpolitik seit 2009 – Der Generationenwechsel ist vollzogen.
29	5. Schlussbemerkungen
	 Anhang:
30	Anlage 1 Chronik
37	Anlage 2 Übersicht über die Alternativen Grünen Wochen bzw. den Grünen Sommer
38	Anlage 3 Verzeichnis der Öko-Standpunkte der AG Umwelt
40	Anlage 4 Thesen der 2. Ökologischen Konferenz
53	Anlage 5 Grundsätze für die Gestaltung der Alternativen Grünen Woche des PDS Landesverbandes Brandenburg
56	Anlage 6 Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz „Zukunftssicherung geht nur sozial und ökologisch oder gar nicht“
78	Anlage 7 Zempower Aufruf
79	Anlage 8 Position zu ausgewählten Aspekten der Energiestrategie des Landes Brandenburg, vom 1. Oktober 2011
82	Anlage 9 Die Sprecher der AG von 1991 bis 2012

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
BER	Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“
BO	Basisorganisation
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left, - Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
IPCC	Intergouvernemental Panel on Climate Change
kf	kommunalpolitisches forum
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
LOS	Landkreis Oder-Spree
LV	Landesvorstand
MdL	Mitglied des Landtages
MOL	Märkisch-Oderland
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
OHV	Oberhavel
OPR	Ostprignitz-Ruppin
PM	Potsdam-Mittelmark
TU	Technische Universität
ZALF	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung e. V. Müncheberg

Vorwort

„Man kann für die Umwelt kämpfen ohne Sozialist zu sein, aber nicht Sozialist sein, ohne die Umwelt zu schützen.“ (Wolfgang Methling)¹ Im Programm der Partei DIE LINKE, welches auf dem Erfurter Parteitag 2011 beschlossen wurde, ist die Vision vom demokratischen Sozialismus u. a. mit der Forderung nach einer Veränderung der Produktions- und Lebensweise ... und einer Veränderung des Verhältnisses von Mensch und Natur verbunden. Wir, als AG Umwelt des Landesverbandes Brandenburg, nehmen diese Aussagen mit Freude zur Kenntnis und stellen mit Genugtuung fest, dass unser 20jähriges Wirken gemeinsam mit vielen Genossinnen und Genossen im Programmentwurf Niederschlag gefunden hat. Die Aussage, dass „die ökologische Frage zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle Frage, eine Systemfrage ist“ bestimmte unser Handeln in den letzten 20 Jahren. Mit den im Programm formulierten Aussagen ergeben sich aber weitere Fragen, die dringend einer Antwort bedürfen:

- Gelingt es die Menschen hier bei uns, aber auch weltweit, für eine Veränderung der Lebensweise zu gewinnen und wie muss diese aussehen?
- Bleibt noch genügend Zeit, um eine existenzbedrohende Verschärfung der ökologischen Katastrophe abzuwenden?
- Was ist zu tun, um auch unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen der ökologischen Katastrophe zu begegnen?
- Gelingt es, gleichzeitig mit der Abwendung einer weltweiten ökologischen Katastrophe die brennenden sozialen Probleme von Hunger und Armut in der Welt zu lösen?

Mit dem Wissen um die drängenden Aufgaben im 21. Jahrhundert sollten die folgenden Darlegungen der AG Umwelt konstruktiv und kritisch aufgenommen werden.

Hoffen wir, dass es eine Zeit ist, „Die Riesen braucht und Riesen zeugt“ (Friedrich Engels).

¹ Prof. Dr. Wolfgang Methling war von 1998 bis 2006 Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern und ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr.

1. Von den Anfängen der AG

Defizite im Umweltbewusstsein und entsprechendem Handeln innerhalb unserer Partei führten zur Bildung eines landesweit agierenden Gremiums umweltpolitisch engagierter Genossinnen und Genossen.

Erinnern wir uns: Die SED betrachtete sich als eine marxistische Partei, Denken und Handeln wurden vermeintlich auf der Basis der Schriften von Marx und Engels begründet. Aus diesen ergibt sich u. a. die Verpflichtung jeder Generation, die Umwelt als Existenzbedingung der künftigen Generationen achtsam zu behandeln. „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als „boni patres familias“ den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (Karl Marx: Das Kapital, dritter Band)

Ähnliche Aussagen finden wir bei Engels u. a. im „Anti-Dühring“ und in der „Dialektik der Natur“.

Die Wirklichkeit sah anders aus – trotz eines 1977 erlassenen Landeskulturgesetzes der DDR, das in seiner Konsequenz im Umgang mit den natürlichen Reichtümern vorbildlich war und weit über das 1935 verfasste Reichsnaturschutzgesetz, welches bis Ende der 80er Jahre in der BRD noch galt, hinausging.

War es doch der Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR, die Eutrophierung der Gewässer durch intensive Landwirtschaft und nicht ausreichende Klärung der Abwässer, die Nutzung der Braunkohle als Brennstoff und zur Verstromung, was zur Verschmutzung der Luft mit Feinstaub sowie Stick- und Schwefeloxiden führte, die ungenügende Verbrennung des Treibstoffs in Zweitaktmotoren u. a., der nicht nur Gegnerinnen und Gegnern der DDR Angriffsflächen bot, sondern auch Inhalt des Ringens um eine bessere DDR verschiedener Oppositioneller innerhalb der SED und in der ganzen Gesellschaft war.

Es gab zwar Lösungsmöglichkeiten um Umweltprobleme zu bewältigen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

In Schöneiche bei Zossen wurde eine sehr teure Hochtemperaturverbrennungsanlage installiert, um die Bildung von Dioxin bei der Müllverbrennung zu verhindern.

Durch das Kalksteinadditivverfahren konnte der Schwefeldioxidausstoß bei der Braunkohleverstromung erheblich reduziert werden. Es war aber kostspielig und bedeutete

auch einen Raubbau an den Kalkvorkommen im Harz und in Rüdersdorf. Entstaubungsanlagen wurden in die neueren Kraftwerke wie Boxberg eingebaut, minderten aber deren Leistungsfähigkeit. Erst in den 80er Jahren begann man, die Produktion von Wartburg und Trabant auf Viertaktmotoren umzustellen.

Insgesamt aber reichte die Wirtschaftskraft der DDR und sicher auch die Einsicht der Verantwortlichen nicht aus, den gravierenden Umweltproblemen in der DDR den Garaus zu machen.

So war es beim Erneuerungsprozess von der SED zur PDS eine politische Notwendigkeit, einen Weg zum Umgang mit der natürlichen Umwelt zu finden, der den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprach. Die Gründung einer landesweit agierenden AG war daher folgerichtig und politisch notwendig.

Am 20. April 1991 trafen sich auf Initiative von Margitta Mächtig und Bernhard Gonnermann (MdL) in Bernau etwa 10 Genossinnen und Genossen, um eine landesweite Umwelt-AG ins Leben zu rufen.

Lassen wir Margitta Mächtig quasi die „Gründungsmutter“ selbst zu Wort kommen. Margitta Mächtig schreibt:

„Zu meinem Engagement im Umwelt- und Naturschutz kam es zwangsläufig. Als sich der Landesvorstand 1991 unter der Leitung von Lothar Bisky organisierte, wurde die Frage gestellt, wer welche Politikbereiche betreuen wird. Da war für mich klar, Bildung oder Natur und Umweltschutz sind meine Themen. Das Suchen nach einem Weg ökonomischer ökologischer Balance in der gesellschaftlichen Entwicklung war das Ziel. Es war nur folgerichtig, dass ich mich bereit erklärte, als umweltpolitische Sprecherin zu agieren. Und getreu dem Motto, „Wenn man nicht mehr weiter weiß, bilde einen Arbeitskreis,“ war es eine der ersten Aufgaben, Genossinnen und Genossen, aber auch weitere engagierte Bürgerinnen und Bürger zu finden, die Interesse an linker Umwelt- und Naturschutzpolitik hatten und diese zusammenzuführen.

Wir, das waren Prof. Bernhard Gonnermann, damals Friedens- und umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der PDS, und ich, luden zu einem ersten Termin am 20. April 1991 nach Bernau in meine Gaststätte ein und es kamen mehr als 10 Genossinnen und Genossen. Das machte Mut damals.“

Zu den Teilnehmern gehörten so aktive Mitglieder der späteren AG Umwelt wie Karin Lück, Horst Wuttge und Klaus Westendorf.

Das war die Geburtsstunde der nun bereits 20 Jahre wirkenden AG Umwelt.

Die AG Umwelt verschaffte sich auch innerhalb des Landesverbandes frühzeitig Gehör. So war sie an der Vorbereitung der 1. Tagung des 3. Landesparteitages beteiligt, der den Beschluss „Ökosozialer Fortschritt für Brandenburg – Arbeitsplätze, Gesundheit, Zukunft durch Verbesserung und Bewahrung der natürlichen und ökonomisch-sozialen Lebensgrundlagen“ fasste, wesentlich beteiligt.

Für die zweite wirtschaftspolitische Konferenz der PDS des Landes Brandenburg, die am 27. Februar 1993 stattfand, wurde ein Umweltpolitisches Paket für die PDS erarbeitet, dessen wesentliche Aussagen auch heute noch aktuell sind. Genannt seien hier nur der CO₂ Ausstoß, die ständige Freisetzung von Giften, der ungebremste Flächenverbrauch durch Bauvorhaben, die Verschwendung von Trinkwasser, die Luftverschmutzung, das Waldsterben und der rapide Rückgang von Tier- und Pflanzenarten im Land. Dringend angemahnt wurde eine moderne Verkehrspolitik. Die hier unterbreiteten Vorschläge wurden jedoch mit dem Bau des Großflughafens Berlin und dem massiven Ausbau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sträflich missachtet. Die Folgen erleben wir zurzeit auch in Form massiver Proteste lärmgeschädigter Anwohner in den Umlandgemeinden des BER.

Positiv kann vermerkt werden, dass es gelang, den Bau der Transrapidstrecke von Berlin nach Hamburg zu verhindern, der überdimensionierte Havelausbau abgespeckt wurde und es auch wesentliche Fortschritte in der Abfallvermeidung und Abfallverwertung in den letzten Jahren gab. Ein großes Problem waren auch die militärischen Altlasten, die das Land zu Beginn der 90ziger Jahren zu tragen hatte und auch auf diesem Gebiet gab es Fortschritte. Heute sind viele ehemalige Truppenübungsplätze gesicherte Naturreservate und auch das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner-Heide konnte verhindert werden. Das Umweltpolitische Paket war gerade in der Nachwendezeit eine wichtige Handreichung auf dem Gebiet des Umweltschutzes für unsere Partei.

2. Sachkundig und engagiert formten Persönlichkeiten das Profil der AG Umwelt

Erfolgreich konnten wir sein, weil bundesweit und darüber hinaus bekannte Persönlichkeiten zu uns fanden.

Allen voran ist das Ehepaar Kurt und Erna Kretschmann zu nennen. Beide waren Ehrenmitglieder der AG Umwelt.

Als SozialistInnen und PazifistInnen waren sie glücklich, Gleichgesinnte an ihrer Seite zu haben. Ihr Leben war erfüllt von der Liebe zur Natur und den Menschen. Sie waren wesentliche Mitbegründer des Naturschutzes in der DDR. Sie waren an der Ausarbeitung des Naturschutzgesetzes der DDR beteiligt und wurden beauftragt, in Müritzhof bei Waren die weltweit erste Lehrstätte für Naturschutz (1954-1960) einzurichten. Jedermann kennt das von Kurt erfundene Naturschutzsymbol: Die Waldohreule. Sie wurde auch zu unserem Markenzeichen und ist es noch heute.

Ihr auf den Oderhängen in Bad Freienwalde eigenhändig errichtetes Blockhaus war nicht nur Heimstätte für die Familie. Dort war auch der Arbeitsplatz, wo unzählige Schriften für die Verbreitung des Naturschutzgedankens und gegen den Krieg entstanden.



Blockhaus in Bad Freienwalde (Erstes Wohn- und Arbeitshaus von Erna und Kurt Kretschmann) April 2006

An dieser Stelle hatte sich Kurt Kretschmann in einer Erdhöhle unter seiner Gartenlaube versteckt, nachdem er auf seinem letzten Heimaturlaub von der Wehrmacht desertiert war. Er, der drei Kriegsjahre an der Ostfront überlebt hat, wollte nicht für eine falsche Sache sterben. Ein Vierteljahr lang lebte er im Erdbunker, wurde heimlich von seiner Frau

Erna versorgt, ehe endlich im April 1945 auch Bad Freienwalde befreit wurde.

Der Kampf gegen Faschismus und Krieg war ihm zeitlebens eine Herzensangelegenheit.

Nach 1990 machten beide aus ihrem Haus ein Museum des Naturschutzes, das „Haus der Naturpflege Bad Freienwalde“.

Mit den Mitgliedern unserer Partei in Bad Freienwalde schuf Kurt in den Jahren 1991 – 1994 den Dr. Max-Kienitz-Lehrpfad. Das ist auch in unserem ersten Ökoheft beschrieben.¹ So waren sie freundliche und kritische Begleiter unseres Tuns. In ihrer bescheidenen Lebensweise und ihrer Menschlichkeit sind sie uns immer ein Vorbild.

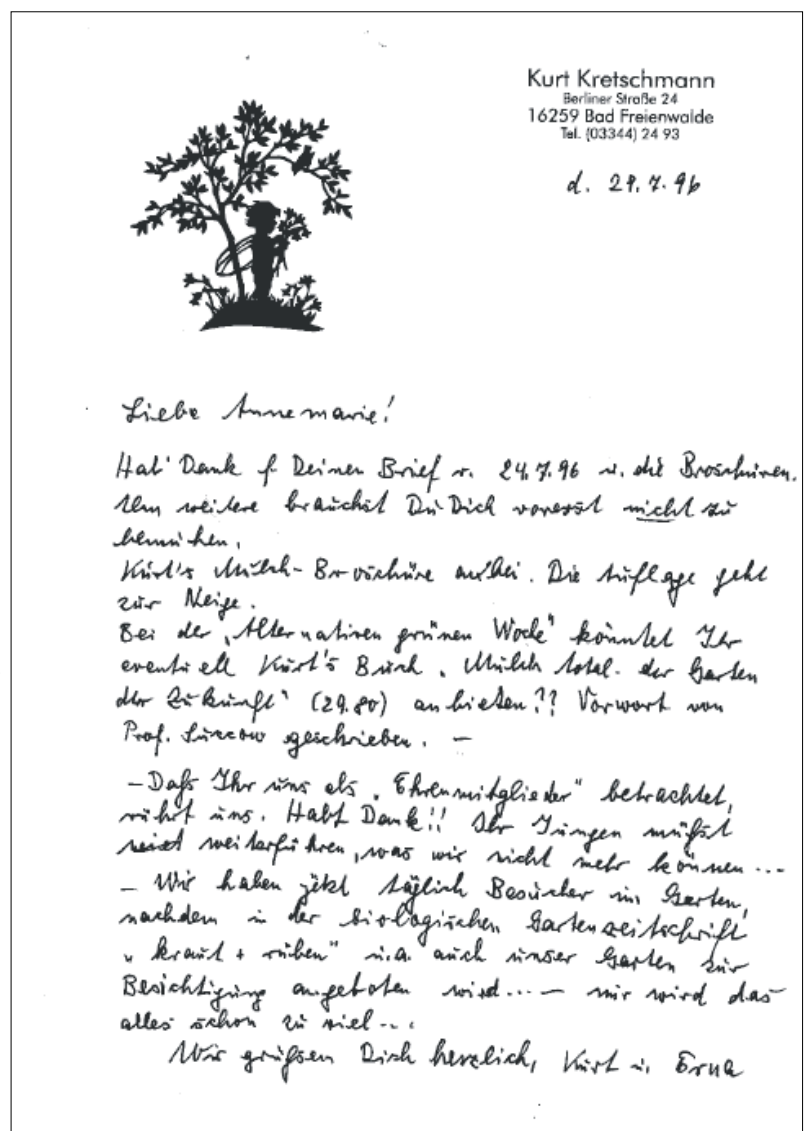
Man kann sich das Erschrecken einiger Leute vorstellen, als Kretschmanns in Bonn mit dem Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet wurden und sie sich als Mitglieder der PDS bekannten. In dem vornehmen Ho-

tel, in dem sie Quartier bekamen, haben sie in ihrer Bescheidenheit als VeganerInnen und Menschen, die keinen Tropfen Alkohol tranken, für etwas Verwirrung gesorgt.

Erna Kretschmann oblag es, fast den gesamte Schriftverkehr, das Verfassen von Zeitungsartikeln und natürlich auch den Kontakt zur AG aufrechtzuerhalten. Viele Anregungen und Hinweise der Kretschmanns flossen in unsere Arbeit ein.

Eine lebenswerte Eigenschaft von Erna waren die stets beigelegten handschriftlichen Verse, Zitate oder auch Witze in ihren Briefen.

(siehe rechts)



¹ Max Kienitz 4. November 1849 in Patzig (heute Piaseczno) bei Bad Schonflies (Neumark);
† 5. Juni 1931 in Bad Freienwalde war ein deutscher Forstmeister und Forstwissenschaftler. Er trat vor allem als Forstbotaniker hervor, gehört aber auch zu den Pionieren des Naturschutzes. Auf seine Initiative wurde 1907 das Plagalen als erstes Naturschutzgebiet Norddeutschlands eingerichtet.)



Prof. Dr. Wolfgang Böhme

Eine neue Qualität erreichte die AG, als sich im Jahre 1996 Genosse Prof. Dr. Wolfgang Böhme² (*Foto links*) und Genossin Dr. Ilse Spahn, leitende Mitarbeiter des Meteorologischen Dienstes der DDR, der LAG Umwelt anschlossen.

Prof. Dr. Wolfgang Böhme hatte dank seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse wesentlichen Einfluss, dass DIE LINKE in ihrem politischen Wirken immer stärker versucht, dem Motto unserer 5. Ökologischen Konferenz „Die Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht“ gerecht zu werden. Eine wichtige Erkenntnis, die er in wissenschaftlichen Gremien wie die Leibniz-Sozietät, aber auch innerhalb der Partei vertrat war „Die Lösungen für Armut und Umweltprobleme sind grundsätzlich bekannt; es

fehlt allein der politische Wille, sie Völker verbindend umzusetzen.“

Nach 1990 hatte er ganz bewusst seine Erkenntnisse in den Dienst unserer Partei gestellt. Er übersetzte den 3. IPCC-Bericht aus dem Englischen und unterbreitete daraus schlussfolgernd Vorschläge für die politische Arbeit der Partei.³ Diese Erkenntnisse trug er auch auf der Umweltkonferenz der PDS 1996 in Hannover vor.

Dr. Ilse Spahn war Böhmes Stellvertreterin beim Meteorologischen Dienst und verantwortlich für Raumfahrt. Ilse gehört mit ihrer schöpferischen Aktivität zu den verdienstvollsten Mitgliedern der AG Umwelt. Besonders erwähnenswert ist ihre Arbeit an den Thesen für die Ökologische Konferenz in Neuseddin, die wir bewusst als theoretische

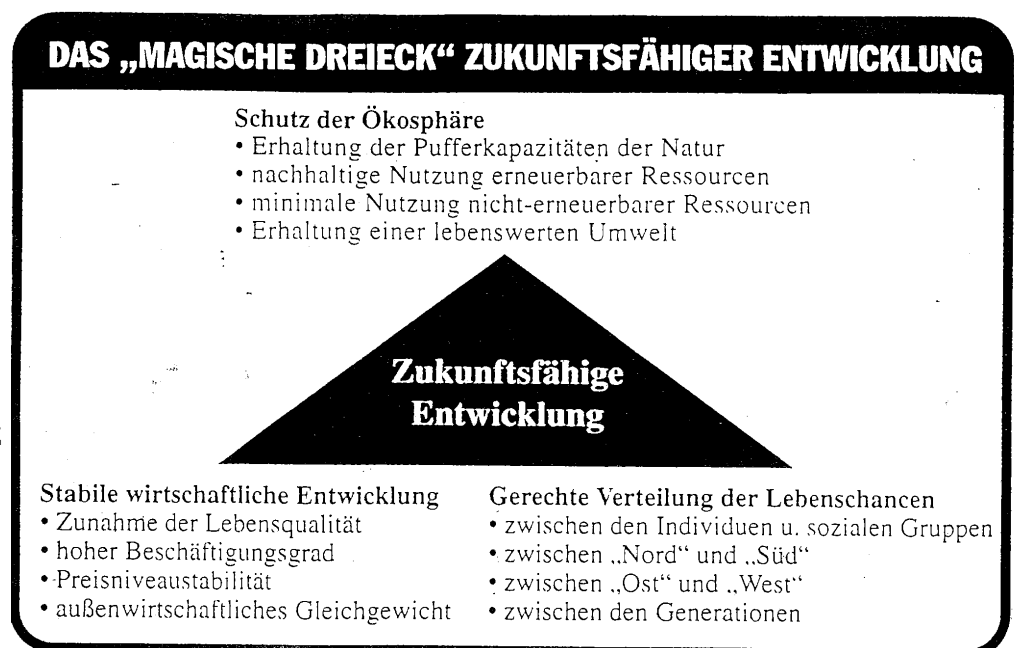
² Prof. Dr. Wolfgang Böhme (1926-2012) war Direktor des Meteorologischen Dienstes der DDR und seit der Aufnahme der DDR in die Welt-Meteorologie-Organisation (WMO) im Jahre 1973 Repräsentant der DDR. Er war Mitglied der Kommission für atmosphärische Wissenschaften und leitete dort über viele Jahre die Arbeitsgruppe zu Fragen der Klimaforschung. Er leitete damit auch eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse des Weltklimaprogramms in den mehr als zehn Jahren zwischen der ersten (1979) und zweiten Klimakonferenz (1991) bewertete sowie Schlussfolgerungen und Vorschläge für die Fortführung des Weltklimaprogramms in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu unterbreiten hatte.

Er war 1990 Mitbegründer der Leibniz-Sozietät.

³ Siehe Ökostandpunkt 2/2001 „Die neuesten Einschätzungsberichte des IPCC zur Klimaänderung und Schlussfolgerungen der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS Brandenburg“.

Konferenz anlegen, um fundiert und überzeugend unsere umweltpolitischen Standpunkte darlegen zu können.⁴ Ilse Spahns reiches theoretisches Wissen spiegelt sich auch in den Thesen zur Ökologischen Konferenz „Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht“, die sie gemeinsam mit Dr. Kirsten Tackmann (MdB) erarbeitet hat, wider.⁵ Ilse Spahn ist unsere Expertin zur Nachhaltigkeit. Dieser Begriff, bereits bei Karl Marx definiert, wurde zu jener Zeit und noch heute diskriminiert, weil er inflationär von Schwadronneuren aller Couleur gebraucht wird. Er musste auf seinen Kern zurückgeführt werden.⁶

Nachhaltigkeit als Form des Wirtschaftens wird seit Jahrhunderten vor allem in der Forstwirtschaft angewandt. Sie beinhaltet die Beachtung des Selbstregulationsvermögens der natürlichen Systeme bei deren Nutzung. Sie fußt auf der Erkenntnis, dass Naturgesetze sich auch unabhängig vom Menschen realisieren und jede Nutzung die Beachtung der natürlichen Gesetzmäßigkeiten einschließt. Das bedeutet für die Forstwirtschaft zunächst, dem Wald nicht mehr Holz zu entnehmen als in definierten Zeiträumen nachwachsen kann. Im Brundtlandbericht der UNO 1987 und auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro nutzte man diesen Begriffsinhalt,



um angesichts der sich anbahnenden Klimaveränderungen und anderer Anzeichen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen die Aufgaben für das 21. Jahrhundert zu formulieren, niedergelegt in der AGENDA 21. Dort ist im Grundsatz 3 wie folgt formuliert: „Das Recht auf Entwicklung muss so erfüllt werden, dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.“

4 Vgl. Utopie kreativ Heft 79/1997.

5 Vgl. Anlage 5

6 Vgl. Ökostandpunkt 2/2003 „Ökologische Nachhaltigkeit als unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Ziele und Bewegung“

Sie wird im so genannten nachhaltigen Dreieck, was die Ausgewogenheit der ökologischen, sozialen und ökonomischen Anforderungen der Gesellschaft darstellt, abgebildet. Nachhaltigkeit erfordert also, den zeitlichen und interregionalen Aspekt der Entwicklung zu erfassen und miteinander zu denken.

Unsere Partei ist gefordert, den zu Beginn des Jahres 2012 vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz begonnenen Dialog zur Landesstrategie zur nachhaltigen Entwicklung aufzunehmen und sich aktiv, besonders unter Beachtung des Zusammenhangs der Einheit von Ökologischem und Sozialem, zu beteiligen.

Wenn man Persönlichkeiten nennt, die maßgeblich mit unserem politischen Handeln verbunden sind, darf man die heutige Umweltministerin Anita Tack nicht vergessen. Als Diplomingenieurin für Städteplanung und Regionalplanung ist ihr die nachhaltige regionale Entwicklung Brandenburgs Herzenssache. Wir sind stolz, dass sie Ministerin für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit der ersten Rot- Roten Regierung in Brandenburg ist. Ob auf der Nachhaltigkeitskonferenz in Groß Neuendorf, bei der Diskussionsrunde „Arbeit und Umwelt“ in Finsterwalde, immer war sie an unserer Seite. Schließlich hat sie als Landesvorsitzende der PDS den Wittenberger Parteitag, auf dem im Leitantrag und in den Arbeitskreisen Wege zur nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt wurden, entscheidend mitgeprägt. Auch heute als Ministerin nimmt sie an unserem Tun Anteil und sorgt durch ihre Mitarbeiter für einen fruchtbaren Diskussionsfluss.

Wir haben auch aktive Mitstreiter verloren.

Wir trauern um Dr. Adolf Jahn aus Luckau, er hat u. a. mit Horst Wuttge das Ökoheft „Brandenburger Wälder – ein Schatz der bewahrt und vermehrt werden muss“ erarbeitet und wesentlichen Anteil daran, dass die AG Umwelt sich fachlich fundiert zur Agrotechnik äußern konnte.

Horst Wuttge, der Forstmann mit Leib und Seele aus Lübben und Gustav Lemke aus Zernsdorf sind ebenfalls verstorben. Der besondere persönliche Beitrag von Gustav Lemke war immer der Stand mit ökologischem Spielzeug auf allen unseren Tagungen, Konferenzen und Märkten. Ein besonderer Renner war z. B. ein Basecape mit einer kleinen Solarzelle und einem dadurch betriebenen Ventilator, unverzichtbar an heißen Tagen. Auch von Kurt und Erna Kretschmann mussten wir in Bad Freienwalde Abschied nehmen. Ihr Tod ist für unsere Partei in ihrem unermüdlichen Wirken für die natürliche Umwelt und gegen den Krieg ein großer Verlust.

Noch bei der Erarbeitung des Manuskriptes haben wir schweren Herzens zur Kenntnis genommen, dass der von uns sehr verehrte Prof. Wolfgang Böhme, ein weltweit anerkannter Wissenschaftler und unser Ehrenmitglied, am 24. Februar 2012 im 86. Lebensjahr verstorben ist.

3. Unser Anliegen - umweltpolitisches Wirken innerhalb der Partei und nach außen

Auf vielfältige Weise haben wir versucht, unsere Gedanken zur sozialistischen Umweltpolitik den Mitgliedern und Bürgern im Land nahezubringen und sie zum engagierten Handeln zu bewegen.

Wir führten landesweite Konferenzen durch, veröffentlichten Ökostandpunkte, organisierten mit den jeweiligen Kreisverbänden in zehn Kreisen Veranstaltungsreihen. Zunächst unter dem Titel „Alternative Grüne Woche“, später dann als „Grüner Sommer“. Wir waren auf den Parteitag mit speziellen Anträgen präsent, die fast alle mit großer Mehrheit die Zustimmung der Delegierten fanden. Wir engagierten uns auch bei den Volksinitiativen gegen den Havelausbau, zum Alleenschutz, gegen den Transrapid und „Keine neuen Tagebaue“ sowie den Volksbegehren gegen Transrapid, gegen den Havelausbau und „Keine neuen Tagebaue.“

3.1 Die umweltpolitischen Konferenzen

Mit ökologischen Konferenzen mobilisierten wir viele GenossInnen und fanden Verbündete in der ganzen Gesellschaft.

Am 24. April 1993 fand in Cottbus die 1. Umweltkonferenz des Landesvorstandes zum Thema „Umwelt gestalten – Zukunft erhalten – Perspektiven durch Alternativen“ statt. Ihr war die Kohle- und Energiekonferenz des Landesverbandes der PDS am 19. März 1994 in Cottbus vorausgegangen. An deren Vorbereitung und Durchführung hatte die AG Umwelt ebenfalls aktiv teilgenommen. Das wurde auch auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages am 18. Mai 1996 in Lauchhammer deutlich, auf dem Prof. Böhme einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zum Problem der Klimaveränderung hielt. Damit stieß er noch bei manchen Genossinnen und Genossen nicht sofort auf Verständnis. Auf Antrag der AG Umwelt fasste dieser Parteitag zwei für unsere weitere Arbeit wichtige Beschlüsse: die Anerkennung der AG als landesweiter Zusammenschluss und die Durchführung einer theoretischen Konferenz im 1. Halbjahr 1997 zum Thema „Was heißt ökolo-

gischer Umbau in Brandenburg“.

Als Anerkennung der Arbeit der AG kann auch gewertet werden, dass auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages am 22./23. Februar 1997 in Schönhagen Karin Lück mit der Höchstzahl der Stimmen auf der Frauenliste als Vertreterin der AG Umwelt in den Landesvorstand gewählt wurde.

Wenn wir den eingangs beschriebenen Zustand in der Partei zur Zeit der Jahre 1989/90, der ja auch ein Zustand der Defizite im allgemeinen Denken über ökologische Zusammenhänge war, überwinden wollten, mussten wir über vereinzelte Aktionen hinausgehen und den engen Zusammenhang zwischen dem Zustand der natürlichen Umwelt und den Zielen einer sozialistischen Partei im 20./21. Jahrhundert deutlich machen. So war es folgerichtig, dass wir uns vornahmen, nach der 1. Ökologischen Konferenz 1993, die mehr einen Marktcharakter trug, eine „theoretische Konferenz“ durchzuführen. Diese fand 1997 in ihrer ersten Tagung in Neuseddin statt und wurde in einer 2. Tagung in Potsdam fortgeführt. Sie wurde mit der Erarbeitung theoretisch begründeter Thesen, die auch in UTOPIE kreativ veröffentlicht wurden, vorbereitet.

Die Thesen stellten eine theoretisch tiefgründige Weiterentwicklung des „Umweltpolitischen Paketes“ von 1993 dar, welches zunächst vor allem die aktuellen politischen Aufgaben benannte.

In den weiteren Konferenzen widmeten wir uns einzelnen brisanten Themen.

Allen Beteiligten ist die Ökologische Konferenz in Groß Neuendorf unter dem Motto „Heute für morgen leben“, die wir im Rahmen der Alternativen Grünen Woche in Märkisch-Oderland durchführten, in sehr guter Erinnerung. Es war unsere Nachhaltigkeitskonferenz. Dort referierte Anita Tack zum Thema „Die nachhaltig lebende Gesellschaft – Ziel und Inhalt der Politik der PDS Brandenburg“. Dr. Dagmar Enkelmann (MdB) sprach zum Thema „Die AGENDA 21 der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung – Zukunftsvision oder Mogelpackung“.

Mehr als hundert TeilnehmerInnen waren in das kleine Dorf direkt an der Oder gekommen.

Auf dieser Konferenz wurden drei Maxime unseres Handelns deutlich: Erstens versuchten wir in Problemgebieten und mit brisanten Themen präsent zu sein. Zweitens suchten wir bei allen Veranstaltungen die Partnerschaft der regional oder landesweit wirkenden Natur- und UmweltaktivistInnen. So waren in Groß Neuendorf Steffen Hercher, Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Brandenburg, Burkhard Voß, Vorsitzender des BUND Brandenburg, und Reinhard Baier, Vorstandsmitglied des NABU Brandenburg, zur Diskussion mit

uns auf dem Podium. Drittens nutzten wir auch Wege der emotionalen Wirkung; in Groß Neuendorf saßen wir am Abend bei Musik und Gesang am Ufer der Oder. Keiner der Anwesenden konnte sich der Stimmung am Abend an der Oder entziehen.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich die 5. Ökologische Konferenz 2005 in Müncheberg. Die Zeit war reif, das Thema „Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht“ tiefgründig zu erörtern und damit das für unsere Partei entscheidende Thema der Einheit von Sozialem und Ökologischem mit all seinen Konsequenzen inhaltlich zu bearbeiten.

Unsere These, dass dieser Zusammenhang für die PDS ein Alleinstellungsmerkmal sein kann und muss, fand in den aktuellen politi-



Diskussion in Groß Neuendorf



Bei Musik und Gesang am Ufer der Oder



Gustavs Spielstraße

schen Auseinandersetzung bislang noch zu wenig Beachtung und kollidierte scheinbar mit aktuellen sozialen Belangen. Es wurde von Problemen der Erhaltung von Arbeitsplätzen, den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten, dem Konsumanspruch u. a. verdrängt. Noch immer waren wir zu oft damit beschäftigt, den Dokumenten unserer Partei im Land Brandenburg die „grüne Farbe“ zu geben. Auch diese Konferenz wurde durch Thesen vorbereitet.⁷

Bemerkenswert war die Teilnahme vieler Gäste, u. a. von WissenschaftlerInnen des ZALF Müncheberg, Vertretern der Umweltverbände und Mitgliedern unserer Partei aus anderen Bundesländern. Die Öffentlichkeit nahm also Notiz von unserem Tun.

Dass dieser Zusammenhang deutlich im nun beschlossenen Programm festgeschrieben ist, macht uns Mut und die Partei zukunftsfähig. Weil aber diese Erkenntnis deshalb nicht automatisch zum Maßstab des Handelns wird, sondern von persönlichen Kenntnissen und Einsichten abhängt, planen wir als Nächstes eine Umweltbildungskonferenz.

Die AG Umwelt widmete seit ihrem Bestehen den verkehrspolitischen Themen große Aufmerksamkeit. Ein Höhepunkt war schließlich die verkehrspolitische Konferenz der LAG zum Thema: „Verkehrswende in Brandenburg - Umweltgerechte Mobilität für alle!“ am 13. Juni 2009 in Potsdam mit über 50 Teilnehmern, darunter Vertretern von Verkehrsverbänden und -unternehmen, Gewerkschaften, Fahrgastverbänden, Organisationen des Umwelt- und Naturschutzes und Kommunalpolitikern. Die Tagung war mit „Thesen der LAG Umwelt DIE LINKE. Brandenburg“ vom 9. Juni 2009 vorbereitet worden. Die verkehrspolitische Sprecherin der linken Landtagsfraktion Anita Tack rechnete auf der Konferenz mit der Verkehrspolitik der rot-schwarzen Koalition ab und forderte einen Kurswechsel. Für mehr Gemeinschaftsverkehr im ländlichen Raum plädierte Prof. Dr. G. Wolfgang Heinze (TU Berlin). Frank Hildenbrandt (Verbraucherzentrale Brandenburg) thematisierte aus Sicht von Verbrauchern das Verhältnis ÖPNV und Klimaschutz. Carsten Zinn (ver.di) zog eine Bilanz der Volksinitiative und des Volksbegehrens zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg. Martin Schlegel (BUND Berlin) beschäftigte sich im Spannungsbogen von Verkehr, Landschaft und Natur mit dem Verhältnis von Mobilität und Umwelt und verwies auf die nicht naturverträglichen Autobahngroßprojekte im Land Brandenburg.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Verkehrswende für Brandenburg: Umweltverbund für die Region“ traten Anita Tack, Tom Kirschey (Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg) und Dr. Gerold

7 Vgl. Anhang 5

Fierment (Brandenburg 21 e.V./Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21) mit ihren unterschiedlichen Blickwinkeln in den Dialog.

3.2. Die Alternativen Grünen Wochen

Ein weiterer methodischer Weg für unser Anliegen, umweltpolitisch in der Partei und in der Öffentlichkeit zu wirken, waren die Alternativen Grünen Wochen, die wir später Grüner Sommer nannten. Dabei bezogen wir viele GenossInnen und SympathisantInnen in die Auseinandersetzungen ein. Wir verfolgten das Ziel, die Verantwortung der Kreisverbände anzusprechen und diese sowie viele GenossInnen und Verbündete mit „ins Boot zu holen.“. Wir folgten unserem Grundsatz, in der Partei und darüber hinaus zu wirken und der lapidaren pädagogischen Weisheit, dass sich der Mensch in der Tätigkeit entwickelt. Die ursprüngliche Absicht war es, diese Veranstaltungsreihen um den 5. Juni, dem von der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung postulierten Weltumweltag, zu organisieren. Das ließ sich aber aus organisatorischen Gründen nicht konsequent durchführen. Wir konnten gemeinsam mit 10 Kreisverbänden solche Veranstaltungsreihen gestalten. Die 1. Alternative Grüne Woche fand im Kreis OPR, in Neuruppin, Fehrbellin und Linum vom 4. bis 11. Juni 1994 statt.

Für die Gestaltung hatten wir uns Grundsätze erarbeitet⁸ und verfolgten nachstehende Ziele:

- Die Veranstaltungsreihen sollen sich in zahlreiche Aktivitäten der PDS zur Bewahrung der natürlichen Umwelt und gegen Umweltzerstörung einreihen und gleichzeitig umweltpolitischer Höhepunkt im Laufe eines Jahres des Kreisverbandes sein.
- Es soll deutlich werden, dass die PDS auch bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen die Interessen der Bürger vertritt. Noch nehmen die Bürger die PDS zu wenig als ökologisch orientierte Partei wahr.
- Für wirkungsvolle Aktionen gegen Naturzerstörung und Umweltbelastung ist ein breites Bündnis mit Naturschutzverbänden, Bürgerbewegungen und Bu90/Grüne notwendig, das während der Alternativen Grünen Woche mit Leben erfüllt werden soll.
- Wir gaben den Kreisen Anregungen zu Gestaltungsmöglichkeiten und wirkten aktiv mit. Uns war wichtig, dass die Inhalte und Aktionen grundsätzlich von den Problemen in der Region abgeleitet werden.

Dazu sollen Aktionen gehören, die zur Klärung strittiger, einer Lösung bedürftiger örtlicher Probleme beitragen.

8 Vgl. Anlage 6

- Bei konkreter praktischer Tätigkeit als Beitrag bei der Gestaltung eines umweltrelevanten Projektes sollten die PDS-Mitglieder unter Beweis stellen, dass sie nicht nur reden, sondern auch zum praktischen Handeln bereit sind.

Große Aufmerksamkeit schenken wir der Öffentlichkeitsarbeit, um einerseits die Bürger zum Mittun zu aktivieren, andererseits aber auch, damit die Aktivitäten der PDS auf dem Gebiet des Umweltschutzes wahrgenommen werden.

Die Gestaltung der Alternativen Grünen Woche lag immer in den Händen eines Kreisverbandes, der sich mit eigenem Beschluss dazu bereit erklärte. Der Landesvorstand, die AG Umweltpolitik und die Landtagsfraktion trugen für das Gelingen Mitverantwortung, wurden in der finanziellen, organisatorischen und materiellen Unterstützung aktiv.

Die Vielfältigkeit der Aktionen im Grünen Sommer wollen wir an Beispielen deutlich machen.

Beispielgebend für den Ablauf einer Alternativen Grünen Woche sei hier der Ablauf im Kreis Oberhavel dargestellt, in dem so aktive Mitglieder der AG wie Erika Schulz und Peter Ligner wirken.

Grüner Sommer 2003



Veranstaltungsreihe der PDS Oberhavel und der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS Brandenburg rund um das Thema Umwelt

Die AG Umwelt der PDS Brandenburg führt gemeinsam mit dem Kreisverband der PDS Oberhavel Ende August/Anfang September das Projekt „Grüner Sommer“ durch. In einer Veranstaltungsreihe, die schon Tradition hat, nehmen wir uns verschiedener konkreter Themen im Kreis an, die zur nachhaltigen Entwicklung im Landkreis beitragen sollen.

Zur weiteren Klärung des Stellenwertes nachhaltiger Entwicklung in der Programmatik der PDS laden wir zu einer offenen Podiumsdiskussion mit dem Inhalt:

Ökologische Nachhaltigkeit als unverzichtbarer Inhalt sozialistischer Ziele und Bewegung

Wird der Programmwurf diesem Anspruch gerecht?

ein.

Im Podium stellen sich **Dr. Judith Dellheim**, Mitglied der Programmkommission und **Dr. Helmuth Markov**, Europaabgeordneter der PDS.

der Diskussion. (Moderation: **Jörg Stauda**, verantw. Redakteur für Wirtschaft beim Neuen Deutschland)

Samstag, dem 30. August von 10:00 bis 12:00 Uhr
in der Lehmhau-Kita in der Obstbausiedlung Eden (Struweg 102), Oranienburg

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen von Rio de Janeiro 1992 wurde die Agenda 21 von 170 Staaten, darunter auch der BRD, unterzeichnet. Die Teilnehmerstaaten einigten sich, ihr Handeln am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Dieses Prinzip, das auch als Zukunftsfähigkeit übersetzt werden kann, geht davon aus, dass heute so zu wirtschaften ist, dass die natürlichen Grundlagen kommenden Generationen nicht gefährdet werden.

Wie sieht es mit der Umsetzung dieser Zielstellung nach 10 Jahren in Deutschland aus?

Wie werden Schüler auf diese künftige Aufgaben vorbereitet? Was wissen sie über die Bedrohung ihres natürlichen Umfeldes, das immer die Grundlage für soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist, – im eigenen Land und weltweit?

„Umweltbildung – als Aufgabe der Schule“

Gerrit Große, Landtagsabgeordnete in Brandenburg und schulpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion und Herr Wagner, Leiter der Briesetal-Waldschule laden zu einer Gesprächsrunde ein.

15. September 2003 um 18.00 Uhr
Briesetal-Waldschule (Birkenwerder Ortsteil Briesa)

Informationen und Kontakt: PDS Oberhavel, Straßburger Straße 24, 16515 Oranienburg, Telefon: 03301-20089-0; Fax: 03301-20089-9; Email: pds.ohv@t-online.de; www.pds-oberhavel.de; V.I.S.d.P.: Giso Siebert

„Heizen mit Biomasse – Energie aus Holz“

4. September um 19.00 Uhr
Museumsscheune in Kremen

Bürger der Region hatten sich erfolgreich gegen die Errichtung eines Windparks in einem Krankheitsgebiet gewehrt, aber deutlich gemacht, dass sie nicht gegen die Anwendung regenerativer Energien sind. Die Verschärfung des Klimaproblems zwingt zum Umdenken in der Energiepolitik und zur Anwendung regenerativer Energiearten. Der Waldreichtum unseres Landes bietet hervorragende Möglichkeiten für die energetische Holznutzung mit vielen Vorteilen für die Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten und ist kostengünstig. Die Nutzung des Holzes als Energieträger dient hierbei einer nachhaltigen Forstwirtschaft und bietet dem Bürger, Entscheidungsträgern und Abgeordneten sowie Mitarbeitern der Lokalen Agenda 21 viele Anlässe im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in der Region zu wirken. Zwei erfahrene Protagonisten der Holzheizung, Herr Dr. Brune von der Bioland-Ranch Zempow, selbst Betreiber einer Holzheizschneelanlage und Produzent von Holzheizschneiteln und Herr Sasse vom Informationszentrum Holzheiztechnik Oberhavel-Oranienburg werden über die Funktionsweise und die Vorteile der Holzschneitzel-Heizanlagen informieren. Beide Experten stehen zur Klärung von Fragen zur Verfügung. Ein Heizkessel der neuen Generation der Heiztechnik kann besichtigt werden. Informationsmaterial über aktuelle Fördermöglichkeiten und Richtlinien auf einschlägigem Gebiet aber auch umfangreiches Material für Arbeitsgruppen und Vertreter der Kommunalpolitik stehen zur Verfügung.

„Leben im Ländlichen Raum“

5. September 2003, 10.00 bis ca. 14.00 Uhr
Tenne des Oberhavel Bauernmarktes, Schmachtenhagen

10.00-11.30 Uhr	Vorstellung der AGRA GmbH und des Oberhavel Bauernmarktes durch Geschäftsführer Siegfried Maltner
11.30-12.00 Uhr	Ländliche Entwicklung/Gestaltung wirtschaftlicher Kreisläufe/Direktvermarktung
12.00-12.30 Uhr	Jugend im ländlichen Raum I
12.30-13.00 Uhr	(Vorstellung der Lehrlingsausbildung in Schmachtenhagen – Selbstdarstellung durch die Lehrlinge)
13.00-14.00 Uhr	Mittagspause/Möglichkeit der Einnahme einer Mittagsmahlzeit
	Vorstellung der Konzeption für das Schulungsprojekt im Kinder- und Jugendbereich unter dem Motto „Erzähl mir was aus deiner Heimat“ – Lernen und „Ba’greifen im grünen Klassenzimmer“ durch Frau Susanne Lehm
	Jugend im ländlichen Raum II
	Vortrag von Klaus Venzke, PDS-Kreisvorstand Oberhavel (Erfahrungen und Erfahrungen aus einer Reihe von Workshops zu diesem Thema von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wurden).

Über alternativen Lebensweisen wollen wir in der traditionsreichen Edoner Gartenbausiedlung informieren.

Eden – eine lebendige Idee

31. August 2003 10.00-15.00 Uhr
Lehmhau-Kindergarten, Struweg 102, Oranienburg-Eden

Programme:

10 Uhr	Vortrag von Herrn Gerhard Semper, Vorstandsvorsitzender der Eden Gemeinnützige Obstbau-Siedlung eG
11-12 Uhr	• Alternative Lebensweise: Ökologischer Gartenbau, naturnahe Lebensweise, Ernährungserziehung, naturnahes Bauen
12-13 Uhr	• Ideen der Gründer, Helden und Taten der Geschichte – unterschiedliche Rahmenbedingungen/Gesellschaftsordnungen
13-14 Uhr	• Eden heute und in Zukunft
14-15 Uhr	Mittagspause
	Möglichkeit ein preiswertes Mittagessen einzunehmen im Grillhaus „Papa Asada“ (jeweils ein vegetarisches oder nichtvegetarisches Essen/Platz sind reserviert)
	Besichtigungen
	Ausstellungen: Eden-Siedlung, Info-Zentrum „Natürliches Bauen“,
	Führung in Gebäuden des „Lehmhaus“ (KITA, Kulturraum), Seniorenwohngarten, Holzheizung (750 KW)
	15 Uhr Möglichkeit, sich mit Kaffee und Kuchen zu stärken für weiter Angestellte oder Menschen, die noch einen individuellen Spaziergang durch die Eden-Siedlung unternehmen möchten.

Naturschutz und Tourismus über Ländergrenzen

4. September 2003

Exkursion ab 14 Uhr (Treffpunkt: Hauptkreuzung in Großmow bei Fürstenbergh): Direkt an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern werden im Rahmen des EU-LIFE-Projektes Stechlin folgende Schwerpunkte thematisiert: Wiedervernässung eines Durchdrönnungssees in der Biberwinde, Rückbau eines Entwässerungssystems; Faunistische Bewertung und Biotopentwicklung

Diskussion ab 17 Uhr im Hotel am Werloweise in Sellmarshof, Hauptstraße 40: Minister Wolfgang Bittner (Brandenburg), Staatssekretär Harald Stegmann (Mecklenb.-Vorp.), Reinhard Dakchow (Vors. Umweltbeirat Brandenburg) und Tom Kirschey (Vors. NABU-Brandenburg) im Gespräch.

Die Verkehrskonferenz am 4. Juni 2004 in Erkner/Kreis Oder-Spree griff ein aktuelles heißes Verkehrsproblem auf, nämlich die Ortsdurchfahrt zur Autobahn, welches die Bürger in Erkner sehr belastete. Wir stellten die Konferenz unter das Thema: „EU-Osterweiterung – Wie lösen wir den Stau auf? Alternative Verkehrskonzepte sind machbar! Vorhaben der Bundesregierung für den Verkehrsraum Ostgrenze im Oderraum“.

Auch auf dieser Beratung agierte Anita Tack als Einladende.

Dr. Franz Rudolf, Mitglied der regionalen Planungsgemeinschaft Oderland -Spree für die PDS, stellte zunächst unter dem Thema „Die Belastungen für Menschen und die Natur durch die gegenwärtige Verkehrssituation, besonders im Raum Erkner“ die besondere Brisanz der Situation für die Einwohner dar. Zur fachlichen Verstärkung hatten wir Tilmann Heuser, den Verkehrspolitiker der Bundesgeschäftsstelle des BUND, eingeladen sowie Thomas Raeck, Verkehrsexperte der Linken Fraktion GUE/NGL. Er referierte zum Thema „Die Verkehrspolitik der Linken Fraktion GUE/NGL im Europaparlament im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung“.

Karl-Heinz Boßan vom Frankfurter Institut für umweltorientierte Logistik e.V. näherte sich dem Problem von der wissenschaftlichen Seite und sprach über „Mobilität im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Umwelt - zukunftsfähige Verkehrslösungen für die Grenzregion“.

Die anschließende Diskussion zeigte, wie sehr dieses Thema die Bürger beschäftigte. Allerdings muss man aus heutiger Sicht feststellen, dass verkehrspolitisch lokal Lösungen machbar sind, aber unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen die Verkehrsprobleme nach wie vor dringend einer grundsätzlichen Lösung harren.

Einen ganz anderen Charakter hatte der Ökomarkt zur Alternativen Grünen Woche in Golzow, Potsdam-Mittelmark auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei. Hier ging es nicht vordergründig um Diskussion und Auseinandersetzung, sondern um Mittun. Wir boten in einem kleinen Ort, in dem wir auch den Bürgermeister stellten, nach dem Motto „Landschaft schmeckt“ regional ansässigen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte anzubieten. Ganze Familien fanden auf dem Markt interessante Angebote und erlebten die PDS als sozial-ökologische Partei. Von Kindern umringt war wieder Gustav Lemkes Spielstand und natürlich das Basecape mit dem solarbetriebenen Ventilator. Die zahlreichen Besucher machten von der Möglichkeit, heimische Produkte aus dem Fläming sofort zu verzehren oder käuflich zu erwerben, Gebrauch. Viele Unternehmen hatten Preise für eine Tombola gespendet. Der Hauptgewinn war ein Besuch im Bundestag mit Besichtigung der Glaskuppel, gespendet von Genossin Maritta Böttcher aus Jüterbog.

Der kreisliche Arbeits- und Ausbildungsförderverein mit Sitz in Kuhlowitz (Potsdam-Mittelmark) hat uns bei der Vorbereitung und Durchführung tatkräftig unterstützt.

3.3. Die Ökostandpunkte

Auf vielfältige Weise nahmen wir zu aktuellen ökologischen Fragen Stellung und veröffentlichten Ökostandpunkte. Dass wir uns ständig in alle anstehenden Probleme einmischten und Positionen aus sozialistischer nachhaltiger Sicht bezogen, zeigt die Übersicht der von uns erarbeiteten und veröffentlichten Ökostandpunkte.⁹

Sie zeigten, wie die Mitglieder der AG Umwelt sich mit den aktuellen umweltpolitischen Problemen auseinandersetzten und ihr umfangreiches Fachwissen einbrachten. Wir versuchten, damit Kenntnisse zu umweltpolitischen Fakten oder Ereignissen zu verbreiten und die Diskussion anzuregen.

Diese Ökostandpunkte boten wir auf allen uns zugängigen Parteiveranstaltungen an. Sie waren einfach kopierte Aufsätze natürlich mit unserem Logo, der Eule, auf dem Titelblatt. So hatten wir eine Möglichkeit, schnell und unkompliziert umweltpolitische Probleme und Lösungsansätze an Mitglieder unserer Partei und interessierte Bürger heranzutragen. Sie fanden bei unseren Mitgliedern großes Interesse.

Ein Höhepunkt auf dem Weg zum sozial-ökologischen Profil unserer Partei war die 3. Tagung des 6. Landesparteitages "Gesellschaftlicher Wandel - soziale Gerechtigkeit ökologische Zukunft" am 25./26. März 2000 in Wittenberge, an dem die AG Umwelt aktiv mitwirkte.

Nach den vielfältigen, oft dezentral organisierten Aktionen war es ein wichtiger Schritt, dass sich das höchste Organ im Landesverband des Themas annahm, und in Arbeitskreisen intensiv diskutierte. Mit dem mit sehr großer Mehrheit angenommenen Leitantrag mit dem Titel „Gesellschaftlicher Wandel – soziale Gerechtigkeit – ökologische Zukunft“ lag im Ergebnis ein verbindlicher Beschluss vor.

Die AG Umwelt war in allen Phasen der Vorbereitung und Durchführung Partner des Landesvorstandes. Hervorzuheben ist die dort gelungene gesamtgesellschaftliche Sicht auf die ökologischen Probleme.

Die globale Aufgabe im Interesse der Erhaltung der Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft durch einen anderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen wurde mehr und mehr zur Aufgabe der ganzen Partei und nicht wie oft nur die Sache von SpezialistInnen.

9 Siehe Anlage 3

Dass wir uns einmischten beweist auch unser Ökostandpunkt zur Leitbilddiskussion „Ein Leitbild für die Region Berlin – Brandenburg, Spannungsfelder der brandenburgischen Umweltpolitik – als Beitrag zur Leitbilddiskussion der Partei“. Der Ökostandpunkt 2006/2 und der „Zempower Aufruf“¹⁰. Beide Dokumente waren das Ergebnis einer intensiven Diskussion während eines Wochenendseminars in Zempow. Dabei war der Ort nicht zufällig gewählt. Zempow liegt zwischen Müritz und Wittstock unweit von Flecken Zechlin in einer touristisch attraktiven Endmoränenlandschaft mit Böden geringer Fruchtbarkeit. Geprägt wird der Ort durch die „Bioranch Zempow“ mit einer ökologischen Mutterkuhhaltung und einer Ferienanlage, in der nachhaltige Lebensweise praktiziert werden kann. Dort ist es gelungen, in dem kleinen Mikrokosmos des Ortes Zempow ein Modell für nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zu gestalten.

Ein besonders kompliziertes Terrain war immer die Lausitz. Der Widerspruch zwischen den unmissverständlichen Forderungen, die Braunkohle als Energieträger abzulösen, die Heimat der dort lebenden Menschen, vor allem der Sorben zu erhalten und den mit der Braunkohlegewinnung und -verarbeitung verbundenen Arbeitsplätzen, verlangte dringend eine Lösung. Wir arbeiteten deshalb eng mit der vor Jahren noch existierenden AG Energiepolitik zusammen und haben mit ihr gemeinsam den Weg zu erneuerbaren Energien als Lösung gefunden.



Schon die 2. Alternative Grüne Woche vom 10. bis 17. September 1995 fand unter dem Motto „Otti lebt am Hammergraben“ statt. Der Fischotter lebte u. a. in einem Gebiet unweit des Ortes Lakoma, der inzwischen samt Hammergraben und Fischteichen dem Braunkohleabbau zum Opfer gefallen ist.

Die AG Umwelt begrüßt die Pläne, eine landesweite AG Energie wieder ins Leben zu rufen. Die Energiepolitische Konferenz 29./ 30. September 2007 Cottbus unter dem Motto „Keine Braunkohleverstromung- keine neuen Tagebaue in der Lausitz“ bereitete dann den Beschluss des Landesvorstandes vor, die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zu-

kunftsfähige Energiepolitik“ zu unterstützen.

Dieser Beschluss wurde nicht einstimmig gefasst und fand auch nicht bei allen Genossinnen und Genossen, vor allem in der Lausitz, Zustimmung. Annemarie Kersten erinnert sich: „Mich berührt noch heute die Reaktion eines Genossen auf der öffentlichen Sitzung des Landesvorstandes nach dem Beschluss, sich der Volksinitiative anzuschließen: „Wenn ich morgen zur Arbeit komme, machen sie mich fertig.“ Tief saß die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und der angestammten Heimat.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen Veränderungen in der Lausitz seit 1990 waren die Sorgen nur zu verständlich.

Die Auseinandersetzungen und Konflikte um die Nutzung des Energieträgers Braunkohle beschäftigten die Partei eigentlich seit der „Wende.“ Besonders hart traten die Konflikte im Zusammenhang mit der Abbaggerung der Dörfer Horno und Lakoma mit ihrer jahrhundertealten Teichlandschaft zutage. Das darzustellen, soll den Genossen der ehemaligen AG Energiepolitik Wolfgang Thiel, als Fachmann, ehemaligen Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten und Dr. Edeltraud Radochla, ehemals Sprecherin der AG Energiepolitik vorbehalten bleiben.

Auch heute sind wieder Dörfer in der Lausitz in Gefahr. Mit Genossen René Schuster ist ein engagiertes und sachkundiges Mitglied der Umweltgruppe Cottbus der GRÜNEN LIGA Mitglied der AG Umwelt. In dem 2011 von der AG verabschiedeten Standpunkt zur Energiepolitik wandten sich die Mitglieder der AG entschieden gegen die Weiternutzung der Braunkohle als Energieträger.¹¹

Auf dem Parteitag in Strausberg am 4. November 2009 stimmten die Delegierten der AG Umwelt nach gründlicher Beratung, auch mit den Vertretern der Natur- und Umweltverbände, dem Koalitionsertrag zu.¹² Annemarie Kersten, Delegierte der AG Umwelt, nannte die Aussagen zur Braunkohle als Brückentechnologie mit all ihren Konsequenzen im Koalitionsvertrag einen Kompromiss, der weh tut und machte deutlich, dass die AG Umwelt auch weiter im Sinne der Anliegen der Volksinitiative wirken wird.

Getreu den Maximen unseres Handelns haben wir auch auf der Zusammenkunft der AG Umwelt am 9. Juli 2011 beschlossen, die Volksinitiative für ein Nachtflugverbot am Flughafen Schönefeld zu unterstützen.

11 Siehe Anlage 9

12 Vgl. Ökostandpunkt „Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Die Linke - ein Wegweiser zur regionalen nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg !?.“

3.4 Engagiertes Miteinander vieler Partner

Es wurde schon mehrfach deutlich, dass die enge Zusammenarbeit mit den UmweltaktivistInnen des Landes Brandenburg Prinzip unseres Handelns war. Folgerichtig wurde die AG Umwelt auf der Grundlage eines Beschlusses des Landesvorstandes im Mai 2000 Mitglied der GRÜNEN LIGA Brandenburg.

Damit hatten wir uns auch offiziell in die Reihe der UmweltaktivistInnen im Land Brandenburg eingereiht. Die bereits selbstverständliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Umweltverbände wurde damit auf eine neue Stufe gehoben. Dadurch ist auch Vertrauen gewachsen. Im Ergebnis können wir VertreterInnen der Umweltverbände nicht nur als Gäste und RednerInnen auf Parteitagen und Konferenzen begrüßen. Aus partner-schaftlicher Zusammenarbeit wurden in einigen Fällen AktivistInnen aus den Umweltverbänden Mitglieder unserer Partei, so das Ehepaar Sylvia und Burkhard Voß, Norbert Wilke (Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA) und René Schuster von der Umweltgruppe Cottbus.

Alle Aktionen wurden durch kameradschaftliche Partnerschaft mit dem Landesvorstand, mit der Landtagsfraktion sowie den Kreisverbänden und dem kommunalpolitischen Forum in der erwarteten Qualität erst möglich.

Anita Tack, Thomas Nord, Helmuth Markov, Maria Strauss und Margitta Mächtig sei hier besonders gedankt.

Alle Konferenzen fanden in Trägerschaft des Landesvorstandes statt. Das bedeutete nicht nur personelle Präsenz und Redebeiträge der verantwortlichen GenossInnen, sondern auch Übernahme von Verantwortung und Unterstützung bei der materiell organisatorischen Gestaltung.

Darüber hinaus gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den bundesweit agierenden Gremien „Ökologische Plattform“ und der „Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie, Verkehr.“

Hans-Otto Träger ist ständiges Mitglied im letztgenannten Gremium.

Unsere Aktivitäten blieben nicht auf die Landesgrenzen beschränkt. So fanden wir Kontakt zu dem PDS-nahen Verein „ECO MUJER- Frauen und Umwelt“ mit Sitz in Düsseldorf, der vor allem Kontakte nach Lateinamerika pflegt. Besonders eng sind dessen Beziehungen zur Pädagogischen Hochschule in Pinar del Rio in Kuba. Im zweijährigen Rhythmus finden in der Hochschule gemeinsame Seminare zu Umweltthemen statt, an denen bisher Cornelia Dönike, eine Kindergärtnerin aus Oberhavel, Annemarie Kersten und Erika

Schulz, teilnahmen. Annemarie Kersten referierte dort zur notwendigen Energiewende, einem auch für Kuba existentiellen Thema und Cornelia Dönike ganz lebensnah über ihre Erfahrungen „Ein Kindergarten ohne Spielzeug“.¹³

Kubanerinnen waren auch unsere Gäste, so die stellv. Rektorin der Pädagogischen Hochschule, Rosa Hernandez, die besonders den Erfahrungsaustausch mit deutschen Hochschulen suchte.

Hier sei auch noch einmal Margitta Mächtig und dem kf gedankt, die durch engagiertes Mitwirken den Besuch erst möglich machten.

4. Das Wirken der AG nach 2009 – Der Generationenwechsel ist vollzogen

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass die AG eine Zeit lang weniger aktiv war. Eine in der Solarwaldschule Bernau angesetzte Umweltbildungskonferenz musste trotz intensiver Vorbereitung und eines interessanten Programms wegen mangelnder Beteiligung abgesetzt werden. So etwas hatte es all die Jahre vorher nicht gegeben.

Auf der anderen Seite verlangen viele Probleme der Gesellschaft wie die notwendige Energiewende, die Regulierung des Landeswasserhaushaltes angesichts der Klimaveränderung, die Verarmung der Landschaft an Strukturen und Arten u. a. m. Aussagen und Lösungsansätze vom Standpunkt der wissenschaftlichen Ökologie und sozialistischer Weltanschauung. Dabei spielen deren Einfluss auf die Lebensqualität und ihre Bedeutung für die ökologische Stabilität der natürlichen Umwelt gleichermaßen eine Rolle. Dieses zu artikulieren, verlangt offensive Auseinandersetzung innerhalb der Partei und der Gesellschaft als Ganzes.

Auch das beschlossene Parteiprogramm und die vorangegangene Diskussion rücken sozial-ökologische Aufgabenstellungen vermehrt in den Blickpunkt der ganzen Partei.

Viele UmweltaktivistInnen der Anfangsjahre waren aber in die Jahre gekommen. Jüngere GenossInnen sind beruflich sehr in Anspruch genommen. Gewohntes Engagement war objektiv nicht mehr möglich.

Das ist eine Erscheinung, die bestimmt nicht nur in der AG Umwelt zu erkennen ist. Um diesen Zustand zu ändern, wurde im April 2009 spontan von einigen Aktivisten ein Initiativtreffen einberufen. Dieser Einladung waren viele gefolgt und damit war ein Impuls

13 Vgl. Ökostandpunkt 2004/5

zur erneuten Aktivierung gegeben.¹⁴

Auch die neue Verantwortung durch die Regierungsbeteiligung forderte zum Handeln heraus. So konnte „das Ruder herumgerissen“ werden. Norbert Wilke übernahm ab Oktober 2010 die Sprecherfunktion. Damit agiert ein Genosse, der nicht nur über das notwendige Fachwissen, sondern als Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Brandenburg über die fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen für diese umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit verfügt.

Es finden wieder regelmäßige Zusammenkünfte statt, an denen immer 12– 15 GenossInnen aus dem ganzen Land teilnehmen. Unserer langjährigen Tradition verpflichtet, mischen wir uns auch in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess ein. Dabei sind die Probleme durch die Regierungsbeteiligung nicht einfacher geworden. Im Ergebnis sind Standpunkte der LAG Umwelt zum Tierschutz und der Tierhaltung erarbeitet und veröffentlicht worden.

Der 2. Tagung des 2. Landesparteitages im März 2011 wurde ein Antrag „Anforderungen an eine moderne brandenburgische Wasserpolitik“ vorgelegt, der der Landtagsfraktion als Handlungs- Empfehlung übergeben wurde.¹⁵

Die heißesten Auseinandersetzungen gibt es auf dem Gebiet der Energiepolitik. Schon dem Koalitionsvertrag mit den Aussagen zur Braunkohleverstromung als „Brückentechnologie“ und zur CCS wurde von uns nur mit „Bauchschmerzen“ zugestimmt. Folgerichtig haben wir auch, dank der in der AG mitarbeitenden Fachleute wie Christian Rehmer, Dieter Brendahl, René Schuster u. a. einen Standpunkt zur Energiestrategie erarbeitet und veröffentlicht.¹⁶

Diese Aussagen bildeten die Grundlage für Anträge an die 1. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN am 18./19. Februar 2012 in Blossin, so der Leitantrag „Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig“ und die Anträge „Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ und „Energiewende in Brandenburg gestalten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial gerecht“.

Die Delegierten hatten erkannt, dass die Anträge nicht alternativ zu betrachten sind, sondern die Ziele der Partei, wie schon auf der Energiekonferenz 2009 und im Wahlprogramm festgelegt, unverändert sind. Abweichungen sind notwendigen und vertretbaren

14 Vgl. Anlage 10 Bericht vom Initiativtreffen

15 Vgl. Anlage 11

16 Vgl. Anlage 9

Kompromissen durch die Regierungsbeteiligung geschuldet. Der Antrag der LAG Umwelt mit den Aussagen „keine neuen Tagebaue“ und „keine CCS- Speicherung“ wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Das ist für uns dank unseres sachkundigen und engagierten Argumentierens ein großer Erfolg. Damit sind natürlich die Probleme nicht gelöst, aber die Richtung der Lösungen ist durch den Parteitag vorgegeben.

5. Schlussbemerkungen

Es liegt in der Natur der Sache, dass unsere Aufgaben noch lange nicht erfüllt sind. Wahrscheinlich werden sie das nie sein, aber es ist unsere Aufgabe, sozialistische Politik auch immer zu einer ökologischen Politik zu machen. Dafür streitet die LAG Umwelt seit zwanzig Jahren und wird es auch in Zukunft tun. Die Formulierungen des neuen Parteiprogramms machen in aller Deutlichkeit klar, dass ein notwendiger demokratischer Sozialismus nur denkbar ist als „eine Veränderung der Produktions- und Lebensweise, der Überwindung des Geschlechtergegensatzes, der Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine Veränderung des Verhältnisses von Mensch und Natur.“

Das muss nicht nur ein Anliegen linker ÖkologInnen, nein, es muss ein Anliegen aller GenossInnen sein. Dafür werden wir weiter werben.

Das ist noch ein weiter, steiniger Weg. Vor der LAG Umwelt liegt noch viel Arbeit.

Je mehr wir sind, um so mehr können wir erreichen. So freuen wir uns über jede(n) weitere/n Mitmacher/in, um so mehr, da eine Verjüngung sehr erwünscht ist. So hoffen wir auch, dass unser historischer Abriss dem einen oder anderen Lust macht, bei uns mitzutun.

Anlagen

Anlage 1

Chronik

1991

20. April

In Bernau wird die AG Umwelt auf Initiative von Margitta Mächtig und Bernhard Gonnermann gegründet. Horst Wuttge gehört zu den Gründungsmitgliedern. Als Hauptaufgabe wird die Unterstützung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion in umweltpolitischen Fragen formuliert. Bis April 1992 ist Margitta Mächtig ist Sprecherin der AG. Nachfolger bis April 1995 Jürgen Klos

1993

23/24. Januar

In Neuruppin fasst der 3. Landesparteitag den Beschluss: Ökosozialer Fortschritt für Brandenburg- Arbeitsplätze, Gesundheit - Zukunft durch Verbesserung und Bewahrung der natürlichen und ökonomisch-sozialen Lebensgrundlagen

1992/93

Die AG erarbeitet ein „Umweltpolitisches Paket für die PDS“ als Beitrag zur zweiten wirtschaftspolitischen Konferenz der PDS des Landes Brandenburg

27. Februar

In Ludwigsfelde findet die zweite wirtschaftspolitische Konferenz der PDS des Landes Brandenburg statt, an der Vertreter der AG teilnehmen.

24. April

In Cottbus tagt die 1. Umweltkonferenz der PDS des Landes Brandenburg unter dem Motto:

Umwelt gestalten- Zukunft erhalten- Perspektiven durch Alternativen'

1994

30. Januar

Auf der 3. Tagung des 3. Landesparteitages der PDS in Cottbus legt die AG Umwelt das Konzept einer Alternativen Grünen Woche vor.

19. März

In Cottbus führen der LV, die Landtagsfraktion und die AG Umwelt eine Konferenz zur Entwicklung von Kohle und Energie in der Region Brandenburg „Perspektiven der Region und eines Industriezweiges“ durch.

4. bis 11. Juni

In Neuruppin, Fehrbellin und Linum findet die erste Alternative Grüne Woche statt. Das Motto ist: Schutz unserer Natur ist Zukunft und Schaffung von Arbeitsplätzen

1995

In Bad Freienwalde wird das erste Heft der Reihe „Ökostandpunkt“ unter dem Titel: „Der Max-Kienitz-Lehrpfad in Bad Freienwalde“ herausgegeben. Autor ist Kurt Kretschmann. Dem folgen in unregelmäßigen Abständen weitere Hefte.

10. bis 17. September

In Lakoma bei Cottbus veranstalten die AG Umwelt und der Lakoma e. V. gemeinsam die Alternative Grüne Woche unter dem Motto „Otti wohnt am Hammergraben“. Es gibt u. a. ein Hearing zur Lausitzkonzeption der PDS.

1996**24. Februar**

In Potsdam stoßen Wissenschaftler der BO Telegrafenberg zur AG Umwelt, unter ihnen Prof Dr. Wolfgang Böhme, ehemals Direktor des Meteorologischen Dienstes der DDR und Vertreter der DDR im IPCC. Die AG erhält dadurch wichtige Impulse für die wissenschaftliche Basis ihrer politischen Arbeit.

Die AG beschließt ihr LOGO: Die grüne Eule mit dem roten Herzen. Dieses Logo ist gleichzeitig eine Hommage an Erna und Kurt Kretschmann, Ehrenmitglieder der AG

18. Mai

Auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages (Lausitzparteitag) in Lauchhammer gibt Wolfgang Böhme einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zu Problemen der Klimaveränderung, wobei seine Ausführungen bei vielen auf taube Ohren stoßen. Auf Antrag der AG Umwelt fasst der Parteitag zwei wichtige Beschlüsse: zum einen wird die AG als landesweiter Zusammenschluss anerkannt zum anderen soll im ersten Halbjahr 1997 eine theoretischen Konferenz zum Thema: „Was heißt ökologischer Umbau in Brandenburg aus Sicht der PDS?“ stattfinden.

5. - 8. September

In Brieselang findet die Alternative Grüne Woche statt. Hauptthemen sind: Transrapid und Umwelt, Ökologie und Landwirtschaft, Raubbau an der Natur – Kiesabbau, Chancen durch alternative Energiegewinnung. Der als Gast angekündigte Ministerpräsident Stolpe erteilt allerdings eine Absage.

4. November

Auf einer Pressekonferenz in Potsdam legen Berliner und Brandenburger Umweltpolitiker der PDS gemeinsame Schritte zum abgestimmten Handeln in der Region Berlin/ Brandenburg fest.

1997**22./23. Februar**

Auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages in Schönhagen wird Karin Lück mit der Höchstzahl der Stimmen auf der Frauenliste als Vertreterin der AG Umwelt in den Landesvorstand gewählt.

5. April

In Potsdam suchen die AG Energiepolitik und die AG Umweltpolitik auf einem Energiepolitischen Tag gemeinsam mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft nach Wegen zu einer Energiewende in der BRD.

14. Juni

In Neuseddin findet der erste Teil der 2.Ökologische (Theoretische) Konferenz der AG zum Thema „Was heißt ökologischer Umbau?“ statt. Thesen dazu legte Ilse Spahn vor (siehe auch „Utopie kreativ“ 79/Mai 97)

12. August

Durch das Tagebaurevier der Brandenburger Lausitz führt eine ganztägige Exkursion der energie-, wirtschafts- und umweltpolitischen Sprecher des Berliner Abgeordnetenhauses, der Landtagsfraktionen von Brandenburg und Sachsen sowie der AG Umwelt- und Energiepolitik der PDS Brandenburg.

6. September

In Potsdam findet die 2. Tagung der 2. Ökologischen Konferenz statt

6. Dezember

Auf der 2. Tagung des 5. Landesparteitages in Schwedt stimmt die AG Umwelt nach intensiver Diskussion und zahlreichen Wortmeldung und Änderungsanträgen dem Strategieprogramm des Parteitages für die nächsten 15 Jahre „Welche Zukunft für Brandenburg?“ zu. Es geht v. a. um die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Stärkung der Regionen , die Stabilisierung der Wirtschaft und die Sicherung der Solidarität.

1997/1998

Dr. Adolf Jahn erarbeitet Thesen „Ethische und ökonomische Aspekte der Gentechnik“, die Anstoß geben zu einer Diskussion zu dieser Problematik in der Zeitschrift „Utopie kreativ“.

1998**13. Juni**

In Potsdam veranstalten die Landtagsfraktion und die AG Energiepolitik und die AG Umweltpolitik einen Energiepolitischen Tag unter dem Motto „Energiewende –Utopie oder reale Möglichkeit in Brandenburg?“

15. bis 21. Juni

In Lenzen und Umgebung findet die Alternative Grüne Woche statt. Sie widmet sich besonders der PDS-Umweltpolitik und spricht sich gegen den Transrapid aus.

1999**Februar**

Die AG unterstützt die Volksinitiative gegen den Havelausbau

19. Juni

In Groß Neuendorf findet die 3. Ökologische Konferenz (Nachhaltigkeitskonferenz) „Heute für morgen leben“ statt.

21. bis 27. Juni

Im Kreis Märkisch-Oderland wird die Alternative Grüne Woche durchgeführt.

2000**25./26. März**

In Wittenberge findet die 3. Tagung des 6. Landesparteitages unter dem Motto „Gesellschaftlicher Wandel-soziale Gerechtigkeit- ökologische Zukunft „ statt, der maßgeblich unter Mitwirkung der AG Umwelt gestaltet wurde.

19. Mai

In Bernau findet eine öffentliche Sitzung der AG Umweltpolitik zur Vorbereitung der Alternativen Grünen Woche statt.

15. bis 17. September

In Golzow findet die zentrale Veranstaltung der alljährlichen Alternativen Grünen Woche statt. Veranstalter sind die AG Umweltpolitik und der Kreisverband Potsdam-Mittelmark. Unter dem Motto „Heute für morgen leben“ widmen sich Veranstaltungen zu folgenden Schwerpunkten: der regionalen Wirtschaft, der Lokalen Agenda und der Wasserversorgung in Brandenburg.

Weitere Veranstaltungsorte sind Glindow, Teltow und Treuenbrietzen.

2001

17./18. Februar

Auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages in Brandenburg/Havel wird als Vertreter der AG Umwelt Peter Engert in den Landesvorstand gewählt.

2. Mai

Die AG Umweltpolitik unterstützt die friedlichen Proteste gegen den „Castor“-Transport von Rheinsberg nach Greifswald.

31. August bis 8. September

Im Barnim werden gemeinsam von der LAG und dem Kreisverband im Rahmen des Grünen Sommers Tage zum Regionaltourismus, zum Naturschutz, Landbau, zur Forstwirtschaft sowie Friedens- und Nachbarschaftstage veranstaltet.

1. Dezember

In Finsterwalde findet, auf Einladung des LV und der AG Umwelt, eine Debatte „Arbeit und Umwelt“ statt. Themenschwerpunkte sind: Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum, Agrarwende und Jobmaschine Naturschutz. Diskussionspartner sind Ralf Christoffers (MdL) und Abgeordnete des Europa-Parlaments.

2002

19. August bis 10. September

Im Kreis Teltow-Fläming finden im Rahmen des Grünen Sommers Veranstaltungen zu solchen Themen wie die Entwicklung des ländlichen Raumes, „Ökotourismus – was heißt das?“ oder zum Greenpeace-Projekt „Schule für den Urwald“ statt.

28. September

Treffen der umweltpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Dagmar Enkelmann, der LAG Umweltpolitik mit Stadtverordneten und sachkundigen Bürgern, die in Umweltausschüssen tätig sind, zu Fragen einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung.

9. November

In Eberswalde tagt die 4. ökologische Konferenz gemeinsam mit der Landtagsfraktion der PDS zum Thema „Arbeit und Umwelt: Innovative Umwelttechnologien- Chancen und Hindernisse“. Referenten sind u. a. Jürgen Blazejczak vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Detlef Bröcker von der Niederbarnimer Eisenbahn AG. Ralf Christoffers spricht über „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzeffekt“.

2003

15. März

In Cottbus findet ein Energiepolitischer Tag zu „Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien als Handlungsfelder nachhaltiger Kommunalpolitik“ statt, der von der Landtagsfraktion, dem LV, dem kf und den AG Energiepolitik und Umweltpolitik gestaltet wird.

30. August bis 16. September

„Grüner Sommer 2003“ der AG Umweltpolitik und des Kreisverbandes Oberhavel u. a. mit Judith Dellheim (KPF der PDS, Berlin), Helmuth Markov, Wolfgang Birthler, Umweltminister Brandenburg (SPD).

2004

4. Juni

Im Landkreis Oder-Spree findet ein Grüner Sommer statt. In Erkner spricht Anita Tack auf einer Konferenz über die EU-Osterweiterung: „Wie lösen wir den Stau auf? Alternative Verkehrskonzepte sind machbar“.

2005

3. September

In Müncheberg beteiligen sich ca. 100 Interessenten an der 5. ökologische Konferenz, die unter dem Motto steht: „Umweltschutz ist soziale Daseinsvorsorge“. Referenten sind Dagmar Enkelmann, Wolfgang Methling (PDS- Umweltminister Mecklenburg-Vorpommern) und Experten vom ZAFL Müncheberg. Das Thesenpapier von Kirsten Tackmann und Ilse Spahn „Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht“ findet über das Land Brandenburg hinaus Beachtung.

2006

11. März

Die AG ernennt Prof. Dr. Wolfgang Böhme anlässlich seines 80. Geburtstages zum Ehrenmitglied

23./24. September

Auf der Bioland Ranch Zempow (Kreis Ostprignitz-Ruppin) findet im Rahmen der „Woche der Zukunftsfähigkeit“ eine Veranstaltung des LV und der LAG Umwelt zum Thema „Ein Brandenburg der Regionen – ökologische Gesichtspunkte der Landesentwicklung“ statt. Die AG veröffentlicht ihren Zempower Aufruf: „Keine Agrogentechnik auf Brandenburgs Feldern“

2007**29./30. September**

Auf der Energiekonferenz am 29./30. September 2007 in Cottbus wird ein Beschlussentwurf des Landesvorstandes diskutiert, der vorsah, die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ zu unterstützen.

10. November

Die LAG Umwelt beschließt das Positionspapier „Landwirtschaft und Tierschutz“

2007/ 2008

Teilnahme an der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“

2008**14. Januar**

Die LAG Umwelt initiiert in Potsdam ein landesweites Treffen der Landesarbeitsgemeinschaften

August

Die LAG Umwelt verabschiedet ein Thesenpapier zu Großschutzgebieten

2009**13. Juni**

In Potsdam findet eine verkehrspolitische Konferenz der LAG zum Thema: „Verkehrswende in Brandenburg – Umweltgerechte Mobilität für alle!“ statt.

2011**1. Oktober**

Auf einer Beratung beschließt die LAG eine „Position zu ausgewählten Aspekten der Energiestrategie des Landes Brandenburg“

Anlage 2

Übersicht über die Alternativen Grünen Wochen bzw. den Grünen Sommer

1. Alternative Grüne Woche

4. bis 11. Juni 1994 Kreis Ostprignitz-Ruppin in Neuruppin, Fehrbellin und Linum

2. Alternative Grüne Woche

10. bis 17. September 1995 in Lakoma bei Cottbus

3. Alternative Grüne Woche

6. bis 8. September 1996 in Brieselang, Kreis Havelland
1997 ???

4. Alternative Grüne Woche

15. bis 21. Juni 1998 in Lenzen, Kreis Prignitz

5. Alternative Grüne Woche

21. bis 27. Juni 1999 im Kreis Märkisch- Oderland

6. Alternative Grüne Woche

15. bis 27. September 2000 Potsdam-Mittelmark in Golzow, Glindow, Teltow und Treuenbrietzen

1. Grüner Sommer

31. August bis 8. September 2001 „Grüner Sommer“ im Kreis Barnim

2. Grüner Sommer

19. August bis 10. September 2002 „Grüner Sommer“ im Kreis Teltow-Fläming

3. Grüner Sommer

30. August bis 16. September 2003 „Grüner Sommer“ im Kreis Oberhavel

4. Grüner Sommer

10. 4. bis Juni 2004 „Grüner Sommer“ im Kreis Oder/Spree

Ab 2005 fand der Grüne Sommer der PDS als Beitrag zur Woche der Zukunftsfähigkeit der Grünen Liga in dezentralen Veranstaltungen der Kreise statt.

Anlage 3

Öko-Standpunkte der AG Umwelt beim Landesverband der PDS Brandenburg

In der Reihe PDS Öko-Hefte

- 1/1995 Dr.-Max-Kienitz-Lehrpfad, Autorenkollektiv
- 2/1996 Die Brandenburger Wälder – ein Schatz, der bewahrt und vermehrt werden muß, Autoren: Horst Wuttge und Dr. Adolf Jahn

In der Reihe PDS Öko-Standpunkte

- 1/2000 Stellungnahme zu den Thesen zur programmatischen Debatte der PDS, Autor: Arbeitsgruppe Umwelt der PDS Brandenburg
- 2/2000 Thesen zur „Nachhaltigen Entwicklung“, Autor: Dr. Ilse Spahn
- 3/2000 Alleen als landschaftsgestaltendes Markenzeichen Brandenburgs – schützen und gestalten, Autor: Peter Engert
- 4/2000 10 Jahre Umweltpolitik der PDS Brandenburg – 10 Jahre Ringen um das Profil einer neuen sozialistischen Partei
- 1/2001 Novellierung oder Nivellierung des Brandenburger Naturschutzes, Diskussionsbeitrag zur Novellierung des Brandenburger Naturschutzgesetzes
- 1/2002 Wie sind Wirtschaftswachstum und Steigerung der Massenkaufkraft mit dem sozial-ökologischen Umbau vereinbar?
- 2/2001 Die neuesten Einschätzungsberichte des IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) zur Klimaänderung und Schlussfolgerungen der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS Brandenburg, Autor: Prof. Dr. Wolfgang Böhme
- 1/2003 „Eine andere Welt ist möglich“
Mein Bericht vom 3. Weltsozialforum in Porto Alegre/ Brasilien, Autor: Helmut Horst

- 2/2003 Ökologische Nachhaltigkeit als unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Ziele und Bewegung. Wird der Programmentwurf diesem Inhalt gerecht? Autor: Dr. Ilse Spahn u.a.
- 1/2004 Naturschutz – Jobkiller oder Jobmaschine, Thesen zum Vortrag auf der Anhörung Arbeit und Umwelt, Autor: Dr. Dagmar Enkelmann
- 2/2004 Thesen der PDS für eine nachhaltige zukunftsfähige Abfallpolitik, unter veränderten europäischen und nationalen Rahmenbedingungen, Erarbeitet von der Arbeitsgruppe Abfall der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt – Energie –Verkehr der PDS
- 3/2004 Verkehr und Umwelt in Brandenburg – Diskussionsbeiträge von Erika Schulz und Dr. Franz Rudolf
- 4/2004 Gentechnik – Möglichkeiten und Grenzen
- 5/2004 Ein Kindergarten ohne Spielzeug, Ein Beitrag zum Thema „Gut leben, statt viel haben“, Autor: Cornelia Dönicke
- 1/2005 Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht
Thesen zur 5. ökologischen Konferenz der PDS, Landesverband Brandenburg, Autoren: Dr. Ilse Spahn, Dr. Kirsten Tackmann u.a.
- 1/2006 Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch oder gar nicht
Debattenbeiträge zur 5. ökologischen Konferenz der PDS, Landesverband Brandenburg
- 2/2006 Ein Leitbild für die Region Berlin – Brandenburg
Spannungsfelder der brandenburgischen Umweltpolitik – als Beitrag zur Leitbilddiskussion der Linkspartei. PDS
- 1/2010 Der Koalitionsvertrag - Wegweiser für eine nachhaltige, ökologische Entwicklung?, Autoren Dr. Ilse Spahn, Dr. Annemarie Kersten

Anlage 4

39

UTOPIE kreativ, H. 79 (Mai 1997), S. 39-51

Arbeitspapier zur Tagung »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« der PDS Brandenburg am 14. Juni 1997

Vorbemerkung der Redaktion:

Der Abdruck des vorliegenden Arbeitspapiers ist Resultat einer Vereinbarung zwischen der Redaktion von »UTOPIE kreativ« und der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg. Beide Partner dieser Vereinbarung beschreiten damit Neuland: Die Redaktion leistet einen direkten Beitrag zu einem PDS-inneren Diskussionsprozeß, die Brandenburger PDS nutzt die »UTOPIE kreativ«, um Arbeitspositionen und gegenwärtig erreichte Diskussionsstandorte öffentlich zu machen. »UTOPIE kreativ« ist bereit, die zu erwartende Debatte weiter zu begleiten.

Einleitung

Die Durchführung einer Konferenz des Landesvorstandes der PDS, der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und des Kommunalpolitischen Forums - Land Brandenburg e.V. zum Thema: »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« wurde im Oktober 1996 auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS in Lauchhammer beschlossen, und auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Brandenburg im Februar 1997 wurde im Leitantrag »Opposition konkret 1997« die Zielstellung der Konferenz noch einmal unterstrichen: »Die brandenburgische PDS will ihren Beitrag dazu leisten, die globale ökologische Verantwortung auf lokaler Ebene transparent und politikfähig zu machen. Es geht um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere um den langfristigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedingt den ökologischen Umbau des Landes und der Gesamtregion Berlin-Brandenburg als eine immer neu herzustellende notwendige Einheit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die konzeptionelle Beschäftigung mit Fragen und Problemen des ökologischen Umbaus als Leitidee und Chance für die Entwicklung Brandenburgs muß verstärkt werden. [...] Wir wenden uns gegen Versuche, Umwelt und Mensch, Naturschutz und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Umweltverträgliche Wirtschafts- und Strukturkonzepte müssen der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.« [1]

Unter dem Slogan »Global denken, lokal handeln« gilt es also, gemeinsam mit Verbündeten in anderen Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen sowie mit interessierten Bürgern auf eine nachhaltige Entwicklung im Raum Brandenburg-Berlin hinzuwirken und dabei in möglichst vielen Kommunen

Das Arbeitspapier wurde im Auftrag der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg von Ilse Spahn erarbeitet

Wenn jetzt und im folgenden von »nachhaltig« die Rede ist, ist grundsätzlich das Begriffspaar »nachhaltig/zukunftsfähig« gemeint.

eine lokale AGENDA 21 aufzustellen, zu beschließen und zu realisieren.

Im vorliegenden Arbeitspapier wird der Versuch unternommen, Grundsatzfragen anzureißen, dabei einen knappen Literaturüberblick zu vermitteln und schließlich konkrete Handlungsansätze aufzuzeigen.

Die Organisatoren der Konferenz schlagen folgenden Umgang mit diesem Arbeitspapier vor: Versand mit der Einladung zum ersten Teil der Konferenz am 14. Juni 1997; Erarbeitung einer zweiten Fassung bis zum zweiten Teil der Konferenz 6. September 1997; gleichzeitig Erarbeitung von Arbeitspapieren/Thesen der einzelnen Arbeitsgruppen der Konferenz.

I. Grundsätzliche Probleme und Fragen (Punkte 1-10 nach Böhme)

1. Am Beginn der Konferenz muß die Erörterung von Grundlagen und Grundfragen einschließlich der Situationsanalyse stehen. Vorschläge zu praktischem Handeln müssen sich aus der Erörterung dieser Grundlagen und Grundfragen schlüssig ergeben.

2. Ökologischer Umbau bedeutet: Sich von Anfang an nicht auf eine »rein ökologische« Seite zu beschränken, sondern die Beziehung zur Entwicklung der Gesellschaft (d. h. der Entwicklung der Menschheit) zu beachten.

3. In engerem Sinne ist unter »ökologischem Umbau« eine nachhaltige/zukunftsfähige Entwicklung des Ökosystems verstehen, wobei das »Ökosystem« das Globale Ökosystem mit seinen vielen Teilsystemen umfaßt, die alle Gegenstand der Ökologie als Wissenschaft sind.

4. Eine nachhaltige Entwicklung, die das Ziel des ökologischen Umbaus ist, kann nur als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung der Erde verstanden werden. Diese nachhaltige Entwicklung umfaßt die ökologische Entwicklung der Natur, von der die Menschheit ein Teil ist. Die Wechselbeziehung der Menschheit mit der Natur beeinflußt und setzt voraus die gesellschaftliche Entwicklung, die zumindest die ökonomische, die soziale und die Entwicklung von Kultur und Bildung einschließt. Dem muß die Politik Rechnung tragen.

5. Über den »ökologischen Umbau« kann man also nur fruchtbar beraten, wenn man die anderen Komponenten einer nachhaltigen Entwicklung einbezieht.

6. Jedes der Felder einer nachhaltigen Entwicklung (also Ökosysteme einerseits und die menschliche Gesellschaft mit wirtschaftlicher Tätigkeit, ihren sozialen Beziehungen und der Entwicklung von Kultur und Bildung andererseits) schließt sehr verschiedenartige, scheinbar nicht im Zusammenhang miteinander stehende Teilgebiete ein wie z. B. das Klimasystem; die Entwicklung der Artenvielfalt; die Entwicklung der Menschenrechte; die globale, regionale und individuelle Sicherheit und vieles andere mehr.

7. Jedes dieser Felder stellt für die Erreichung einer nachhaltigen Gesamtentwicklung auf der Erde bestimmte Forderungen für andere Felder und Teilgebiete. Beispiel: Die Sicherung der Stabilität des Klimasystems stellt Forderungen an die Wirtschaftsentwicklung, u. a. hinsichtlich der Wandlung, der Erschließung und

Nutzung von Energiequellen. (Die Herausarbeitung weiterer solcher feldüberschreitenden Forderungen ist eine aktuelle Arbeitsaufgabe!)

8. Die sich aus den verschiedenen Feldern oder Teilgebieten für eine nachhaltige Entwicklung ergebenden Anforderungen können miteinander verträglich, aber auch widersprüchlich sein. Beispiele von widersprüchlichen Anforderungen aus unterschiedlichen Teilgebieten der verschiedenen Felder sind die Konflikte zwischen Klimaschutz und Sicherung von Arbeitsplätzen im Braunkohlentagebau oder die Forderung nach weitgehendem Ausstieg aus der Chlorchemie und gleichzeitig nach Sicherung von Produktionsstandorten.

9. Für solche unverträglichen Anforderungen müssen im Interesse der Nachhaltigkeit prinzipiell Kompromisse zwischen den übergeordneten Teilgebieten bzw. Feldern gefunden werden.

10. Zu diskutieren ist zum Beispiel:

a) Welche Felder und Teilgebiete bedürfen nachhaltiger Entwicklung?

b) Welche wichtigen Anforderungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Nachhaltigkeit der Entwicklung auf den einzelnen Feldern und Teilgebieten zu gewährleisten? Wie verhalten sie sich zueinander?

c) Welche wichtigen Anforderungen aus verschiedenen Feldern und Teilgebieten sind widersprüchlich (nicht hinreichend verträglich)?

d) Wie sind die verschiedenen Anforderungen miteinander zu verbinden?

Zu welchen nicht oder kaum verträglichen Anforderungen müssen Kompromisse gefunden werden, und welche Lösungsmöglichkeiten kommen in Frage?

e) Welche Faktoren, Mächte und Interessen stehen der Realisierung der wichtigsten Anforderungen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit auf der Erde entgegen und welche Forderungen sind an die Politik im Sinne ihrer unter 4. genannten vornehmlichen Aufgabe zu stellen?

II. Zu einigen Analysen und globalen und regionalen Lösungsansätzen

11. Die Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) hat 1992 in Rio de Janeiro eine umfassende Analyse dieser Probleme vorgenommen und in der AGENDA 21 eine Aufgabenstellung für das 21. Jahrhundert verabschiedet [2].

In der Rio-Deklaration, Grundsatz 3, ist nachhaltige Entwicklung wie folgt definiert:

»Das Recht auf Entwicklung muß so erfüllt werden, daß den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.« Nachhaltige Entwicklung hat somit einen intertemporären und einen interregionalen Aspekt. Solidarität zwischen den aufeinanderfolgenden Generationen einerseits und den heute auf der Erde nebeneinanderlebenden Generationen (Nord-Süd- und Ost-West-Problematik) ist gefordert.

12. Zum Stand der Umsetzung der AGENDA 21 verweisen wir insbesondere auf die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit entstandene Arbeit von

Vorangestellt sind in der AGENDA 21 die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen (Teil I) und in diesem Teil der internationale Handel, die Wirtschaftspolitik in ihrer Bedeutung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung besonders betont. Es folgen weiter die Probleme wie Armutsbekämpfung, Bevölkerungsentwicklung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Gesundheits- und Siedlungsentwicklung. Nachdrücklich wird die Integration von Umwelt- und Entwick-

lungszielen in die Entscheidungsfindung von Politik, Planung und Management gefordert.

Im Teil II »Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung« werden behandelt »Schutz der Erdatmosphäre« – also das Klimaproblem, die Boden-, Wald- und Wasserressourcen. Ebenso sind enthalten die Bewirtschaftung der Ökosysteme, Landwirtschaft, Bergregionen, Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre, Erhaltung der biologischen Vielfalt. Umfassend ist die Abfallproblematik behandelt: Toxische Chemikalien, Entsorgung von Abfällen, insbesondere auch radioaktive Abfälle.

In den Teilen III und IV mit den Titeln: »Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen« und »Möglichkeiten der Umsetzung« wird ausführlich und nachdrücklich auf die notwendige Entwicklung von unten orientiert. Jeder der folgenden Gruppen ist ein gesonderter Abschnitt gewidmet: Frauen, Kinder und Jugend, eingeborene Bevölkerungsgruppen, nichtstaatliche Organisationen – NGO's –; Initiative in den Kommunen – Lokale AGENDA 21 (Kapitel 28), Rolle der Arbeitnehmer und Gewerkschaften (Kapitel 29), Rolle der Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Bauern.

Rolf Kreibich (Hrsg.): »Nachhaltige Entwicklung« ([3] - Stand 1994)

Noch nicht ausgewertet ist in diesem Buch der Abschlußbericht zur Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«, [4] der zu den Gebieten Verkehr und Energie sehr deutliche Minderheitenvoten der von der SPD in diese Enquete-Kommission entsandten Mitglieder enthält. In diesem Minderheitenvotum heißt es: »Unverantwortlich ist, wie wir Reichen zu Lasten der Armen leben. Diese Unverantwortlichkeit wird noch dadurch verschärft, daß wir – und das gilt auch für Deutschland – dies wissen und in Kenntnis der Folgen fast nichts tun, um daran etwas zu ändern. Und vielleicht noch schlimmer ist, daß dieses Nichtstun im wesentlichen auf einem Mangel an Verständigungswillen beruht. Diejenigen, die den energiepolitischen Gegensatz aufrechterhalten und damit die gegenseitige Blockade stabilisieren, kämpfen nicht nur gegeneinander. Vor allem verweigern sie die Verständigung zu Lasten der Dritten Welt und der Nachwelt.« ([4], S. 1393, und [5])

13. Unübersehbar ist die Kluft zwischen der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung bzw. ökologischem Umbau auf der einen Seite und Umweltpolitik auf der anderen Seite: Nachhaltigkeit der Entwicklung betrifft alle Bereiche der Wirtschafts- und Lebensweise in der Gesellschaft, während Umweltpolitik und Umwelttechnologie sich bisher vorwiegend mit der Nachsorge, d. h. der Beseitigung von gasförmigen, flüssigen und festen Abfällen der Wirtschafts- und Lebensweise befaßt haben. Es geht bei nachhaltiger Entwicklung um einen grundlegenden Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweise, der bis jetzt noch gar nicht richtig in Angriff genommen wurde.

14. Die Vielfalt der Probleme, der Zeitdruck, sie schnell zu lösen, die Blockadehaltung unserer und anderer Regierungen verleiten dazu, vor diesen Anforderungen zu resignieren. Die Grundsatzkommission der PDS hat im Dezember 1996 ein Papier »Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen« vorgelegt [8]. Darin wird u. a. eingeschätzt (S. 4):

»In der PDS hat die Diskussion zu diesen Problemen erst begonnen. Für die Entwicklung von Politik, Strategie und Programmatik der PDS ist sie unverzichtbar.«

Gemeinsamkeiten zwischen PDS-, SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Positionen machte die erste »Crossover«-Konferenz der drei Zeitschriften »UTOPIE kreativ«, »spw« und »Andere Zeiten« sichtbar. In der Erklärung dieser Crossover-Konferenz wird als Folge der wirtschaftlichen Deregulierungspolitik der letzten fünfzehn Jahre ein »Verschwinden der Politik« festgestellt. Im PDS-Grundsatzkommissionspapier heißt es dazu: »Die parlamentarische SPD-Linke im Bundestag fordert statt perspektivlosem Krisenmanagement <die Ausrichtung der Politik am Ziel der Nachhaltigkeit>. Sie zählt dazu <die Reform des internationalen Finanzsystems, die Reorganisation der nationalen Wertschöpfung, mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Vermögen und Einkünften, die Ausweitung der Mitbestimmung und eine aktive Struktur- und Investitionspolitik>. Und bei der Arbeitsmarktpolitik hat die Crossover-Konferenz auf 3 Schwerpunkte orientiert: Verkürzung der Arbeitszeit (ca. Dreißig-Stunden-Woche), doppelte Umverteilung

von oben nach unten und von Männern zu Frauen sowie auf einen »neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor«, der weder privat noch staatswirtschaftlich organisiert ist.« ([8] S. 9)

Hermann Scheer (SPD) hat weitere Konzepte zum ökologischen Umbau in seinem neuen Buch »Zurück zur Politik« entwickelt. [9] In [8] S. 13 wird dazu betont, daß der Generalnenner des Umbaus nicht die Beseitigung des Marktes, sondern die Überwindung der Dominanz des Profits sein muß. Die PDS hat auf dem Schweriner Parteitag im Januar 1997 konkrete Vorschläge zur Einleitung des ökologischen Umbaus in Deutschland gemacht, insbesondere mit dem Beschluß zur Steuerreform in Punkt II.3. »Ökosteuern und -abgaben.« [10] Veränderungen solcher Art haben andere Mehrheiten im Bundestag zur Voraussetzung.

15. Schon vor der Erreichung solcher anderen Mehrheiten jedoch können Konzepte einer regional-nachhaltigen Entwicklung angegangen werden, wie sie Majer in seinem Artikel »Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt« [11] beschreibt. Das sind Überlegungen, die auch für die Ausarbeitung einer »lokalen AGENDA 21« von Bedeutung sind. Deshalb seien sie hier näher betrachtet.

Regional-nachhaltige Entwicklung (RNE) ist Majer zufolge ein Leitbild, das in einem langfristigen Such- und Abstimmungsprozeß erreicht werden soll. Dabei sind die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche und die natürlichen Lebensgrundlagen in zeitlicher und räumlicher Dimension so aufeinander abzustimmen, daß interregionale und intertemporale Gerechtigkeit gewährleistet ist. Aus der zeitlichen und räumlichen Dimension ergeben sich wichtige Verteilungsaufgaben. Die eine Region darf sich also nicht auf Kosten anderer Regionen entwickeln, und die Wirtschaftsweise und Lebensstile in der Region sind so zu gestalten, daß auch die kommenden Generationen in dieser Gegend leben können.

Die den Ländern und Kommunen im Rahmen des Föderalismus eingeräumten Spielräume müssen soweit wie möglich ausgenutzt werden, um regional und lokal das Umsteuern zur nachhaltigen/zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise einzuleiten (und das dafür notwendige Umdenken bei Politikern, Wirtschaftlern und Bürgern zu befördern). Regionen im Sinne einer regional-nachhaltigen Entwicklung könnten in der Erörterung die Planungsregionen des Landes Brandenburg sein: Havelland-Fläming; Spreewald-Lausitz; Oderland-Spree; Uckermark-Barnim; Prignitz-Oberhavel.

16. Die Bundesregierung hat 1992 in Rio der AGENDA 21 zugestimmt, und der Bundestag hat im Juni 1994 Deutschland auf die AGENDA 21 verpflichtet. Zur Erfüllung der Verpflichtungen, die bis zum 31.12.1996 datiert war, stellt R. Kreibich fest ([6], S. 7): »Heute, im Jahr 1997, kann es keinen Zweifel geben, daß der Nach-Rio-Prozeß auf lokaler Ebene in Gang gekommen ist. Dazu hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) den Stand der Ausarbeitung und Umsetzung in 14 europäischen Ländern dokumentiert. Danach sind in Schweden, Irland und Norwegen fast 100 Prozent der Kommunen in den AGENDA 21-Prozeß einbezogen, in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark sind es schon über 50 Prozent, während die Beteiligung in Frank-

R. Kreibich kommt zu dem Schluß »Unsere heutige Industrie- und Wachstums-gesellschaft ... ist nicht zukunftsfähig.« ([6] S. 2) D. und D. Meadows haben Anfang der neunziger Jahre Modellrechnungen aus den siebziger Jahren wiederholt und in »Die neuen Grenzen des Wachstums« festgestellt, daß uns von Jahr zu Jahr weniger Zeit bleibt, um die erforderlichen Veränderungen erfolgreich zu realisieren. [7]

Majer [11] schreibt zur Erarbeitung einer lokalen AGENDA 21: »Der angemessene Weg muß über einen Suchprozeß führen, der die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche (Wirtschaftsweisen und Lebensstile) mit den natürlichen Lebensgrundlagen (Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme) abtimmt.«

Simonis [12] beschreibt diesen Suchprozeß mit einem »Magischen Dreieck« zukunftsfähiger Entwicklung, in dem der Schutz der Ökosphäre, die stabile wirtschaftliche Entwicklung und die gerechte Verteilung der Lebenschancen enthalten sind.

reich, Österreich und Deutschland (= 1,5 Prozent) im August 1996 noch unter 5 Prozent lag. Diese für die Bundesrepublik Deutschland miserable Situation ist wohl weniger den Kommunen als viel mehr der Bundes- und den Landesregierungen anzulasten, die bisher nur wenig getan haben, um den Nach-Rio-Prozeß ins Rollen zu bringen und zu fördern.«

Während Deutschland bei Umwelttechnik – nachsorgender wohlgemerkt! – mit an der Spitze steht, ist es in der Frage der Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit eines der Schlußlichter. An Großprojekten hält es dagegen wider alle Vernunft fest! An der Basis aber, in den Städten oder Stadtteilen und Gemeinden, gibt es bereits viele Aktive, die auf eine lokale AGENDA 21 hinwirken oder sie schon beschlossen haben. Dabei kann die AGENDA 21 nicht Sache einer Partei oder des Bürgermeisters einer Stadt sein, es bedarf vielmehr des Zusammenwirkens von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden sowie engagierten Bürgern.

17. Für die Energie-, Stoff- und Materialströme gelten auch bei lokalen AGENDA 21 die von der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages [13] festgelegten Kriterien:

(1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d. h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.

(2) Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang verwendet werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren Ressourcen sowie der nichterneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.

(3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die »stille« und empfindlichere Regelungsfunktion.

(4) Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

18. Gibt es eine Rang- und Reihenfolge der Faktoren und Kriterien?

In seinem Buch »Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative« kommt H. Scheer ([14], S. 15) bei der Betrachtung der zunächst 21 Tagesordnungspunkte der Konferenz, die dann im 800 Seiten umfassenden Abschlußdokument auf 31 Programmpunkte angewachsen sind, zur Schlußfolgerung: »Bei 31 Schwerpunkten gibt es in Wahrheit keinen. ... Wenn alles wichtig ist, bleibt meistens alles liegen«, und er fragt: »Aber wie kommen wir zum richtigen Ansatz?« Danach betrachtet er die AGENDA 21 erneut und stellt fest: »Die wirtschaftlichen Tätigkeiten sind der Kern der gesellschaftlichen Entwicklungen. Der harte Kern der wirtschaftlichen Tätigkeiten wiederum ist der Einsatz verfügbarer Energie. Wer »Energiepolitik« und »Energiewirtschaft« als ein »single issue« – ein Einpunktthema – ansieht, hat die grundlegende Ursache der

Zerstörungsdynamik nicht erkannt und verstanden, und wer sie nicht versteht, kann auch keine Abhilfe schaffen.«

In diesem Sinne sind die in Rio geforderten und von der Enquete-Kommission [4] hervorgehobenen Reduktionsziele bei Kohlendioxid-Emissionen, die eine Energiewende vor allem in den Industrieländern voraussetzen, das Hauptkettenglied für den ökologischen Umbau bzw. die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung.

III. Zur produktivkraftbeschränkenden Bedeutung des Zieles, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2050 global um 50 und in den Industrieländern um 80 Prozent zu senken

19. Ziel der weltweiten Reduktionsstrategie ist eine Stabilisierung des Anteils kleiner wirksamer Spurengase in der Atmosphäre entsprechend Artikel 2, Satz 1 der in Rio de Janeiro verabschiedeten Klimarahmenkonvention, und nach Maßgabe des gleichen Artikels 2 soll dieses Ziel bis Mitte nächsten Jahrhunderts verwirklicht werden. Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren (vgl. [3] S. 78).

20. Das in Rio 1992 gesteckte Ziel und seine Realisierung sind eine existentielle Frage der Menschheit. Die menschliche Gesellschaft muß die Endlichkeit der nichterneuerbaren Ressourcen und Emissionsbegrenzungen zum Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen beachten. Die Menschheit braucht die auf der Erde vorgefundenen Naturbedingungen, muß sich ihnen anpassen.

Umgekehrt braucht die Natur den Menschen nicht, d. h., die Natur setzt sich bei Nichtbeachtung dieser Bedingungen gegen den Menschen durch.

Die Durchsetzung der Rio-Ziele bedeutet für Deutschland, bis 2005 auf ein Viertel und bis 2050 auf mehr als Dreiviertel aller Energien, die wir heute nutzen, zu verzichten bzw. sie durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Dazu müssen wir einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftsweise und dem Lebensstil vollziehen.

21. Nachhaltige Entwicklung setzt Grenzen, die auch Beschränkungen der Produktivkräfte sind. Das heißt, im Lebensraum auf der Erde können nicht mehr alle Erfindungen, die sich technisch verwerten lassen, wirklich in die Produktion umgesetzt werden. Das muß als Chance – und nicht als Nachteil! – begriffen werden.

22. In seiner Arbeit »Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren« [16] benennt Harry Nick vier Gebiete, auf denen es zu einer Revolution sowohl der Produktivkräfte als auch der Destruktivkräfte kommen kann – je nachdem, wie es den Menschen gelingt, die auf gattungsbedrohenden Gefahren zu bannen ([16] S. 2 und 3).

»Die Vorgabe der Klimarahmenkonvention erfordert bis 2050 eine weltweite Kohlendioxid-Emissionsreduktion von ca. 50 Prozent, woran sich die Industrieländer mit 70-80 Prozent sowie die ölproduzierenden Länder mit 60 Prozent beteiligen müssen, wenn den Entwicklungsländern noch ein Nachholebedarf von etwa 30 Prozent eingeräumt werden soll.« [4], S. 175

Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren. (Vgl. [3], S. 78)

A. Peters versteht die Produktivität als Bezeichnung für die Arbeits-Ergiebigkeit und ihre Steigerung und stellt diese u.a. in der Synchronoptischen Weltgeschichte für die Jahrhunderte dar. Für das 20. Jahrhundert vermerkt er, »Erdöl, Erdgas, Atomkraft decken den wachsenden Energiebedarf.« [15] Für das 21. Jahrhundert müßte dann stehen: Erneuerbare Energien decken zunehmend den Energiebedarf. Kohle, Erdöl und Erdgas spielen nur noch eine geringere Rolle, auf Atomkraft wird verzichtet.

Nick [16]

(1) zur Atomenergie: »Seit Hiroshima werden die heutige und alle künftigen Generationen damit leben müssen, daß und wie Gattungsmord möglich ist.«

(2) zum Verhältnis Mensch-Natur: »Im Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur ist der Mensch an einen Wendepunkt gelangt, hinter welchem Natur nicht mehr wie in der bisherigen Menschheitsgeschichte beliebig zur Verfügung steht. [...] Von nun an wird sich das Wirtschaften immer unter naturgesetzten Grenzbedingungen vollziehen mit ständiger Gefahr von Grenzüberschreitungen.«

(3) zu Makrokosmos und Mikrokosmos: »Der Mensch ist in alle nur möglichen Räume der Wirklichkeit vorgestoßen, in den Kosmos ebenso wie in den Mikrokosmos. Gerade vom Mikrokosmos her hat er die Wege zu dieser Produktivkraftrevolution, zu den tiefgreifenden Veränderungen seiner Existenz- und Lebensbedingungen gefunden. Sowohl zur modernen Informations-

IV. Die Produktivkräfte und die Bedingungen eines ökologischen Umbaus

IV./1 Zur Energieproblematik

23. Wenn in den kommenden Jahrzehnten die erforderlichen Kohlendioxid-Emissionsminderungen erreicht werden sollen, so sind zwei Strategien zugleich erforderlich:

a) Sparen von Energie durch völlig neue Technologien, wie sie Meyer-Abich als »Leitbild der Energiepolitik« darstellt ([4] Abschnitt 4.2.2) oder wie sie anschaulich im Buch »Faktor Vier« [18] geschildert sind;

b) zunehmender Einsatz von erneuerbaren Energien, wie sie von H. Scheer ([8] und [14]) gefordert und von Alt [19] dargestellt worden sind. Nur beide Strategien zugleich – also Verringerung des Energiebedarfs und Einsatz von Solarenergie (Photovoltaik u. a., aber auch von indirekter Solarenergie wie Wind-, Wasserenergie und Verbrennung von Biomasse) – werden die erforderliche grundlegende Veränderung des Energieeinsatzes in Industrie und Haushalten bringen.

24. Dieses Umsteuern wird jedoch bisher durch eine »Blockadehaltung« in Deutschland weitgehend behindert. (Im Minderheitenvotum in der Enquete-Kommission [4] werden Ursachen und Auswege dargestellt.)

25. Ganz entscheidend ist die Analyse von Scheer bezüglich der Energiestruktur, die zu der Schlußfolgerung führt, daß die Solarenergie an dem Ort, an dem sie benötigt wird, gewonnen und verbraucht werden kann. Das bedeutet nicht weniger, als daß künftig die Energieverbraucher unabhängig von Energiefernleitungen und Energiegroßproduzenten sein *könnten*! Das ist die technische Basis für die Stärkung kommunaler Energieunternehmen und für regional und lokal nachhaltige Entwicklungen (lokale AGENDA 21) in den Industrieländern. Das bietet auch Vorteile in den Entwicklungsländern wie etwa Afrika, die selbst mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen (NRO's) und ihren Entwicklungsprojekten ihre Energiebasis aufbauen könnten und nicht auf große Energiekonzerne angewiesen wären.

26. Gerade Brandenburg könnte verstärkt die Entwicklung und Produktion von Solarenergietechniken fördern. Das wäre günstig für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe in unserem Bundesland und außerdem eine Exportchance. Jedoch verläuft die Entwicklung in Deutschland zur Zeit gegenläufig. Es besteht die Gefahr, daß Japan und die USA diese Zukunftsmärkte erobern und Deutschland zu spät kommt, bzw. zugelassen hat, daß solche Produktion aus Deutschland ins Ausland verlegt wird (vgl. [21]).

27. Die Gesamtproblematik »Energiepolitik« wurde auf der 1. Energiepolitischen Konferenz der PDS im November 1996 in Hannover erörtert. Grundlage bildete ein Referat von D. Klein »Nachhaltige Entwicklung und Energiewende« [22]. Im Ergebnis der Tagung wurde ein Thesenpapier verabschiedet, in dem u. a. Strategien zum Energiesparen, zum Einsatz regenerativer Energien und zum Ausstieg aus der Atomenergie nachdrücklich gefordert werden.

28. Der Standpunkt der PDS zur Energiepolitik im Lande Brandenburg wurde auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS

(Oktober 1996 in Lauchhammer) diskutiert und im Leitantrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« [23] dargestellt. Eine Vertiefung dazu ist in der Arbeit von E. Radochla »Energiepolitik und ökologischer Umbau« [24] zu finden.

29. Soll für eine Region/Kommune eine lokale AGENDA 21 aufgestellt werden, so bildet die Energiesituation ebenfalls die Grundlage. Orientiert an den Kohlendioxid-Reduktionszielen muß für die Region die Ausgangslage bezüglich der Emissionen betrachtet werden. Danach sind die Bedürfnisse von Wirtschaft, Haushalt und Verkehr und die eigenen Energiere Ressourcen einander gegenüberzustellen. Daraus ergibt sich für jede Region/Kommune ein ganz typischer Energiemix als Ausgangszustand.

Zum Beispiel: In Dänemark spielen Wind- und Solarenergie eine große Rolle, in Österreich und der Schweiz als Bergländer Wasser- und zunehmend Solarenergie. In Brandenburg müßten es von der Ausgangslage her Braunkohle-, Biomasse-, Wind- und Solarenergie sein. Bequemer war Öl, weshalb es nach der Wende stark genutzt wurde. Aber man muß bedenken, daß Importenergeträger wie Steinkohle, Erdöl, Erdgas an ihren Produktionsorten oft zu Dumpinglöhnen erzeugt und ferner die Transportkosten gar nicht oder nicht vollständig in den Preisen berücksichtigt sind, von der Internalisierung der Umweltschäden bei Produktion und Transport ganz zu schweigen. Solange also die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, haben es regenerative Energien und örtlich geförderte Kohle schwer, sich auf dem einheimischen Markt durchzusetzen. Deshalb muß politischer Wille den örtlich möglichen Energiemix unterstützen. Jede Region sollte energetischer Selbstversorger – wenigstens weitgehend – sein können. Von dieser Ausgangslage können dann die Produktionsziele bestimmt und später auch kontrolliert werden.

30. Von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung einer solchen örtlichen Energiepolitik sind die Eigentumsverhältnisse bei den örtlichen Energieversorgungsunternehmen (EVU), das heißt, die Kommunen sollten unbedingt ihr kommunales Eigentum an den EVU behalten, um die Energiepolitik – insbesondere auch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Einspeisung von Überschüssen an Wind- und Solarenergie – in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Außerdem haben viele Kommunen Einnahmen aus den EVU, die sie für die Finanzierung eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einsetzen könnten.

IV.2. Zur Problematik der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

31. Grundlage der Diskussion sollten die Arbeiten zur regional-nachhaltigen Entwicklung (RNE) von Majer [11] und zu Wirtschaftskreisläufen in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Verkehr von Scheer [9] bilden.

Chancen zur Verwirklichung regionaler Wirtschaftskreisläufe ergeben sich politisch aus der Nutzung der Spielräume, die in den Beziehungen Bund-Länder-Kommunen gegeben sind, aber sie ergeben sich auch aus der Eigendynamik, die der Produktivkraftrevolution innewohnt. Darauf weist H. Nick ([16], S. 34) hin: Die

technik wie – durch Entzifferung des Codes der Erbinformationen – zur Veränderung der Lebewesen auf direkt »konstruierendem Wege«, durch direkte Genmanipulation."

(4) zur Übertragbarkeit der Intelligenz auf technische Mittel: »Der Mensch verliert sein wichtigstes Gattungsprivileg, bisher darin bestehend, daß er allein »Intelligenz« besitzt. Funktionen rationalen Handelns, menschlicher Intelligenz werden in allen ihren Komponenten [...] und deren Verknüpfungen auf technische Mittel übertragbar. Diese Produktivkraftrevolution ist vor allem der Beginn massenhafter Technisierung geistiger Arbeit, einer sich beschleunigenden Vervielfachung geistiger Kräfte über die Dimensionen hinaus, die in der Leiblichkeit des Menschen angelegt sind.«

Zum Begriff »Produktivkräfte« (PK) stellt Nick fest ([16] S. 6): »Wobei unter dem Begriff Produktivkräfte – im Marx-schen Verständnis – das System der produktiven Kräfte des Menschen, die Gesamtheit der von ihm im Stoffwechselprozeß mit der Natur in Bewegung gesetzten objektiven und subjektiven Faktoren zu dem alleinigen letztlichen Zweck, die Mittel für seine Existenz zu gewinnen, menschliches Leben zu verbessern, gefaßt werden.«

Die genannten Probleme sind so gearartet, daß sich die Veränderungen im Klima und damit in den natürlichen Lebensbedingungen menschlicher Gesellschaft unabhängig vom Willen des Menschen vollziehen. (Vgl. [17]) Da die Prozesse unabhängig vom Willen des Menschen ablaufen, treffen ihre Wirkungen auch alle sozialen Schichten.

Es existiert für die menschliche Gesellschaft durch die Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die globalen Probleme die Anforderung, eine Veränderung im Verhalten einzuleiten. (Vgl. [4]) Seit den ersten Warnungen des Club of Rome in den siebziger Jahren sind mehr als zwei Jahrzehnte vergangen. Darauf weisen Meadow und Meadow in ihrem Buch »Die neuen Grenzen des Wachstums« mit Nachdruck hin. [7]
Die Zeit, Veränderungen einzuleiten, wird knapp.

Revolution der Produktivkräfte führe auch zu einer Änderung der Wirtschaftsorganisation, und zwar weg von der Massenproduktion (fordistischer und tayloristischer Prägung) hin zu kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, die flexibel auf neue Anforderungen reagieren könnten. Auch in der Forschung gebe es eine Tendenz zu kleineren, flexibleren Einheiten. Mit all dem gewönnen auch die Regionen an Bedeutung.

32. Die Behandlung dieser Problematik mit konkretem Bezug zu den Bedingungen in Brandenburg ist für den zweiten Teil der Konferenz am 6. September 1997 in folgenden Arbeitsgruppen vorgesehen: (1) Bereich Energiewirtschaft; (2) produzierendes Gewerbe unter besonderer Beachtung der Bauwirtschaft; (3) Land- und Forstwirtschaft unter besonderer Beachtung des Bodenschutzes und der Probleme der Landnutzung; (4) Bereich Stadtentwicklung und Verkehr; (5) soziale, kulturelle und ethische Aspekte. Untersuchungen dazu in der PDS Brandenburg stammen z.B. von einer Arbeitsgruppe, der R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel und L. Kupitz angehörten [25], zum Thema Verkehr von A. Frenzel (»Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept« [26]) und zur nachhaltigen Stadtentwicklung von A. Tack [27]. Zum Bereich Land- und Forstwirtschaft empfiehlt sich zum Beispiel das Material der PDS-Bundestagsgruppe »Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft« [28].

IV.3. Der Mensch im Arbeitsprozeß

33. Es muß akzeptiert werden, daß Wirtschaft und Handel globalisiert worden sind. Davon kann man höchstens lokale/regionale Wirtschaftskreisläufe zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnungen, Dienstleistungen (wie ÖPNV) abkoppeln.

34. Es muß ferner akzeptiert werden, daß die Produktivkräfte so entwickelt worden sind, daß objektiv nicht mehr 100 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte benötigt werden, um die Menschheit zu ernähren, zu kleiden und ihr Wohnungen zu sichern.

Der Teil der in der Produktion tätigen Arbeitskräfte unterliegt den globalen Marktgesetzen. Dementsprechend werden national und international starke Gewerkschaften benötigt, um soziale Mindeststandards zu sichern.

Aus der enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität ergibt sich in der Produktion eine weitere Verschiebung im Verhältnis zwischen variablem und konstantem Kapital zugunsten des konstanten Kapitals. Darum sollten die Sozialabgaben der Unternehmen nach der Wertschöpfung berechnet werden. Damit würde der Druck, weitere Arbeitskräfte zu entlassen, sinken (vgl. die Rede von Christa Luft auf dem Schweriner Parteitag der PDS 1997).

Auf dem Schweriner Parteitag sind Beschlüsse zur Beschäftigungspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur erforderlichen Finanzierung – das heißt zur Steuerpolitik – sowie zur dabei erforderlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gefaßt worden, die für die sozialen Komponenten des ökologischen Umbaus wesentlich sind ([29], [30], [31]).

35. Der Teil der im erwerbsfähigen Alter befindlichen Menschen, der nicht in der materiellen Produktion benötigt wird, steht

objektiv vor der Chance und Notwendigkeit, sich anderen Aufgaben zuzuwenden. Wie kann verhindert werden, daß auch diese Bereiche unter Marktgesetze und »globale Zwänge« (wie: »Standort Deutschland auf dem Weltmarkt behaupten«) gezwungen werden? Es müssen Verteilungsverhältnisse gesichert werden, die ermöglichen, daß dieser Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der Produktion benötigt wird, nicht nur Arbeitslosigkeit als Alternative hat. Arbeitslosigkeit zu bezahlen ist teurer als Arbeit zu bezahlen! Es gilt, den öffentlichen Beschäftigungssektor zu sichern und zu entwickeln (vgl. ebenfalls [29] und [30]).

36. Für beide Gruppen von Arbeitnehmern in der Produktion und auch im öffentlichen Beschäftigungssektor muß im Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau auch die Sicherung der Sozialsysteme (Krankenversicherung, Rentenversicherung usw.) erörtert werden.

V. Zu demjenigen Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der materiellen Produktion gebraucht wird

37. Dieser Teil der Arbeitskräfte kann und muß sinnvolle Beschäftigung in der Bildung, der Wissenschaft, dem Gesundheitswesen, der Kultur, in diversen Dienstleistungen und bei der Heilung der bisherigen Umweltschäden finden.

38. Dieser Teil der Arbeitskräfte muß den internationalen Marktgesetzen entzogen werden. (Darin ist die Chance enthalten, die nationalen Eigenheiten und die nationale Kultur zu pflegen und zu gestalten.)

39. Dieser Teil der Arbeitskräfte ist im öffentlichen Beschäftigungssektor zu beschäftigen, wobei dieser Beschäftigungssektor in jedem der Staaten (auch der EU-Staaten) zu schaffen ist.

40. Den durch die Produktivkraftrevolution gegebenen Chancen dafür, daß nur ein kleinerer Teil der Arbeitskräfte für Essen, Kleiden und Wohnen aller Menschen gebraucht wird und der größere Teil für Kultur, Dienstleistungen, Bildung und Wissenschaft tätig werden könnte, muß man sich schrittweise durch Umverteilung von oben nach unten nähern: durch regionale Wirtschaftskreisläufe, die arbeitsintensiver sind; durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor (vgl. [29] und [30]).

41. So steht auch dies mit nachhaltiger Entwicklung im Zusammenhang: Gerade jetzt muß die Solidarität zwischen alten und jungen, noch arbeitenden und arbeitslosen Menschen gestärkt werden. Das geht nur über aktive Beteiligung des einzelnen in Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, um zu dem gegenwärtigen »Manchesterkapitalismus« die nötige Gegenmacht zu bilden. Der Aufschwung der Antiatombewegung in jüngster Zeit, aber auch die Aktionen der Gewerkschaft (Juni 1996, Herbst 1996) sind Zeichen eines Aufbruchs.

Es gibt auch Selbsthilfegruppen, die dem einzelnen Betroffenen helfen, aus der Isolierung, dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, herauszukommen. So gibt es Tauschringe, die als Nachbarschaftshilfe in neuer Form fungieren: in Ostsachsen zum Beispiel den »Sebnitz-Taler« und im Leipziger Raum den »Batzen«. Jedes Mitglied leistet die Arbeit, für die es qualifiziert ist – vom Frisieren über Renovieren

»Angesichts der jetzt erkennbaren katastrophalen Folgen von Tschernobyl und der Pflicht zur nahezu zeitlos sicheren Atommüll-Endlagerung stellt sich zweifellos die Frage, ob und wie ein Politiker, ein Techniker oder ein EVU-Vorstand die Risiken der Atomkernenergie weiter verantworten kann.« ([4] S. 1137)

»Um aus dem anthropogenen Treibhauseffekt ein Argument für die Atomenergie ableiten zu können, muß also in jedem Fall von der ... Notwendigkeit einer Risikoabwägung ausgegangen werden. Wir bestreiten beides: Weder macht es Sinn, ein lebensbedrohendes Risiko durch ein anderes zu ersetzen, noch zwingt der drohende Treibhauseffekt zur Risikostreuung. Unsere Kernthese ist: Die Atomkernenergie ist quasi die »Speerspitze« eines »harten« Energiepfades, der bislang sowohl das atomare als auch das Treibhausrisiko verschärft hat. Innerhalb eines großtechnischen, angebotsorientierten Energiesystems mit Atomkernenergie besteht gar nicht die Wahl zwischen mehr oder weniger Risiko, sondern eine systemimmanente Tendenz zur Risikokumulierung. Nicht trotz, sondern wegen eines effektiven Klimaschutzes muß aus der Atomkernenergie ausgestiegen werden.« ([4] S. 1137)

»Maximale technische Stromeffizienz und KWK-Techniken (Gas und Kohle) sind die kurz- und mittelfristigen Übergangstechnologien für eine langfristig weitgehende regenerative Stromerzeugung (Photovoltaik, Wind, Wasser, Biomasse). Bemerkenswert ist dabei: Während die technische Machbarkeit aller Varianten der Atomenergienutzung (LWR, HTR, Brüter, Fusion) offiziell selten hinterfragt und häufig mit gesellschaftlicher Wünschbarkeit gleichgesetzt wird, herrscht hinsichtlich der Realisierungschancen von risikoärmeren Alternativen erstaunliche technologische Kleingläubigkeit.« ([4] S. 1139)

»Kann aber andererseits ein Ausstieg politisch nicht durchgesetzt werden, könnten sich Befürworter und Gegner der Atomenergie solange blockieren, bis Klima- und Atomkrisen gefährlich kumulieren, vor allem zu Lasten der Dritten Welt und späterer Generationen... Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist, solange die Atomkernenergie von einer Regierungsmehrheit gefördert wird, nur dadurch möglich, daß Energiepolitiker, EVU und Umweltschützer alles daransetzen, die Frage nach der (Un)Vereinbarkeit von Atomkernenergie und Effizienzrevolution durch ein gemeinsam konzipiertes Einsparprogramm praktisch zu beantworten. Beide Seiten brauchen dabei ihre unterschiedlichen Standpunkte ... nicht aufzugeben Das ökonomische und politische Risiko für »beide Seiten« wäre gering, der ökologische Nutzen groß. Die eine Seite riskiert, daß sie sich mit der Unver-

bis zur Betreuung von Kindern – und bekommt für seine Leistung »Batzen« oder »Sebnitz-Taler« gutgeschrieben. Dafür können von ihm benötigte Leistungen in Anspruch genommen werden. In Sebnitz geht diese Hilfe sogar über die Grenzen hinweg.

42. Relativ wenig hört man von Frauen und ökologischem Umbau. Dabei sind Frauen die Hälfte der Menschheit – es muß gesichert werden, daß sie auch zur Hälfte die Entscheidungen bestimmen. Vgl. dazu den Abschnitt »Frauen« in der AGENDA 21 ([2] S. 218), den Beitrag von Ch. Schenk zum Leitantrag »Feminisierung der Gesellschaft« zum Schweriner Parteitag der PDS [33] und die Broschüre »Zukunft für Frauen« der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung [34].

Schlußfolgernd müssen wir uns fragen:

Gibt es Möglichkeiten, eine von Monopolen und Profitdominanz beherrschte Gesellschaft in die Richtung der Nachhaltigkeit zu zwingen?

Was kann dabei Politik?

Was kann dabei »Druck von unten«?

Literaturverzeichnis:

- [1] Beschlüsse des Landesparteitages der PDS Brandenburg: 4. Tagung des 4. Landesparteitages Okt. 1996 Lauchhammer und 1. Tagung des 5. Landesparteitages Febr. 1997 Schönehausen
- [2] AGENDA 21, in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit »Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – AGENDA 21«, 285 Seiten, deutsche Übersetzung (o.J.)
- [3] Rolf Kreibich (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Beltz Verlag 1996, Weinheim und Basel, 224 Seiten
- [4] Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« des Deutschen Bundestages (Hrsg.): »Mehr Zukunft für die Erde«, Schlußbericht, Economica Verlag, Bonn 1995, 1540 Seiten
- [5] Ilse, Spahn: Schlußfolgerungen (in Form von Thesen) aus den Ergebnissen der Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« und dem »Klimagipfel« März-April 1995 in Berlin, 16 Seiten, unveröffentlichtes Manuskript (bei der Autorin anfordern)
- [6] Rolf Kreibich: Sustainable City – Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Vortrag auf der Tagung vom 18.2.97 in Berlin (Tagungsmaterialien)
- [7] Donella und Dennis Meadows, Jorgen Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums, ungekürzte Buchgemeinschafts-Lizenzausgabe der Bertelsmann Club GmbH, Gütersloh 1992
- [8] Grundsatzkommission der PDS: Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen, Berlin, Dezember 1996
- [9] Herrmann Scheer: Zurück zur Politik, Piper Verlag München/Zürich 1995
- [10] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben (Beschluß, Schweriner Parteitag), in: Disput-Pressedienst 1/97, Seite 50
- [11] H. Majer: Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt, in: WSI-Mitteilungen 4/1995, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, S. 220-230
- [12] U. E. Simonis: Schumpetersche Botschaft und Rio-Imperativ, in: Grünstift, 11/12 1996 (»Grünstift-Extra«)
- [13] Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien für umweltverträgliche Stoffkreisläufe ... (1994 b); Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, in: Deutscher Bundestag BT-Drs. 12/8260, 12.07.1994, 362 S.

- [14] Herrmann Scheer: Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative, Bertelsmann Club, R. Piper GmbH, München 1993
- [15] Arno Peters: Synchronoptische Weltgeschichte, Universum Verlag München
- [16] Harry Nick: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe »Controvers« der PDS, 1995
- [17] W. Böhme: Stand der Kenntnisse zu den Fragen der Klimaänderung unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung des anthropogenen Einflusses auf das Klimasystem, AG Umwelt Brandenburg der PDS, Okt. 1996 (unveröffentlichtes Manuskript)
- [18] E. U. v. Weizsäcker u. a.: Faktor Vier, Bertelsmann Club 1995
- [19] F. Alt: Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Die Energiewende ist möglich
- [20] Gerhard Poppei: Finger weg von der Energie der Atome, in: Neues Deutschland vom 6.1.97, S. 12
- [21] Herrmann Scheer: Zukunftsmarkt Solartechnologie: Die Herausforderung Europas durch Japan und die USA, in: Solarzeitalter, 8. Jahrgang 1996, Heft 3, Seite 1
- [22] Dieter Klein: Nachhaltige Entwicklung und Energiewende. Beiträge zur Wirtschaftspolitik 4/96, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS
- [23] Leitantrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« zur 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg, Okt. 1996 Lauchhammer
- [24] Edeltraud Radochla: Energiepolitik und ökologischer Umbau. Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (hrsgg. von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Februar. 1997
- [25] R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel, L. Kupitz: Überlegungen zur Gestaltung eines Stabilitäts- und Konsolidierungsrahmens für das Land Brandenburg
- [26] A. Frenzel: Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept (hrsgg. im Auftrag der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Dez. 1996
- [27] Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft, in: Opposition konkret, PDS im Bundestag
- [28] Anita Tack: Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Antrag der PDS-Fraktion in der Debatte des Landtags Brandenburg am 19.3.1997)
- [29] Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 44-49)
- [30] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 50-54)
- [31] Gewerkschaften und PDS. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 55-56)
- [32] Blechen mit dem »Sebnitz-Taler«, in: Neues Deutschland vom 24.10.96, S. 3
- [33] Feministische Politik für eine demokratische emanzipierte Gesellschaft. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), Disput 1/97 S. 19-22 u. 25-27
- [34] Zukunftsfähiges Deutschland. Zukunft für Frauen? Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung

einbarkeit von Atomenergie und Sparen geirrt hat. Das Risiko der anderen Seite läge darin, daß der empirische Beweis vorliegen könnte, daß die Atomkernenergie durch risikofreiere Alternativen ersetzt werden kann. In ökonomischer Hinsicht wäre dieses Ergebnis nicht zum Schaden der Energieversorger. Denn die Märkte für NEGA-Watt und risikoärmere Angebotsalternativen sind weltweite Zukunftsmärkte. ... Antizipieren die bisherigen reinen Energieanbieter den zukünftig verschärften Substitutionswettbewerb von Energie durch Kapital und ihren Langfristplanungen, und nutzen sie ihren großen und kommerziell anwendbaren know-how-Vorsprung, dann können sie als Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) mit NEGA-Watt-Marketing gutes und klimaverträgliches Geld verdienen.« ([4] S. 1152 und 1153)

Anlage 5

Grundsätze für die Gestaltung der Alternativen Grünen Woche des PDS Landesverbandes Brandenburg

Diskussionspapier der AG Umweltpolitik beim Landesvorstand der PDS zur Vorlage für den Landesvorstand, dem Arbeitskreis Wirtschaft, Soziales, Ökologie des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion sowie zur Information für Kreisverbände und Kreistagsfraktionen

1. Zu den Zielen:

Ausgehend von der Aussage in der Konzeption Ostdeutsche Interessenvertretung durch die PDS, daß sich die Bürger unter anderem von zunehmender Umweltzerstörung bedroht fühlen und auf der Basis des Programms, in dem sich die PDS als zukunftsorientierte Partei definiert, führt der Landesverband der PDS alljährlich eine Alternative Grüne Woche durch. Sie reiht sich ein in zahlreiche Aktivitäten der PDS zur Bewahrung der natürlichen Umwelt und gegen Umweltzerstörung und ist dabei Höhepunkt im Laufe eines Jahres.

- Es soll deutlich werden, daß die PDS auch bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen die Interessen der Bürger vertritt. Noch nehmen die Bürger die PDS zu wenig als ökologisch orientierte Partei wahr.
- In der Gesamtheit der Veranstaltungen muß sich zeigen, daß soziale, ökonomische und ökologische Fragen nur als Einheit betrachtet werden können. Das heißt: Die Erhaltung der natürlichen Umwelt ist Lebensqualität und wichtig für die Gesundheit der Erwachsenen und vor allem der Kinder.
- Naturbewahrung steht nicht im Gegensatz zu Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten.
- Die Veranstaltungen der Alternativen Grünen Woche sollen zur Auseinandersetzung und zum größeren Sachverstand über Alternativen und Lösungsmöglichkeiten angesichts der sich aus der naturzerstörenden Wirtschaftspolitik ergebenden Konflikte beitragen. Das gilt innerhalb der PDS und darüber hinaus für breite Kreise der Bevölkerung. Sie ist somit auch ein Beitrag zum Eigenverständnis: Was ist gesellschaftlicher Fortschritt? Noch sehen sich die Mitglieder der PDS selbst zu wenig als Mitglied in einer ökologisch orientierten Partei; Das strahlt aus auf die Sympathisanten der PDS und andere Bürger des Landes.
- Für wirkungsolle Aktionen gegen Naturzerstörung und Umweltbelastung ist ein breites

Bündnis mit Naturschutzverbänden, Bürgerbewegungen und Bü90/Grüne notwendig. Die PDS muß sich dabei als engagierter aktiver und verlässlicher Partner darstellen.

- Innerhalb dieses Bündnisses soll die Überzeugung gefestigt werden, daß Erfolge bei der Ökologisierung der Wirtschaft und Gesellschaft nur gemeinsam erreicht werden können.

2. Zu den Gestaltungsmöglichkeiten

Die Inhalte und Aktionen werden grundsätzlich von den Problemen in der Region abgeleitet, in der die Alternative Grüne Woche stattfindet.

- Dazu sollen Aktionen gehören, die zur Klärung strittiger, einer Lösung bedürftiger Probleme beitragen.
- Keinesfalls sollten Veranstaltungen fehlen, die durch Naturerleben eine emotionale Bindung festigen und damit die Bereitschaft wecken, sich für deren Erhaltung auch einzusetzen.
- Bei der Gestaltung sind rechtzeitig parteiübergreifend ökologisch orientierte Gruppen, Institutionen, Betriebe, Kulturschaffende, Bürgerinitiativen usw. einzubeziehen.
- Bei konkreter praktischer Tätigkeit als Beitrag bei der Gestaltung eines umweltrelevanten Projektes sollten die PDS-Mitglieder unter Beweis stellen, daß sie nicht nur reden, sondern auch zum praktischen Handeln bereit sind.
- große Aufmerksamkeit ist der Öffentlichkeitsarbeit zu schenken, um einerseits die Bürger zum Mittun zu aktivieren, andererseits aber auch, damit die Aktivitäten der PDS auf dem Gebiet des Umweltschutzes wahrgenommen werden.

3. Zur Verantwortlichkeit:

Die Gestaltung der Alternative Grüne Woche liegt in den Händen eines Kreisverbandes, der sich lt. eigenem Beschluß dazu bereit erklärt.

Der Landesvorstand, die AG Umweltpolitik beim Landesvorstand und die Landtagsfraktion tragen für das Gelingen Mitverantwortung, diese sollte sich vor allem äußern,

- in der Festlegung der personellen Verantwortlichkeit,
- in der rechtzeitigen gemeinsamen Beratung der Konzeption,
- in der Beteiligung als Diskussionspartner für Veranstaltungen
- in der finanziellen und materiellen Unterstützung besonders für die Öffentlichkeitsarbeit

- in der aktiven Teilnahme von Mitgliedern des LV, der AG Umweltpolitik sowie der Landtagsfraktion an einzelnen Veranstaltungen

Die Alternative Grüne Woche sollte nach Möglichkeit um den 5. Juni -

Weltumweittag oder den 22. 04. - Tag der Erde - stattfinden.

Es wäre wünschenswert, wenn paralell dazu auch in anderen Kreisen ähnliche Veranstaltungen stattfinden würden.

Lebus, den 28.04.96 Annemarie Kersten

Sprecher der AG Umweltpolitik

Anlage 6

**Dr. Ilse Spahn
Dr Kirsten Tackmann**



**AG Umwelt beim
Landesvorstand der PDS
Brandenburg
Alleestr. 3
14469 Potsdam**

Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch – oder gar nicht

**Thesen zur 5. ökologischen Konferenz der PDS
Landesverband Brandenburg
Am 3. September 2005**

**Ökostandpunkt 2005/1
Standpunkte der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS**

Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg¹ 2005

„Umweltschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge - über die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit und ihre soziale Dimension“

Zukunftssicherung geht sozial und ökologisch - oder gar nicht!

Die aktuelle Krise der westlichen Industriegesellschaft ist auch in Brandenburg unter anderem charakterisiert durch die Erosion ihres solidarischen Zusammenhalts, ihres sozialen Gefüges. Immer mehr Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder gar darüber hinaus. Die Folgen der aktuellen Politik sind schwerwiegender, als das Fehlen finanzieller Absicherung des Alltags für immer mehr Menschen und die damit verbundenen persönlichen Zukunftsängste. Und sie gehen weit über die Summe der Einzelschicksale hinaus: Wo Chancen für ein selbst bestimmtes Leben gering sind, wird die Aufforderung zu demokratischer Verantwortungsübernahme für die Zukunft der Gesellschaft oft als Farce empfunden. Eine Entfremdung der Menschen von der Gesellschaft, in der sie leben, ist gleichzeitig eine Bedrohung für diese Gesellschaft. Das derzeitige Maß an Politikverdrossenheit bedroht die Demokratie. Dabei gilt gerade: Wo Regierende die Alternativlosigkeit ihrer Politik proklamieren, ist die gemeinsame Suche nach zukunftsfähigen Alternativen wichtiger denn je. „Eine andere Welt ist möglich“ darf keine leere Symbolik sein, sondern muss gelebt werden und erlebbar sein!

Dazu werden überzeugende, realistische Ideen gebraucht und eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der politische Einmischung und demokratische Debatte nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich gewollt ist. Es geht nicht darum, eine falsche Politik besser zu erklären, sondern sie zu ändern. Dabei geraten zurzeit nicht nur die sozialen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen wieder zunehmend unter die Räder kurzfristiger kapitalistischer Markt- und Verwertungslogik. Soziale und ökologische Interessen der Menschen werden im Schatten vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge gegeneinander ausgespielt. Verlierer auf diesem Weg sind nicht nur die, die heute leben, sondern auch kommende Generationen.

Uns demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten geht es darum, gemeinsam mit Gleichgesinnten und Bündnispartnern für eine zukunftsfähige Politik zu streiten. Dazu gehört auch eine neue öffentliche Debatte zu den Grundwerten dieser Gesellschaft: was wollen, was müssen und was können wir uns leisten, um heute und in Zukunft friedlich, selbst bestimmt und demokratisch miteinander leben zu können? Das schließt Fragen einer gerechten Beteiligung an der Finanzierung der Gesellschaft und gerechten Verhältnissen ebenso ein wie einen sorgsam Umgang mit natürlichen Ressourcen und einer umweltschonenden Lebensweise.

Für die PDS bedeutet dabei Nachhaltigkeit, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales gemeinsam gedacht werden – und nicht nur in den Dimensionen des eigenen Alltags, sondern auch in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen und ihrer zeitlichen und räumlichen Fernwirkungen. Denn noch nie war diese Aussage so wahr wie unter den Bedingungen der Globalisierung: Wir leben in „einer Welt“ - und wir haben nur diese eine. Der Umgang mit unserem natürlichen Lebensumfeld und den natürlichen Ressourcen wird darüber entscheiden, ob und wie die kommenden Generationen auf dieser Erde leben können. Der ökologische Umbau der Gesellschaft, wie auch die PDS ihn fordert, ist sozial und ökonomisch gestaltbar - und er ist dringender denn je. Das Erreichen des „points of no return“ (Punkt jenseits dessen keine Rückkehr zum Ausgangspunkt mehr möglich ist) scheint bereits absehbar. „Allein in den vergangenen 50 Jahren haben die Menschen der Umwelt so großen Schaden zugefügt,

¹ Die Konferenz ist ein Gemeinschaftsprojekt der AG Umwelt, des Landesvorstands und der Landtagsfraktion

1 dass die Existenz zukünftiger Generationen gefährdet ist . . . Die sinkende Leistungskraft von
 2 Ökosystemen wird vermutlich dazu führen, dass die internationalen Entwicklungsziele
 3 (Millennium Development Goals) nicht erreicht werden, schreibt das Potsdam-Institut für
 4 Klimafolgenforschung (PIK) . . .²
 5 Es muss gehandelt werden, bevor es endgültig zu spät ist.

6

7

8 **I. Für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft als Alternative zur neoliberalen** 9 **Politik - Die globalen Beschlüsse (Rio, Johannesburg und AGENDA 21)**

10

11 Die Forderung nach einem ökologischen Umbau der Gesellschaft ist die zwingende
 12 Schlussfolgerung aus der Erkenntnis, dass sich die menschliche Gesellschaft als abhängigen
 13 Teil der Natur versteht: wir sind Gäste auf dieser Erde und sollten uns so verhalten. Seit
 14 mehreren Jahrzehnten weist die Wissenschaft auf die Grenzen und Zukunftsrisiken
 15 wirtschaftlichen Wachstums hin³. In hartnäckiger internationaler Diskussion wurden
 16 entsprechende Beschlüsse auf den UN-Konferenzen 1992 in Rio und 10 Jahre später in
 17 Johannesburg gefasst. Es wurden 3 Haupt Spannungsfelder zwischen der menschlichen
 18 Gesellschaft und ihres natürlichen Lebensumfeldes beschrieben: Klimawandel, Land- und
 19 Forstwirtschaft einschließlich biologischer Vielfalt (u. a. Artensterben) sowie geologische und
 20 geophysikalische Spuren der Handlungen von Menschen (Ressourcenraubbau,
 21 Umweltverschmutzung).

22 Die Umsetzungsstrategien für die entsprechenden Konventionen sind in der AGENDA 21
 23 beschrieben, die ausdrücklich auf die Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Akteure
 24 hin orientiert: Frauen, Kinder und Jugend, Initiativen in den Kommunen, Arbeitnehmerinnen
 25 und Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO). Die
 26 Sicherung der demokratischen Mitwirkung ist ein zentrales Anliegen dieses Prozesses. Für die
 27 regionale Ebene wurden LOKALE AGENDEN 21 angeregt. Sehr oft war und ist kräftiger
 28 Druck in und außerhalb der Parlamente nötig, um das zu erreichen oder Erreichtes am Leben
 29 zu halten. Weltweit sind erst wenige hundert entstanden, davon die meisten in Europa. Nach
 30 anfänglichem Optimismus und Zuversicht droht diese wichtige Entwicklung derzeit ins
 31 Stocken zu geraten. Auch auf internationaler Ebene, 10 Jahre nach Rio wurden auf der UN-
 32 Konferenz von Johannesburg die Beschlüsse von 1992 zwar bestätigt, aber gleichzeitig
 33 festgestellt, dass sie nur sehr zögerlich in die Tat umgesetzt wurden. Im Gegenteil – ihnen
 34 entgegenstehende neoliberale Konzepte sind jetzt in vielen Teilen der Erde herrschende
 35 Politik. Mit schwerwiegenden Folgen für die sozialen und natürlichen Lebensverhältnisse der
 36 Menschen.

37 Seit Rio haben sich die von der menschlichen Gesellschaft in der Natur ausgelösten
 38 Veränderungsprozesse fortentwickelt – nach ihren eigenen, objektiven Gesetzen und
 39 weitgehend unabhängig vom Willen der Menschen. Das gilt sowohl für das Klima als auch
 40 für das Artensterben und anderes mehr. Die Veränderungen scheinen auf vielen Gebieten
 41 rasanter zu sein, als bislang prognostiziert. Sie sind zwar nicht nur durch den Menschen
 42 verursacht, aber Menschen sind für diese Entwicklung mitverantwortlich.
 43 Forderungen zu einem ökologischen Umbau der Gesellschaft sind nicht neu und
 44 Lippenbekenntnisse der verantwortlichen Politik in Bergen von Akten zu besichtigen – allein
 45 es fehlt der Wille, diese Probleme endlich ernst zu nehmen und Lösungsvorschläge auch
 46 umzusetzen. Dabei gilt: „Klimaschutz kostet Geld – ohne ihn wird es noch teurer.“⁴

47

² Zukunft in Gefahr (<http://focus.nao.de/fof/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=13069>) vom 31. März 2005

³ Bücher: „Die Grenzen des Wachstums. Club of Rome. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“ (Dennis L. Meadows, Donella H. Meadows, Erich Zahn, 1983, Rowohlt Taschenbuch-Verlag, ISBN 3499168251) und „Die neuen Grenzen des Wachstums“ (Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Joergen Randers, 1994, DVA, ISBN 3421066264)

⁴ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

1 II. Die PDS hat programmatische Antworten auf die Zukunfts Herausforderungen

2
3 Die PDS sagt auch in diesem Kontext: Politik ist nie alternativlos. Das muss unsere eigenen
4 politischen Vorstellungen einschließen. Unsere Überlegungen zu nachhaltigen
5 Entwicklungskonzepten sind ein ausdrückliches Diskussionsangebot an alle Interessierten, an
6 Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

7 Nachhaltigkeit als Einheit von sozialem, ökologischem und ökonomischem Handeln ist
8 zentraler Inhalt sowohl des im Dezember 2003 beschlossenen Parteiprogramms der PDS als
9 auch des Perspektivprogramms des Landesverbandes Brandenburg bis 2020. Sozial auch im
10 ökologischen Kontext schließt für uns ein, Konfliktlösungen durch Krieg und Gewalt
11 abzulehnen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, körperliche und mentale
12 Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden, ein selbst bestimmtes Leben durch Möglichkeiten
13 des Erarbeitens des Lebensunterhaltes in Würde sowie Lebenschancen für alle durch für alle
14 zugängige Bildung zu sichern.

15
16 Mit diesen Überlegungen nehmen wir teil an einer breiten, öffentlichen Debatte zur Zukunft
17 unserer Gesellschaft. In einem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-
18 Stiftung des DGB wurde bereits im Jahre 2000 nachgewiesen, dass mit nachhaltigen
19 Entwicklungskonzepten die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht ansteigt, wie oft behauptet,
20 sondern entscheidend gesenkt werden könnte. Dennoch wird die neoliberale Politik
21 fortgesetzt, mit dem Ergebnis sich verstetigender Massenarbeitslosigkeit und wachsender
22 Umweltzerstörung.

23 Die PDS weiß, dass sie allein gesellschaftliche Veränderungen nicht erreichen wird. Durch
24 gemeinsames Agieren mit Interessierten und Gleichgesinnten aus Politik, Vereinen,
25 Verbänden und Gewerkschaften müssen gesellschaftliche Mehrheiten nach links verschoben
26 werden. Dazu muss auch die PDS ihre Bündnisfähigkeit und –bereitschaft beweisen.

27

28

29 III. Der Klimawandel als Beispiel für die Verknüpfung fataler sozialer und ökologischer 30 Konsequenzen zukunfts unfähiger Politik

31

32 Von den vielen bei der Rio- Konferenz behandelten Themen ist der Klimawandel in
33 besonderer Weise als Beispiel dafür geeignet, die Eigendynamik von anthropogen (vom
34 Menschen) ausgelösten Umweltveränderungsprozessen, sowie ihre gesellschaftlichen
35 Ursachen und sozialen Folgen darzustellen. Unsere Fähigkeit, heute auf die aktuell messbaren
36 und wahrscheinlich zu erwartenden Veränderungen angemessen zu reagieren, entscheidet
37 über die Zukunft der kommenden Generationen. „Business as usual hätte schwerwiegende
38 Folgen“⁵.

39 Es ist vermutlich im Universum eine absolute Ausnahme, dass ein Planet eine Atmosphäre
40 hat, die menschliches Leben ermöglicht: eine Atmosphäre, die warm genug ist, mit Luft zum
41 Atmen und Wasser zum Trinken.

42 Die Experten sind sich unterdessen nahezu einig: Der Wandel der klimatischen Verhältnisse
43 auf der Erde hin zu ungünstigeren Bedingungen hat bereits begonnen und zeigt in allen Teilen
44 der Erde Wirkungen. Und sie sind sich auch darin weitgehend einig: Dieser Klimawandel ist
45 hauptsächlich bedingt durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe (CO₂-Emissionen).

46 Zu den wahrnehmbaren Veränderungen werden regelmäßig Einschätzungsberichte einer
47 UNO-Kommission (Intergovernmental Panel on Climate Change-IPCC) erarbeitet, in der
48 sowohl Regierungsvertreter als auch Wissenschaftsexperten vertreten sind.
49 Im IPCC arbeiten 3 Gruppen zu folgenden Problemkreisen:

50 1. Das Klimasystem der Erde

⁵ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

- 1 2. Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeit
 2 3. Wege zur Milderung von Klimaänderungen
 3 Außerdem gab es 2 internationale UNO-Klimakonferenzen: 1979 und 1991*⁶. Vom Januar
 4 bis März 2001 wurden bei internationalen Konferenzen, an denen Delegierte von über 100
 5 Regierungen teilnahmen, die dritten Einschätzungsberichte des IPCC und die
 6 Zusammenfassungen für Politiker vorgelegt, diskutiert und gebilligt.⁷
 7 Angesichts der in diesem Bericht beschriebenen Entwicklung wird es für dringend
 8 erforderlich gehalten,
 9 a. diesen Klimawandel nicht weiter zu forcieren (d. h. die CO₂-Emissionen zu
 10 verringern) und
 11 b. sich an den bereits vorhandenen Klimawandel anzupassen (Anpassungsstrategien)
 12 Auch dazu liegen Empfehlungen vom IPCC vor⁸. Für verschiedene Vorhersageszenarien
 13 werden mögliche Handlungslinien beschrieben, bei denen folgende Einflussfaktoren
 14 berücksichtigt werden müssen:
- 15 • Die Bevölkerungsentwicklung
 - 16 • Anwachsende kulturelle und soziale Wechselwirkungen mit einer wesentlichen
 - 17 Reduktion der regionalen Differenzen im pro Kopf Einkommen
 - 18 • Die ökonomische Entwicklung (insbesondere das Energieerzeugungssystem aufgrund
 - 19 der besonderen Klimawirksamkeit)
 - 20 • Das Tempo bei der Einführung neuer Technologien (d. h. die Entwicklung der
 - 21 Produktivkräfte)
- 22 Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass bei Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsweise
 23 (insbesondere bei unveränderter Nutzung fossiler Energiequellen) und einem Anstieg der
 24 Bevölkerung bis Mitte des 21. Jahrhunderts mit anschließendem Rückgang eine weitere
 25 Erwärmung der Atmosphäre mit stark steigender Tendenz bis zum Ende dieses Jahrhunderts
 26 zu erwarten ist (Szenario 1).
 27 Bei gleicher Bevölkerungsentwicklung (Anstieg bis 2050, danach Rückgang) aber rascher
 28 Änderung der ökonomischen Strukturen (Dienstleistungs- und Informationsökonomie mit
 29 Reduktionen in der Materialintensität und Einführung von sauberen und ressourceneffizienten
 30 Technologien) würde sich eine deutlich geringere Temperaturerhöhung (<2°C) bis Ende des
 31 21. Jahrhunderts erreichen lassen, die dann auch endet. Dieses Szenario 2 setzt auf globale
 32 Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließlich
 33 verbesserter Gerechtigkeit. Diese Maßnahmen würden demnach nicht nur die
 34 Klimaveränderungen verlangsamen, sondern auch andere gesellschaftliche Probleme der
 35 Menschheit lösen. Es setzt jedoch global weitgehend einheitliches Handeln voraus, was bei
 36 den gegenwärtigen Machtverhältnissen am Beginn des 21. Jahrhunderts wenig realistisch
 37 erscheint.
 38 Mit lokalen Lösungsstrategien (Szenario 3), die auf ökonomische, soziale und ökologische
 39 Nachhaltigkeit orientieren, ließe sich immerhin selbst bei einer ständig wachsenden

⁶ An beiden Klimakonferenzen nahm Prof. Wolfgang Böhm teil und leitete für die 2. Klimakonferenz eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse des Weltklimaprogramms in den mehr als 10 Jahren zwischen der 1. und 2. Klimakonferenz zu beurteilen und die Weiterführung des Klimaprogramms zu begründen hatte

⁷ In diesem IPCC - Bericht wird festgestellt (siehe Kommentar von Prof. W. Böhm zum 3. IPCC - Bericht 2001 vom 4.4. 2000, mit Ergänzungen vom 13. 9. 2000): "Es ist keine Frage (mehr), ob sich das Erdklima ändern wird, sondern eher eine Frage, wie sehr, wie schnell und wo. Es ist unbestritten, dass die beiden letzten Jahrzehnte die wärmsten des letzten Jahrhunderts, ja die wärmsten der letzten 1000 Jahre waren, dass der Meeresspiegel sich hebt und die Niederschlagsverhältnisse sich ändern und das arktische Seeeis dünner wird ... Die Klimamodelle ... verweisen auf ein Anwachsen der globalen mittleren Oberflächentemperatur um 1,5 bis 6°C zwischen 1990 und 2100 (gegenüber einem maximalen Zuwachswert von 3,5°C für den gleichen Zeitraum im 2. IPCC-Bericht von 1995, wobei die Landflächen, speziell in mittleren und höheren nördlichen Breiten, sich mehr erwärmen, als das globale Mittel). Die Modelle zeigen, dass, so wie die Erde sich erwärmt, aride und semiaride Landgebiete in Südafrika, dem Mittleren Osten, von Südeuropa und Australien noch größeren Wassermangel aufweisen werden als schon heute, ... dass ... zig Millionen Menschen in den kleinen Inselstaaten und niedrig liegenden Delta-gebieten vertrieben werden und dass die Struktur und das Funktionieren von kritischen Ökosystemen, speziell von Korallenriffen und Forstgebieten, sich ändern werden, wobei Güter und Dienstleistungsfunktionen, die für eine nachhaltige Entwicklung lebenswichtig sind, beeinträchtigt werden. Die anthropogenen Klimaveränderungen werden viele Jahrhunderte forbestehen (auch wenn sofort alle Emissionen gestoppt würden)."

⁸ IPCC - Spezialbericht zu Szenarien und Zusammenfassungen für Politiker (siehe Anlage I)

- 1 Bevölkerung und einem geringeren, aber vielfältigeren technologischen Wandel (orientiert
2 auf Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit die Erwärmung) immer noch auf um etwa 2,5°C
3 und nur ein mäßiges weiteres Wachstum nach dem Jahr 2100 begrenzen.
4 Alle vorgeschlagenen Handlungslinien unterstreichen die Notwendigkeit, den Klimawandel
5 nicht als ein naturwissenschaftliches Phänomen zu betrachten, sondern seine
6 gesellschaftlichen Ursachen und Folgen in die Lösungssuche einzubeziehen, d. h. nachhaltige
7 Entwicklungskonzepte anzustreben und durchzusetzen. Diese wissenschaftlich fundierten
8 Aussagen sollten Ermutigung für all jene sein, die sich im Sinne der AGENDA 21 für die
9 vorrangige Orientierung auf lokale und regionale Nachhaltigkeit engagieren.
10 Welche Veränderungen zum Klimaschutz wurden bisher erreicht?
11 Obwohl bereits 1992 auf der Rio-Konferenz die Klimarahmenkonvention (UNFCCC)
12 verabschiedet wurde, sind erst mit dem Kyoto-Protokoll 1997 konkrete Maßnahmen zur
13 Minderung des CO₂-Ausstoßes beschlossen worden. Und erst 2004 - nach 7 Jahren! - wurde
14 das Kyoto-Protokoll von einer ausreichenden Anzahl Staaten ratifiziert, um es in Kraft treten
15 zu lassen. Die politisch Verantwortlichen, aber auch die Gesellschaft insgesamt, haben sich
16 das Klimaproblem viel zu langsam bewusst gemacht und sehr spät Maßnahmen beschlossen,
17 die den Klimawandel zumindest verlangsamen. Das Kyoto-Protokoll ist dennoch nicht
18 unwichtig. Es ist eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für eine dringend notwendige
19 Trendwende: weg von fossilen Energien hin zu Energieeinsparung/Energieeffizienz und
20 erneuerbare Energiegewinnung.
21 Das erreichte Tempo ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels vermutlich zu gering.
22 Darauf hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
23 (WBGU) Ende 2003 in einem Sondergutachten⁹ reagiert. Er empfiehlt Maßnahmen zu
24 treffen, um die Klimaänderung global auf eine Erwärmung von 2°C bis 2100¹⁰ zu begrenzen.
25 Der begonnene Prozess des Klimawandels wurde zwar hauptsächlich durch den Menschen
26 verursacht, aber er folgt, einmal ausgelöst, natürlichen Gesetzmäßigkeiten und ist nach
27 Expertenauffassung in absehbarer Zeit nicht mehr rückgängig zu machen. Umso mehr sind
28 wir zur Debatte und Entscheidung über Reaktionsoptionen gezwungen. Dazu gehören
29 Anpassungsstrategien ebenso wie die verstärkte Förderung von Maßnahmen, die den
30 Klimawandel verlangsamen.
31
32
33 **IV. Umsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel sind dringender denn je**
34
35 Die menschliche Gesellschaft muss sich an den bereits eingetretenen Klimawandel anpassen,
36 um extrem negative Auswirkungen zu begrenzen. Dabei geht es weniger um eine spezielle
37 Klimapolitik, sondern vor allem um die seit langem als notwendig erkannte Änderung der
38 Wirtschafts- und Lebensweise hin zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung. Das
39 kann nicht nur global geschehen, denn die dafür bedeutenden Faktoren (siehe These III)
40 wirken regional unterschiedlich und stehen in Wechselwirkung zueinander (Klimafaktoren,
41 Bevölkerung, Energiesystem und Produktivkräfte).
42 Dabei ist der Klimawandel nicht nur auf seine allmählichen, für den einzelnen Menschen
43 nicht immer wahrnehmbaren Folgen reduziert, sondern zeigt sich z. B. auch in häufigeren
44 und intensiveren Extremereignissen (mehr und heftigere Stürme, stärkere Niederschläge als
45 Regen oder auch Schnee, aber auch extreme Trockenheit, siehe IPCC-Bericht 2001), deren
46 Auswirkungen oft verheerend für die Betroffenen sind. Ihr Zusammenhang mit den
47 Klimaveränderungsprozessen wird aber nicht immer wahrgenommen und richtig bewertet.

⁹ „Über Kyoto hinaus denken - Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert“ WBGU-Sondergutachten 2003

¹⁰ Bereits jetzt ist gegenüber der vorindustriellen Zeit eine Erwärmung um 0,6°C nachgewiesen; es darf also bis 2100 nur noch eine Erwärmung um 1,4°C zugelassen werden (WBGU-Sondergutachten 2003 S. 2)

1 Auch für den Wasserkreislauf hat der Klimawandel teilweise dramatische Konsequenzen.
 2 Dabei ist die Verfügbarkeit von Wasser eine entscheidende Lebensgrundlage auf der Erde -
 3 für Flora und Fauna, als das wichtigste Lebensmittel für uns Menschen und zur Produktion
 4 von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern.
 5 Jedes Konzept für "Regionale Nachhaltigkeit" muss also unter anderem die folgenden
 6 Einflussfaktoren berücksichtigen:
 7 1. Die Temperatur, ihr Niveau und ihre Änderungstendenz
 8 2. Die Verfügbarkeit von Wasser und deren Änderungstendenz
 9 3. Die Bevölkerung, deren Dichte (d. h. Einwohnerzahl pro Fläche) und deren
 10 Entwicklungstendenz (z. B. nimmt in den europäischen Staaten die Bevölkerung ab,
 11 während sie in Asien und Afrika in vielen Staaten zunimmt)
 12 4. Das Energiesystem (wird vorwiegend fossile oder atomare oder erneuerbare Energie
 13 benutzt?) und der Trend zur notwendigen Energiewende. Dabei begünstigen
 14 erneuerbare Energien die regionale Entwicklung
 15 5. Stand der Produktivkräfte und deren Entwicklungstendenz (d. h. in wie weit die
 16 bisherige Produktionsweise unverändert fortgesetzt wird oder ob die „ökonomischen
 17 Strukturen in Richtung auf eine Dienstleistungs- und Informationsökonomie mit
 18 Reduktionen in der Materialintensität und mit der Einführung von sauberen und
 19 ressourceneffizienten Technologien“ verändert werden (siehe IPCC-Bericht).
 20 Wie unterschiedlich diese Faktoren in verschiedenen Regionen der Erde wirken, wird
 21 beispielhaft an 2 Beispielen gezeigt: dem Einzugsgebiet des Nil (Anlage 2) und Tendenzen in
 22 Teilen des Einzugsgebietes der Elbe (Anlage 3).
 23 Diese Beispiele zeigen, dass Anpassungsstrategien nicht global und allgemeingültig erarbeitet
 24 werden können, sondern nach genauer Analyse jeweils für die konkrete Region entwickelt
 25 und durchgesetzt werden müssen. Dabei ist eine Trendwende nicht nur für Extremereignisse
 26 und Katastrophen, sondern für das tägliche Wirtschaften objektiv notwendig. Dies setzt ein
 27 Umdenken in der Wirtschafts- und Lebensweise der Menschen voraus, das jedoch nicht von
 28 Oben verordnet werden kann. Es bedarf der demokratischen Mitwirkung und Gestaltung aller
 29 Betroffenen und Verantwortlichen. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen
 30 ist dafür insbesondere außerparlamentarischer Druck dringend notwendig (Agenda 21 als
 31 Prozess gesellschaftlichen Umdenkens). Die Suche nach Verbündeten in den Parlamenten und
 32 Regierungen ist dabei unabdingbar. Eine solche Adresse und verlässliche Partnerin für
 33 Nichtregierungsorganisationen will und muss die PDS in parlamentarischer Verantwortung
 34 sein.

37 V. Die Energiewende steht auf der Tagesordnung

39 Die Energiewende (ob global oder regional) ist von zentraler Bedeutung sowohl für den
 40 Klimaschutz und als auch für den ökologischen Umbau der Gesellschaft an sich: weg von
 41 fossilen Energiequellen und atomarer Energieerzeugung¹¹ hin zu Energieeinsparung,
 42 effizienterer Nutzung und Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die abschbare
 43 Endlichkeit fossiler Energiequellen erzwingt diese Energiewende ohnehin. Ihre zunehmende
 44 Verknappung birgt die Gefahr gewalttätiger Verteilungskämpfe. Da die ökonomischen
 45 Erschließungsbedingungen ungünstiger werden, wird der Preis für fossile Energieträger rasant
 46 in die Höhe getrieben, was bei der großen Abhängigkeit der Industriewirtschaften
 47 schwerwiegende Folgen hat. Die Energiewende ist also auch ökonomisch zwingend. Zudem

¹¹ Atomenergie ist in der Klimapolitik wegen der erheblichen Risiken - man denke an Tschernobyl - und wegen der ungeklärten Endlagerung der für Jahrtausende strahlenden Abfälle kein Ausweg

1 wird in der Bundesrepublik ab 2010 mit einem erheblichen Bedarf an neuen
 2 Erzeugungskapazitäten gerechnet¹².
 3 Das Erneuerbare-Energie-Gesetz (BEG) der Bundesregierung war also ein wichtiger Schritt in
 4 die richtige Richtung, weitere sind aber erforderlich. „100% erneuerbare Energien bis 2050“
 5 könnte der energiepolitische Standpunkt der PDS zu diesem Thema formuliert werden¹³. Das
 6 Bundesumweltamt ist da bescheidener und fordert bis 2050 50%¹⁴.
 7 Erneuerbare Energien haben für die Gesellschaft einen entscheidenden Vorteil: sie können
 8 regional erzeugt und genutzt werden (Dezentralisierung der Energieerzeugung und des
 9 Energieverbrauchs, Verringerung des Überleitungsaufwandes und -verlustes). Das ist nicht
 10 nur ökologischer, es bringt auch neue Arbeitsplätze und - bei Nutzung des Energiespeichers
 11 Pflanze - neue Erwerbsmöglichkeiten für Landwirte und Waldbesitzer („Die Ölscheichs von
 12 morgen“), gerade in wirtschaftlich oder natürlich benachteiligten Regionen. Gleichzeitig ist
 13 auch dies ein Spannungsfeld verschiedener Interessen. Windmühlen beispielsweise sind nicht
 14 an allen Windeignungsstandorten sinnvoll und in unbegrenzter Zahl und Höhe akzeptiert. Bei
 15 Entscheidungen zu Standort und Zahl muss die demokratische Mitbestimmung in den
 16 Regionen sowohl durch die Betroffenen als auch durch unabhängige Experten gesichert sein.
 17 Auch großflächige Monokulturen von Energiepflanzen müssen aus ökologischer Sicht
 18 abgelehnt werden, auch wenn die Nutzung dieser Pflanzen an sich zu befürworten ist.
 19 Die Entwicklung regionaler Konzeptionen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien
 20 unter Einbeziehung und demokratischer Mitbestimmung aller gesellschaftlichen Akteure,
 21 einschließlich der betroffenen Bevölkerung, hält die PDS für unerlässlich.
 22 Eine Dezentralisierung der Energieerzeugung bleibt eine Machtfrage: Die wenigen
 23 Energieerzeuger-Konzerne, die aktuell den Markt mit konventionellen Technologien
 24 dominieren, wehren sich erbittert. Es muss trotzdem angestrebt werden, sie in den
 25 gesellschaftlichen Diskurs über die notwendige Energiewende einzubeziehen.
 26 Die Nutzung solarer Energien ist eine zutiefst friedliche Alternative: sie sind überall
 27 vorhanden und bieten daher keinen Grund für gewalttätige Auseinandersetzungen oder
 28 Kriege.
 29 Es müssen jedoch noch einige Probleme bis zu „100% Nutzung erneuerbarer Energien“ gelöst
 30 werden. Hier haben Forscher und Entwickler ein weites, interessantes Betätigungsfeld (z. B.
 31 Verbesserung des Wirkungsgrads; Suche nach effizienten Speichermöglichkeiten, u. a. zum
 32 Ausgleich diskontinuierlicher Erzeugung; Verbesserung der ökologischen Gesamtbilanz).
 33 Ökologischer Strom muss auch zu sozial verträglichen Preisen abgegeben, noch besser auch
 34 erzeugt werden. Hier ist Forschungsförderung im gesamtgesellschaftlichen Interesse.
 35 Kerngedanke der Energiewende ist aber nicht nur eine technologische Änderung der
 36 Energieerzeugung, sondern auch eine möglichst sparsame Verwendung der erzeugten
 37 Energie. Das kann erreicht werden durch z. B.:
 38 • Kraft-Wärme-Kopplung¹⁵ und
 39 • Wärmedämmung in Wirtschafts- und Wohngebäuden (erhebliche Einsparung an
 40 Heizkosten)
 41
 42

¹² ... der auf 3 voneinander unabhängige Ursachen zurückzuführen ist: viele fossil befeuerte Kraftwerke werden bis 2020 das Ende ihrer Lebensdauer erreichen; die in Deutschland installierten Kernkraftwerke werden in gleicher Zeit hoffentlich weitgehend außer Betrieb genommen werden; der Strombedarf wird in Zukunft bei unveränderten Verbrauchsgewohnheiten weiter steigen (W. Methling, ND vom 8.11.04)

¹³ W. Methling, ND vom 8.11.04

¹⁴ Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

¹⁵ dabei wird die bei der Energieerzeugung produzierte Wärme zur Heizung in Produktion, Verwaltung und Haushalten benutzt und damit ein wesentlich höherer Wirkungsgrad der eingesetzten Primärenergie erreicht als bei der reinen Energieerzeugung

1 VI. Die ökologisch sinnvolle Verkehrswende jetzt einleiten

2
3 Ein ökologisch besonders sensibler, aber sehr bedeutsamer Bereich des Energieverbrauchs
4 (und via Straßenbau sowie direkt als Luftverschmutzer auch in Bezug auf das natürliche
5 Lebensumfeld der Menschen) ist der Fahrzeugverkehr. „... noch bleibt der motorisierte
6 Verkehr ... das Sorgenkind der Klimapolitik. Es (sind) zwar kleinere Einsparerfolge bei den
7 einzelnen Fahrzeugen zu verzeichnen, gleichzeitig (nehmen) die CO₂-Emissionen mit dem
8 Wachstum der Verkehrsströme aber weiter zu.“¹⁶ Neben einer effizienteren Nutzung und der
9 Verwendung alternativer Kraftstoffe wären mit einer Reduzierung des Individualverkehrs und
10 einer stärkeren Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs (ÖPNV) erhebliche
11 Energieeinsparungen möglich. Die gegenwärtig politisch Verantwortlichen tun genau das
12 Gegenteil - sie schränken die realen Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV sowohl logistisch
13 (Verfügbarkeit) als auch finanziell (Preisgestaltung) drastisch ein. Gleichzeitig wird
14 insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ein extremer Druck hin zu immer größerer individueller
15 Mobilität ausgeübt. Daher sind gegenwärtig Forderungen nach einer wesentlichen Reduktion
16 des Autoverkehrs ökologisch berechtigt, aber die Chance ihrer (insbesondere auch sozial
17 gerechten und verträglichen) Umsetzung begrenzt. Dagegen ist eine deutliche Reduktion des
18 Spritverbrauchs (je 100 km) technologisch längst machbar und überfällig. Auch die weitere
19 Entwicklung alternativer, umweltgerechter Antriebsmittel - z. B. Biogas und Bioöle - muss
20 gefördert und gefördert werden. Der Güterverkehr gehört dringend weg von der Straße auf
21 Schiene oder, wo sinnvoll, auf die Wasserstrassen. Die Milliarden für die
22 Verkehrsinfrastruktur (Straßenbau) müssen zugunsten nachhaltiger Mobilitäts- und
23 Transportmodelle umverteilt werden. Eine ökologische Finanzreform¹⁷, die Abschaffung der
24 Steuerfreiheit von Kerosin sowie eine effektive Subventionierung des ÖPNV sind logische
25 politische Konsequenzen. Dabei sollten Erfahrungen zu regional angepassten Konzepten für
26 eine flexible Organisation des ÖPNV analysiert und erfolgreiche Lösungsansätze weiter
27 entwickelt werden.
28 Dem Mythos, dass mit dem Neubau von Straßen und Autobahnen automatisch ein
29 Schleusentor für Wirtschaftsinvestitionen geöffnet wird, müssen nüchtere, langfristige und
30 belastbare Analysen zum tatsächlichen regionalen Bedarf an Verkehrswegen entgegengesetzt
31 werden. Das gilt auch für den Ausbau von Wasserstraßen. Eine objektive Abwägung
32 zwischen Kosten, Nutzen und „Kollateralschäden“ verkehrspolitischer Entscheidungen ist aus
33 Sicht der PDS zwingend erforderlich und sollte selbstverständlich sein.
34 Darüber hinaus unterstützt die PDS zur Verbesserung bzw. Erhaltung von Lebensqualität und
35 Gesundheit der Bevölkerung die Umsetzung bzw. Einhaltung der seit dem 01. Januar 2005
36 geltenden EU-Luftqualitätsrichtlinie, denn die Gewährleistung einer hohen Qualität unserer
37 Atemluft gehört zu den elementaren Aufgaben des Schutzes der natürlichen
38 Lebensbedingungen der Menschen. Eine kurzfristige Maßnahme zur Reduzierung von
39 Feinstaub ist die Ausstattung von Dieselfahrzeugen mit Russfiltern und die Förderung von
40 Fahrzeugen, die durch Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen, Erdgas und Wasserstoff
41 betrieben werden können. Die PDS sieht jedoch die sozialen Grenzen der Erfüllung dieser
42 ökologisch sinnvollen Maßnahmen. In Zeiten massiven Verlusts an Kaufkraft durch
43 Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Erwerbsverhältnisse und
44 Billiglohnbereiche ist der finanzielle Spielraum vieler Menschen dafür nicht gegeben. Auch
45 hier sind ökologische und soziale Bedingungen in der Gesellschaft miteinander verknüpft.
46 Die Verkehrswende muss zudem eng verbunden mit Lärmschutz sein, denn der Verkehr,
47 insbesondere der Luft- und Straßenverkehr, ist als eine der größten Quellen der
48 Lärmverursachung auszumachen. Die Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments

¹⁶ Jörg Schindler, Beratungsunternehmen Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, ND vom 12.02.05

¹⁷ siehe auch Bundesumweltamt: „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik für das 21. Jahrhundert“, Februar 2005

1 und des Rates vom 25. Juli 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm
 2 sollte umgehend in nationales Recht umgesetzt werden. Darüber hinaus ist die seit 4 Jahren
 3 von der Bundesregierung angestrebte Novellierung des Gesetzes zum Schutz vor Fluglärm
 4 längst überfällig. Die neuen Lärmgrenzwerte sollten sich an den gesundheitsorientierten
 5 Werten der Fluglärmstudie des Umweltbundesamtes¹⁸ orientieren. Wirksame
 6 Immissionsschutzgrenzwerte müssen so definiert sein, dass die Flughafenbetreiber aktiven
 7 Lärmschutz betreiben müssen. Zur Vermeidung von gesundheitsschädigendem Lärm sollten
 8 Nachtflugverbote geprüft werden.

11 VII. Mit sozialer und ökologischer Verantwortung den ländlichen Raum wirtschaftlich 12 entwickeln

14 Die Agrarwirtschaft (Landwirtschaft, Gartenbau, Binnenfischerei und Ernährungsgewerbe) ist
 15 in Brandenburg das Rückgrat ländlicher Räume - bezüglich Wertschöpfung und regionaler
 16 Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit, aber auch als eine Mitgestalterin der Kulturlandschaft.
 17 Daher verknüpfen sich hier ökologische, ökonomische und soziale Interessen der Menschen
 18 in besonderer, sehr unmittelbarer Art und Weise miteinander. Es gilt es politische
 19 Rahmenbedingungen zu schaffen, in der die Agrarwirtschaft ihre Potenzen entwickeln kann.
 20 Es ist ein Vorurteil, dass Umweltschutz und ökologische Nutzungskonzepte des natürlichen
 21 Lebensraums Jobvernichter wären - sie können im Gegenteil zum Motor des Arbeitsmarkts
 22 werden. Fachlich begründete Konzepte müssen dabei Grundlage politischer Entscheidungen
 23 sein. Die PDS unterstützt alle Initiativen, die der regionalen nachhaltigen Entwicklung dienen,
 24 wie den „Tag der Regionen“ und andere.

25 Um unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen Landwirtschaft ökonomisch, sozial
 26 und ökologisch gestalten zu können, müssen Benachteiligungen einzelner
 27 Unternehmensformen, Produktionsstandorte oder landwirtschaftlicher Erzeugnisse
 28 ausgeschlossen werden. Die PDS unterstützt den Anspruch der flächendeckenden
 29 Landbewirtschaftung, Maßnahmen zur nichtkommerziellen Nutzung und Pflege von
 30 Kulturlandschaftselementen eingeschlossen (soweit sie sinnvoll und gesellschaftlich gewollt
 31 sind). Der im Ergebnis der GAP-Reform (Gemeinsame Europäische Agrarpolitik)
 32 befürchteten Reduzierung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf ein
 33 Minimum soll entgegengewirkt werden. Dazu müssen in weitaus stärkerem Maße auch nicht
 34 landwirtschaftliche Perspektiven für Wertschöpfung und Beschäftigung entwickelt und
 35 gestaltet werden. Dem Schutz der Umwelt und einer vielfältigen Kulturlandschaft, der
 36 Nutzung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien kommt dabei künftig eine
 37 besondere Rolle zu. Die Entscheidung über das anzustrebende sozial- und umweltverträgliche
 38 System der Agrarförderung stellt eine Kernfrage der Agrarpolitik dar. Die Agrarförderung ist
 39 auf die Entwicklung der multifunktionalen Landwirtschaft und der ländlichen Räume
 40 auszurichten. Kriterien sollen die Bewirtschaftungsintensität, die finanzielle Anerkennung der
 41 Natur-, Umweltschutz- und Landschaftspflegeleistungen der Landwirtschaft, die Begrenzung
 42 negativer Liberalisierungsfolgen auf ertragsschwachen und marktfernen Standorten, der Grad
 43 der Selbstversorgung und der Regionalisierung der Produktion sowie der
 44 Absatzmöglichkeiten sein.

45 Eine vielfältige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen in einer ökologisch sinnvoll gestalteten
 46 Kulturlandschaft ist wichtig – auch mit Blick auf die Attraktivität einer Region für Tourismus
 47 und Identität stiftende Wirkung für die regionale Bevölkerung – Aspekte, die die Motivation
 48 zum Schutz dieses natürlichen Umfelds verstärken können. Einer weiteren Zersiedelung und
 49 Zerschneidung der Landschaft muss entgegengewirkt werden. Die Einspeisung von
 50 Ausgleichsmaßnahmen in integrierte Projekte mit ökologischem Gesamtkonzept ist aus Sicht

¹⁸ Umweltbundesamt, 2000

1 der PDS nicht nur aus fachlichen Erwägungen sinnvoll, sondern auch, weil hier die Gedanken
 2 weg von Insel- und Refugiumsdenken und musealem Schutzgedanken hin zu einem
 3 Gesamtblick auf das natürliche Umfeld gefördert wird.
 4 Aufgrund der klimatischen Verhältnisse in Brandenburg (Dürre, Überschwemmung) sind die
 5 Vorschläge zur Einkommensabsicherung bei gravierenden Ertragsausfällen in der
 6 Landwirtschaft auf der Basis einer durch EU, Bund, Land und Landwirten getragenen
 7 Mehrgefahrenabsicherung politisch zu unterstützen.
 8 Ebenso bedeutsam für Brandenburg und seine ländlichen Räume sind die Wälder. Mit einem
 9 Waldanteil von einem Drittel der Landesfläche ist die Forstwirtschaft der größte
 10 Flächennutzer nach der Landwirtschaft. Damit ist die Holzgewinnung und -verarbeitung ein
 11 auch traditionell wichtiges wirtschaftliches und soziales Standbein im ländlichen Raum. In
 12 der Forstpolitik sind weiterhin der Erhalt und der Ausbau der Nutz-, Schutz- und
 13 Erholungsfunktionen der Wälder zu gewährleisten. Um die gegenwärtig ungenutzten
 14 Potentiale für Wertschöpfung und Beschäftigung zu erschließen ist eine alle Besitzarten
 15 umfassende Forstwirtschaftskonzeption erforderlich. Für die Sicherung einer nachhaltigen
 16 und großflächigen, einheitlichen Kleinprivatwaldbewirtschaftung und im Interesse der über
 17 100.000 Eigentümer sind forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse unabdingbar. Die PDS
 18 Brandenburg besteht weiterhin auf ein Verkaufsmoratorium des Preußenwaldes und die
 19 Verankerung der Unveräußerlichkeit des Landeswaldes in der Landesverfassung.
 20 Brandenburg verfügt über ein deutschlandweit einzigartiges Großschutzgebietssystem. Mehr
 21 als 40% der Landesfläche sind Schutzgebiete mit unterschiedlichem Status. Fließgewässer
 22 und Seen sind ein prägendes Element der Kulturlandschaft in Brandenburg. Ca. 10.000
 23 Standgewässer und ca. 33.000 km Wasserläufe umfassen ca. 2,3% der Landesfläche. Sie
 24 verbinden verschiedene Landschaftselemente und bieten mit ihren unterschiedlichen
 25 gewässertypischen Strukturen nicht nur vielfältige Lebensräume für Fauna und Flora, sondern
 26 sind auch besondere Anziehungspunkte für Freizeit- und Erholungssuchende. Millionen
 27 Bürger und Feriengäste - nicht nur aus Berlin - schätzen den hohen Erlebnis- und
 28 Erholungswert Brandenburgs und verbringen Freizeit und Urlaub bevorzugt in der naturnahen
 29 Kulturlandschaft. Im ländlichen Raum Brandenburgs liegen Chancen und Potentiale vor allem
 30 im naturverträglichen Ausbau des sprunghaft ansteigenden Rad- und Wassertourismus. Das
 31 betrifft Radwanderwege, Fahrrad- und Bootsausleihstationen sowie Herbergen. Die
 32 Unternehmen können damit werben, in der Küche Produkte aus der Region zu verarbeiten,
 33 Bauernhöfe können mit Hofläden ein weiteres Standbein aufbauen, ein Hotel kann
 34 umweltschonend geführt werden und eine autofreie Anbindung ermöglichen. Nischen, in
 35 denen neue Märkte erschlossen werden können, bestehen in der besonderen Qualität von
 36 Kinder- und Jugendreisen, beim Urlaub auf dem Bauernhof und in besseren
 37 Reisebedingungen für Menschen mit Behinderungen. Darin sieht die PDS einen Weg für
 38 diese Branche in Brandenburg, ein spezielles eigenes Klientel zu erschließen und damit eine
 39 Chance, im Wettbewerb der Urlaubs- und Freizeitregionen zu bestehen und gleichzeitig
 40 ökologischer zu handeln, als bei Prestigeprojekten der bisherigen Landesregierung wie
 41 Lausitzring und Tropical Island. Die ökologisch sinnvolle Gestaltung und Pflege einer
 42 vielfältigen Kulturlandschaft ist Grundvoraussetzung für einen naturnahen Tourismus, der
 43 durch touristische Übernutzung ebenso konterkariert würde wie durch eine
 44 Entnutzungstendenz landwirtschaftlicher Flächen oder großflächige Monokulturen.

47 VIII. Wasser als natürliche Ressource der Menschheit in dieser *einen* Welt erhalten

49 Die Verfügbarkeit über natürliche Ressourcen wird durch die gesellschaftlichen Bedingungen,
 50 unter denen die Menschen leben, einerseits und die ökologischen Bedingungen ihres
 51 natürlichen Lebensumfelds andererseits bestimmt. Dabei gerät in jüngster Zeit das Wasser in

den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen steuert die Welt auf eine dramatische Wasserkrise zu. Der Verbrauch habe sich in den vergangenen 50 Jahren fast verdoppelt¹⁹. Die UN rief am 22. März, dem Weltwassertag 2005, die internationale Dekade „Wasser zum Leben“ 2005-2015 aus, um „das Bewusstsein für das nur begrenzt verfügbare Lebenselixier weltweit (zu) stärken“²⁰. Das Beispiel der Verteilung des Wassers in der Nil-Region (siehe Anlage 2) zeigt, dass sich soziale Konflikte zunehmend auch durch die Veränderung der natürlichen Lebensbedingungen zuspitzen können. Die nächsten Kriege werden vielleicht nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt. Probleme mit der Wasserversorgung können die schon heute große Armut in vielen so genannten Entwicklungsländern weiter verschärfen. Dieses Problem wird potenziert, weil wir Bewohner der immer noch reichen Industrieländer aus Afrika, Asien und Südamerika Baumwolle, Kaffee, Kakao, Tee und Südfrüchte beziehen, die dort auf Flächen angebaut werden, die angesichts der absehbaren Bevölkerungsentwicklung dringend für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden. Und: diese Kulturen brauchen oft mehr Wasser, als regionale Pflanzen, die der Ernährung dienen. Diese auf Export ausgerichteten landwirtschaftlichen Abhängigkeiten existieren seit der Eroberung der „Neuen Welt“ durch Kolumbus und ihre zunehmende Tendenz wird durch den sich globalisierenden Markt seit ca. 100 Jahren weiter verstärkt. Im Spannungsfeld zwischen Erwerbsmöglichkeiten für die regionale Bevölkerung und durch sie verursachte Umweltschäden müssen Interessen zukunftsfähig, also sozial und ökologisch ausbalanciert werden. Im Interesse gleicher Chancen für alle Menschen ist eine friedliche Eine-Welt-Politik nötig, um die jetzt schon vorhandenen Probleme zu lösen und zusätzliche zu vermeiden. Nachhaltige, in der regionalen Bevölkerung verankerte Entwicklungskonzepte in allen Teilen der Erde sind aktive und direkte Armutsbekämpfung, die mehr zu Sicherheit und Frieden in dieser Welt beitragen kann, als jeder Krieg gegen den Terrorismus, der ohnehin unsinnig ist. Eine Möglichkeit der Menschen in den modernen Industriegesellschaften, diesen strukturellen Kapitalismusfolgen in den so genannten Entwicklungsländern entgegen zu wirken, wäre der Verzicht auf „Kolonialwaren“ und die Nutzung saisonaler, regionaler Produkte - oder der Kauf von Produkten aus dem Fairen Handel, bei dem die Produzentin oder der Produzent so viel für seine Ware erhält, dass sie/er ihren/seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Auch in Brandenburg gibt es eine Fehlmenge im Landeswasserhaushalt. Das Defizit betrug 1990 13 km³, heute beträgt es immer noch 9 km³ und wird durch den Klimawandel (Extremtrockenheiten) verschärft. So muss das Land Brandenburg aus dem Freistaat Sachsen Wasser zu Lasten des ohnehin verschuldeten Landeshaushalts hinzukaufen. „Das politische Tabu im Umgang mit der Versteppung Brandenburgs ist ohne Zeitverzug zu brechen.“²¹ Dafür sind kurzfristig Maßnahmen zur Wasserrückhaltung in der Landschaft umzusetzen. Sinnvolle Wiedervernässungsprojekte wie im Rhinluch sind zu fördern. Ein Moorschutzprogramm fordert die PDS Brandenburg seit vielen Jahren.

IX. Weltweite Bevölkerungszahl und –entwicklung als soziales und ökologisches Spannungsfeld

Bei den Anpassungsstrategien zum Klimawandel spielen Bevölkerungszahl und ihre Entwicklung eine entscheidende Rolle. Laut einer UNO-Studie von 2005 wird die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2050 um 40% auf dann 9,1 Milliarden Menschen steigen.

¹⁹ „Vereinte Nationen warnen vor weltweiter Wasserkrise“ – [stern-online.de](http://www.stern.de) (5. März 2003; <http://www.stern.de/wissenschaft/natur/504724.html?ny=ch>)

²⁰ „Kein Blut für Wasser“ – [stern-online.de](http://www.stern.de) (21. März 2005; <http://www.stern.de/wissenschaft/natur/537968.html?ny=ch>)

²¹ Peter Meerhaum, Libell, 27. Januar 2005

1 Dabei bleibt die Bevölkerungszahl in den Industrieländern im Wesentlichen unverändert; d.h.
2 der gesamte Bevölkerungszuwachs ist in den so genannten Entwicklungsländern zu erwarten.
3 Damit sind die Auswirkungen sowohl des Klimawandels als auch der
4 Bevölkerungsentwicklung dort - wie am Beispiel des Nils gesehen - deutlich dramatischer als
5 in den Industrieländern.
6 Es ist bekannt, dass die Bevölkerungsentwicklung wesentlich vom Verhältnis der
7 Geschlechter zueinander bestimmt wird. Daher ist auch die Frage nach den Chancen der
8 Frauen auf ein selbst bestimmtes Leben, auf Bildung und gesellschaftliche Anerkennung Teil
9 eines Konzepts zur nachhaltigen Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Das
10 gesellschaftliche Verhältnis zwischen den Geschlechtern entscheidet mit über ihre
11 gemeinsamen Zukunftschancen.
12 In Europa sind rein formal gesetzlich Frauen den Männern gleichgestellt, in der
13 gesellschaftlichen Realität sind jedoch deutliche und leider wieder zunehmende Defizite
14 offensichtlich. Frauen werden zunehmend in die Defensive gedrängt und sind zuerst von
15 Armut bedroht – direkt als Frau oder als Mutter. Die historisch gesehen am besten
16 ausgebildete Frauengeneration der ehemaligen DDR trifft dieses Abrutschen auf der
17 gesellschaftlichen Leiter besonders hart – sozial, emotional, politisch. Viele fühlen sich der
18 strukturellen Benachteiligung in der derzeitigen Gesellschaft schutzlos ausgeliefert.
19 Gleichzeitig wollen gerade sie keine Opfer sein. Die zunehmende Abwanderung junger, gut
20 qualifizierter Frauen hat für die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs verheerende Folgen, aber die
21 Landesregierung versucht allenfalls Anpassung an diese Entwicklung statt gegenzusteuern.
22 Der Zugang zu Bildung ist seit über 100 Jahren in Europa auch für Frauen garantiert. In
23 Europa spielen Kinder als individuelle Alterssicherung keine Rolle mehr, weder politisch
24 noch sozial. Damit hat sich in diesem Zeitraum in Europa der Bevölkerungszuwachs in einen
25 Bevölkerungsrückgang gewandelt: Hatten um 1900 Familien noch bis zu 10 Kindern, so
26 haben heute die Familien meist nur 1 oder 2, viele Paare gar keine Kinder.
27 Gleiche Bildungschancen für Mädchen und Jungen und ein soziales Sicherungssystem
28 unabhängig von der Kinderzahl würden in den so genannten Entwicklungsländern einen
29 großen Schritt bedeuten, das Bevölkerungswachstum der Erde besser zu steuern.
30 Die auf dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 beschlossene „Dekade Bildung für nachhaltige
31 Entwicklung“ für den Zeitraum von 2005-2014 verweist auf diesen Ansatz.
32
33

34 **X. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse**

35

36 Zu der allgemeinen Feststellung, dass sich die Menschheit, will sie in einer sozialen,
37 friedlichen Zukunft leben, auch in die naturgegebenen Bedingungen auf dem Planeten Erde
38 einfügen muss, sind aus dem sich bereits vollziehenden Klimawandel einige konkrete
39 Bedingungen für dieses „Einfügen in die Natur“ abgeleitet worden.

40 *Global ist die Energiewende objektiv notwendig, wobei sie regional angepasst
41 realisiert werden muß, um den weiteren Klimawandel zu bremsen.

42 * Bei der Ausarbeitung der Anpassungsstrategien an den Klimawandel sind die
43 Wechselbeziehungen zwischen Temperaturbedingungen, Wasserverhältnissen und
44 Bevölkerungsentwicklung regional ganz verschieden(These V, Anlagen 1 und 2), so
45 dass regional unterschiedliche Anpassungsstrategien objektiv nötig sind (wichtig für
46 regionale Wirtschaftskreisläufe).

47 * Für die Bevölkerungsentwicklung sind die gleichen Chancen für beide Geschlechter
48 ganz wesentlich; insbesondere für Bildung.
49

50 Dabei haben diese Maßnahmen immer auch eine soziale Dimension - sowohl hinsichtlich der
51 Folgen als auch hinsichtlich der politischen Handlungsstrategien.

Zur Bewältigung der Zukunftsprobleme dieser Welt ist eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zwingend erforderlich. Dass heißt so zu leben, dass auf der Erde natürliche Lebensbedingungen für die heutigen und die künftigen Generationen der Menschen erhalten bleiben. Dabei sind die ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen im gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten (Dreieck der Nachhaltigkeit). In diesem Dreieck sind die ökologischen Bedingungen die entscheidenden Rahmenbedingungen, in die sich die menschliche Gesellschaft einfügen muss! Die sozialen und ökonomischen Bedingungen sind diesem Ziel entsprechend zu gestalten! Damit stellt sich das demokratisch-sozialistische Politikkonzept der PDS deutlich einerseits dem neoliberalen Weg entgegen, der der ökonomischen Entwicklung absolute Priorität einräumt – koste es, was es wolle. Wir sind dagegen der Auffassung: die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Andererseits lehnen wir elitäre Umsetzungskonzepte für Nachhaltigkeit ab und anerkennen die Notwendigkeit und Verpflichtung, die sozialen Voraussetzungen zu schaffen, die den Menschen eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise ermöglicht. Das ist Aufgabe der Politik.

Aus den bisherigen Thesen II bis VI ergibt sich ein Gegenkonzept zur gegenwärtigen neoliberalen, globalen Wirtschaftslogik. Dieses Gegenkonzept läuft auf eine

- globale Energiewende zur Energieeinsparung und zur Einführung erneuerbarer Energien und der allmählichen Abnahme der Nutzung fossiler Energien (und Abschaffung der Atomenergie und auf
- eine regional nachhaltige Entwicklung mit regionalen Wirtschaftskreisläufen hinaus.

Die ökologische Wende liegt objektiv im Interesse der Menschen, weil sie selbst und ihre Nachkommen auf diesem Planeten leben möchten. Sie zu realisieren werden breite Bündnisse und ein kluges, interdisziplinäres Denken und Handeln gebraucht. Alternativen zur herrschenden Politik sind nicht nur möglich - sie sind auch dringend nötig. Nachhaltige Entwicklung ist keine Ressortangelegenheit des Umweltschutzes. Notwendig ist vielmehr ein Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen sowie politischen Ebenen und Verantwortlichen. All das wird sich nicht im Selbstlauf entwickeln, es ist viel mehr Druck aus der Gesellschaft, außerhalb und innerhalb der Parlamente nötig. Auch daran, ob nachhaltige Entwicklungskonzepte in dieser Gesellschaft eine Chance bekommen, wird sich die Demokratie messen lassen müssen.

In diesem Sinne ist für die PDS die Zusammenführung des politischen Handelns auf außerparlamentarischer und parlamentarischer Ebene unter Einbeziehung von über die derzeitige Gesellschaft hinaus gedachten Alternativen elementares Politikverständnis.

XL Eine andere Bewertung der Arbeit

Eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft ist eng verbunden mit der Frage nach einer gerechten Gestaltung des Lebens der heutigen Generationen nebeneinander auf der Erde und die Sicherung der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen künftiger Generationen. Dabei geht es nicht nur um die biologische Reproduktion der Art „Mensch“, sondern auch ihres sozialen Gefüges.

Wenn das Handeln der Menschen darauf ausgerichtet ist, sich selbst nicht nur als biologisches, sondern auch als soziales Wesen zu reproduzieren, müssen individuelle Bewertungen von Regelungen, Entscheidungen und ihren Auswirkungen durch eine gesamtgesellschaftliche Bilanz ergänzt werden. Nicht nur das, was dem Einzelnen nutzt oder

1 schadet, ist Maßstab, sondern auch die Konsequenzen für alle. Eine solche
2 gesamtgesellschaftliche Bilanz muss zukünftig auch bei der Neubewertung von „Arbeit“ eine
3 wichtige und generelle Rolle spielen.

4 In diesem Sinne schafft Arbeit die Voraussetzungen dafür, den Stoffwechsel des Menschen
5 mit der Natur zu gestalten, um die jetzigen und die kommenden Generationen von Menschen
6 zu ernähren, zu kleiden, ihnen Wohnung zu geben, sie zu pflegen, gesund zu erhalten, zu
7 bilden und auszubilden. Arbeit ist demnach auf mehr gerichtet als nur auf das Ziel, Wohnung,
8 Nahrung und Kleidung zu produzieren. Die letztgenannte Arbeit wird in der Warenproduktion
9 geleistet. Adelheid Biesecker²² nennt diese Arbeit Erwerbsarbeit.

10 Die darüber hinausgehende, im o. g. Sinne für heutige und künftige Generationen notwendige
11 Arbeit, wird als Reproduktionsarbeit bezeichnet²³. Derzeit wird in der Regel nur die
12 Erwerbsarbeit bezahlt, während z. B. Versorgungsarbeit, die meist von Frauen geleistet wird,
13 in der Regel nicht bezahlt wird. Es gehört zu einem nachhaltigen Gesellschaftskonzept,
14 Reproduktionsarbeit (Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und Gemeinwesenarbeit)
15 gesellschaftlich deutlich höher zu bewerten. Grundlage dafür ist zunächst, dass sie als für die
16 Gesellschaft erforderlich anerkannt wird und andere ökonomische Rahmenbedingungen als
17 für die Erwerbsarbeit geschaffen werden. Dass bedeutet,

18 ■ anzuerkennen, dass ihre Behandlung nach den Gesetzen der Warenproduktion
19 (Verwertungslogik) nicht sinnvoll ist

20 ■ sie bezahlbar zu gestalten (z. B. „non profit sector“) oder einen

21 ■ „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ zu schaffen.

22 Wird gesellschaftlich notwendige Arbeit ohne Gewinnbestrebungen so bezahlt, dass eine
23 Existenzsicherung und Sozialversicherungsanspruch begründet wird, ist sie ein besseres und
24 würdigeres Konzept, als Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit über staatliche Almosen zu
25 finanzieren.

26 Diese Überlegungen sind eine wesentliche Seite der sozialen Nachhaltigkeit! Im
27 Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung des DGB²⁴ wurde
28 nachgewiesen, dass mit einem nachhaltigen Entwicklungskonzept die Arbeitslosigkeit in
29 Deutschland entscheidend gesenkt werden könnte. Obwohl dieses Konzept der rot/grünen
30 Regierungskoalition in Deutschland bereits im Jahre 2000 vorgelegt wurde, wird es bis heute
31 nicht umgesetzt.

32 Solange die Arbeitslosigkeit so hoch ist, müssen die Betroffenen auch zur Selbsthilfe greifen.
33 Dazu gehören die Tauschringe, in denen die Mitglieder ihre Arbeit austauschen. Sie bieten die
34 Möglichkeit, notwendige Dienstleistungen zu bekommen und zu geben, ohne Geld ausgeben
35 zu müssen. Dabei werden die eigenen Fähigkeiten trainiert und die Gemeinschaft gibt
36 sozialen Halt und Unterstützung. Jetzt im Jahre 2005 gibt es in Deutschland bereits 264
37 Tauschringe, die miteinander vernetzt sind und regelmäßige Treffen mit Erfahrungsaustausch
38 veranstalten. Diese Tauschringe sind selbst organisierte gesellschaftliche Nachhaltigkeit!

41 XII. Ein soziales Umsetzungskonzept für den ökologischen Umbau wird gebraucht

43 Ein zukunftsfähiges Umsetzungskonzept für den ökologischen Umbau der Gesellschaft muss
44 für die PDS soziale und ökonomische Bedingungen mitdenken. Die natürlichen
45 Lebensbedingungen der heute lebenden Menschen müssen und können verbessert und für die
46 kommenden Generationen gesichert werden – weltweit, bundesweit und in Brandenburg.

²² Adelheid Biesecker „Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit“ Bremen 1999, Studie im Rahmen des Forschungsprojektes „Arbeit und Ökologie“

²³ Biesecker unterscheidet dabei Versorgungsarbeit (z. B. für die Familie), Eigenarbeit (z. B. Malen in der Freizeit) und Gemeinwesenarbeit (z. B. gesellschaftliche Arbeit in Gremien wie Gewerkschaften u. a. m.)

²⁴ In diesem Verbundprojekt haben drei Institute zusammengearbeitet: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI).

- 1 Das ist auch unser Auftrag aus dem Parteiprogramm der PDS²⁵.
 2 „In einer sozialistischen Gesellschaft, die wir anstreben, dienen Produktions-, Verteilungs-
 3 und Konsumtionsweise dem Ziel, allen die Bedingungen eines selbst bestimmten und
 4 solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, streben wir nach einer
 5 Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wachstum und wissenschaftlich-technischem
 6 Fortschritt, der der Zerstörung der Umwelt Einhalt gebietet und den nachfolgenden
 7 Generationen eine bewohnbare Welt hinterlässt.“
 8 Bereits im Jahr 2000 (!) hat der Landesverband der PDS Brandenburg für unser Bundesland
 9 eine nachhaltige Entwicklung gefordert²⁶.
 10 2004 wurde dem Parteitag in Blossin das Perspektivprogramm bis 2020 vorgelegt:
 11
 12 „Perspektive Brandenburg 2020
 13 Ein neues Brandenburg: Ein Land der sozialen Gerechtigkeit - attraktiv, lebenswert, tolerant
 14 und weltoffen. Miteinander verändern.“²⁷
 15
 16 Damit haben wir unsere Ideen und Vorschläge für ein nachhaltiges Brandenburg zur
 17 öffentlichen Diskussion mit allen Interessierten, Mitstreiterinnen und Mitstreitern vorgelegt!
 18
 19 Auf der 5. Ökologischen Konferenz der PDS werden die folgenden Themen näher betrachtet:
 20
 21 ■ „Globalisierung und Regionalisierung - zwei Seiten einer Medaille“
 22 ■ „100 Prozent regenerativ bis 2050 - nur Vision oder reales Konzept?“
 23 ■ „Nachhaltige Energiewirtschaft in Brandenburg - Jobkiller oder Quelle zukunftsfähiger
 24 Beschäftigung?“
 25 ■ „Nachhaltiges Wirtschaften - Chance für Wertschöpfung im ländlichen Raum“
 26 ■ „Verkehrswende - sozial nötig und regional möglich“
 27
 28
 29 Die Autorinnen:
 30 Dr. Ilse Spahn, AG Umwelt
 31 Dr. Kirsten Tackmann, stellv. Landesvorsitzende
 32
 33 Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus dem
 34 Landesverband, der Landtagsfraktion und der AG Umwelt, sowie Sympathisantinnen und
 35 Sympathisanten, die sich durch Textbeiträge oder kritische bzw. ergänzende Hinweise an der
 36 Erarbeitung dieser Thesen beteiligt haben.

²⁵ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S.4, Ausgabe 2003 (www.sozialisten.de)

²⁶ Beschluss der 3. Tagung des 6. Parteitagess.....25./26.März 2000 in Wittenberge S.5

²⁷ www.pds-brandenburg.de

Anlage 1

2

3 Auszug aus „Information: Die neuesten Einschätzungsberichte des IPCC (Intergovernmental
4 Panel on Climate Change) zur Klimaänderung und Schlussfolgerungen der AGU
5 (W. Böhme, 4. 4.2001, ergänzte Fassung vom 13. 9. 2001)

6

7

8 Der IPCC- Spezialbericht (SRES) enthält umfassende Angaben über Emissionsszenarien und
9 Handlungslinien, die mit diesen Szenarien verträglich sind. Diese Angaben sind auch in die
10 Zusammenfassungen der Berichte der Arbeitsgruppen I und III für Politiker aufgenommen.
11 Wir halten diese Handlungslinien und Szenarien für die Bewältigung der Klimaproblematik
12 für sehr bedeutend und führen sie nachfolgend an:

13 Es sind insgesamt 4 Handlungslinien- und Szenarienfamilien aufgeführt (von uns wurden die
14 Aussagen über die Änderung der mittleren globalen Temperatur bis zum Jahre 2100 und die
15 Stärke des Endwachstums der globalen Temperatur zu diesem Zeitpunkt aus Abbildungen aus
16 diesem Bericht übernommen, wobei die Unsicherheit der Angabe der Erwärmung +/-50%
17 umfasst; ein starkes Endwachstum bedeutet, dass auch zu Beginn des nächsten Jahrhunderts
18 eine deutliche weitere Verschärfung der Erwärmung auftreten würde):

19

20 A1. Die A1-Handlungslinien und Szenarien-Familie beschreibt eine zukünftige Welt mit sehr
21 raschem ökonomischem Wachstum, einer globalen Bevölkerungszahl, die in der Mitte des 21.
22 Jahrhunderts das Maximum erreicht und nachher abnimmt, und einer raschen Einführung
23 neuer und effizienterer Technologien.

24 Grundannahmen sind: Konvergenz zwischen den Regionen, Aufbau von Kapazitäten und
25 anwachsende kulturelle und soziale Wechselwirkungen mit einer wesentlichen Reduktion der
26 regionalen Differenzen im pro Kopf Einkommen. . . . Es gibt (innerhalb A1) drei Gruppen
27 von Szenarien mit unterschiedlichen Richtungen des technologischen Wandels im
28 Energiesystem:

- 29 • A1F1: Intensive Nutzung fossiler Quellen (2100: +4°C+/-50% und starkes
30 Endwachstum)
- 31 • A1T: Nicht fossile Quellen (2,5°C, kein Endwachstum)
- 32 • A1B: gemischte Nutzung . . . unter der Annahme, dass ähnliche Verbesserungsdaten
33 alle Energieversorgungs- und Endnutzungstechnologien betreffen (2,9°C, mäßiges
34 Endwachstum)

35

36 A2. Die A2-Handlungslinien- und Szenarien-Familie beschreibt eine sehr heterogene Welt:
37 Grundannahme ist das Selbstvertrauen lokaler Identitäten und ihre Bewahrung. Die
38 Fruchtbarkeitsverhältnisse konvergieren zwischen den Regionen sehr langsam, was zu einer
39 kontinuierlich anwachsenden Bevölkerung führt. Die ökonomische Entwicklung ist vorrangig
40 regional orientiert; das ökonomische pro Kopf Wachstum und der technische Wandel ist mehr
41 zersplittert und langsamer als bei anderen Handlungslinien (3,8°C und sehr starkes
42 Endwachstum)

43

44 B1. Die B1-Handlungslinie- und Szenarien-Familie beschreibt eine konvergente Welt mit den
45 gleichen Veränderungen der Population wie unter A1, aber mit raschen Änderungen in den
46 ökonomischen Strukturen in Richtung auf eine Dienstleistungs- und Informationsökonomie
47 mit Reduktionen in der Materialintensität und mit der Einführung von sauberen und
48 ressourceneffizienten Technologien. Nachdruck wird gelegt auf globale Lösungen in
49 Richtung auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit
50 einschließlich verbesserter Gerechtigkeit aber ohne zusätzliche Klimainitiativen (1,9°C und
51 fast kein Endwachstum)

- 1
2 B2. Die B2-Handlungslinie und Szenarien-Familie beschreibt eine Welt, in der Nachdruck
3 auf lokale Lösungen mit Richtung auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit
4 gelegt wird. Es ist eine Welt mit ständig anwachsender globaler Bevölkerung, aber mit einer
5 geringeren Rate als unter A2 und mit einem geringeren, aber vielfältigeren technologischen
6 Wandel als bei den Handlungslinien B1 und A1. Da das Szenario auch auf Umweltschutz und
7 soziale Gerechtigkeit orientiert ist, konzentriert es sich auf lokale und regionale Ebenen
8 (2,6°C und mäßiges Endwachstum).
9
10 Wir kommen zu dem Schluss, dass mit unseren Vorstellungen zu Nachhaltigkeit,
11 Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit vorrangig die Handlungslinien- und Szenarien-
12 Familie B2 verträglich ist. Zumindest sind die vom IPCC mit der Szenarien-Familie B2
13 verbundenen Aussagen ermutigend, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen, globale
14 Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 über vorrangige Orientierung auf lokale und
15 regionale Nachhaltigkeit anzustreben . . .

Anlage2

(Autorin: Ilse Spahn)

Beispiel Einzugsgebiet des Nil

- a. Der Nil ist mit 6800 km Lauflänge der längste Fluss der Erde. Sein Einzugsgebiet umfasst 10% der Fläche Afrikas (Lit. 1). Zu den Anrainern gehören 10 afrikanische Staaten, insbesondere Äthiopien, Sudan und Ägypten.
- b. Der gesamte Zufluss des Nil stammt von den am Oberlauf liegenden Anrainern, insbesondere Äthiopien. Im 3000 km langen Unterlauf durch Sudan und Ägypten durchfließt der Nil Steppen und Wüsten ohne weiteren Zufluss. Außerdem ist der Wasserverlust durch Verdunstung sehr hoch, insbesondere durch die Dammbauwerke (Stauseen in Ägypten und Sudan).
- c. Der Abfluss aus dem Äthiopischen Teil des Nil wird auf 100 Milliarden m^3 /Jahr b.z.w. 76,5 Milliarden m^3 /Jahr aufgrund unterschiedlicher Messreihen angegeben. Mit dem Nilabkommen von 1959 wurden 86 Milliarden m^3 /Jahr zwischen Ägypten und Sudan aufgeteilt, ohne die Interessen Äthiopiens zu beachten. Bisher deckt Äthiopien seinen Wasserbedarf durch die hohen Niederschläge (1.500 mm/ Jahr), wobei auch nur eine geringe Verdunstung (600mm/Jahr) auftritt. Da Äthiopien eine sehr hohe Bevölkerungszunahme erwartet, kann die Landwirtschaft nicht allein durch Niederschläge gesichert werden; künftig muss es auch Nilwasser entnehmen und Bewässerungslandwirtschaft betreiben.
- d. Wie stark das Bevölkerungswachstum ist, belegen folgende Zahlen (Lit. 1 S.241): heute, Anfang des 21. Jahrhunderts, leben in den 3 Ländern Ägypten, Äthiopien und Sudan 162 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werden in diesem Gebiet schon 364 Millionen Menschen leben. Das sind 200 Millionen Menschen mehr als heute! Dabei ist das Bevölkerungswachstum in Äthiopien am höchsten, da fast die Hälfte der Bevölkerung dort heute jünger als 15 Jahre ist, während in Ägypten und Sudan nur etwa $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung sehr jung ist.
- Im einzelnen (Zahlen auf Millionen gerundet)

Jahr	2000	2050	Zuwachs 2000 - 2050
Ägypten	68	114	46
Sudan	31	64	33
Äthiopien	63	186	123
Summe	162	364	202

- e. Verschärft kann dieser Konflikt noch werden, da der Monsun durch den Klimawandel Störungen haben wird, so dass die hohen Niederschläge nicht mehr regelmäßig fallen.

Es wird also eine Neuaufteilung des Nilwassers unausweichlich, um im Einzugsgebiet des Nil mehr als doppelt soviel Menschen wie heute ernähren zu können.

Lit 1.

Warnsignal Klima „Genug Wasser für alle?“ Wissenschaftliche Auswertungen, Hamburg 2005 /ISBN-3-9809668-1. Beitrag: H. J. Luhmann "Die Verschärfung des Konflikts um die landwirtschaftliche Nutzung des Nilwassers", S.239 - 244

Anlage3

(Autorin: Ilse Spahn)

Beispiel : Einige Aspekte zum Einzugsgebiet der Elbe

Im Einzugsgebiet der Elbe steht im Vergleich zu Deutschland insgesamt relativ wenig Wasser zur Verfügung, weil mit 630 mm/Jahr (Reihe 1961-1990) 150mm/Jahr weniger Niederschlag fallen als im Durchschnitt in Deutschland; denn das Elbeeinzugsgebiet liegt schon im Übergangsgebiet zwischen atlantischem und kontinental geprägtem Klima (Frank Wechsung 2004).

Vorteilhaft ist, dass das Flussgebiet der Elbe auf 600 km von 1.091km Flusslänge nahezu unverbaut ist.

Am Mittellauf der Elbe zwischen Mulde- und Saalemündung befindet sich mit 117,4 km² das größte geschlossene Auenwaldgebiet Mitteleuropas. Auch im Spree-Havelgebiet gibt es noch große Feuchtgebiete z. B. den Spreewald.

Die Gestaltung des regionalen Wasserkreislaufes im Elbeeinzugsgebiet ist dennoch eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft; sind doch im letzten Jahrhundert erheblich Nachhaltigkeitsdefizite im Elbegebiet verursacht worden:

- Gewässerbelastungen mit Nähr- und Schadstoffen, abgebaut etwas durch die Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands
- Der Bergbau in den sächsischen und Brandenburger Braunkohletagebauen stellt während des Abbaues und auch noch lange Jahre nach dessen Ende einen sehr starken Eingriff in den Wasserhaushalt dar
- Viele Meliorationsmaßnahmen dienten der Trockenlegung von Feuchtgebieten im Interesse der Landwirtschaft. Sie beschleunigten den Abfluss des Niederschlagswassers, was bei der zunehmenden Trockenheit in vielen Teilen des Elbegebietes ungünstig ist

Soweit einiges zum Ausgangszustand im Elbegebiet zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund sind die beginnenden Klimaänderungen zu bewältigen. Diese brachten bisher im Elbegebiet zunehmende Winterniederschläge, abnehmende Sommerniederschläge und eine Temperaturzunahme. Es wird mit einer weiteren Erwärmung bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts um 1,4°K im Vergleich zum Zeitraum 1951-2000 gerechnet (Frank Wechsung 2004), was zu höherer Verdunstung und Versteppungstendenzen insbesondere im Sommerhalbjahr führen kann.

Dabei muss die Gesellschaft in der Lage sein, außer diesen allmählichen Änderungen des Klimas Extremereignisse wie das Elbehochwasser 2002 und die außerordentliche Trockenheit des Jahres 2003 mit möglichst geringen Schäden zu überstehen.

Zunächst einiges zum Elbehochwasser 2002 :

Bei Hochwasser im Hauptfluss also der Elbe gibt es Möglichkeiten der Vorhersage und auch der Vorsorge, indem man Überflutungsflächen nicht bebaut und sie nur eingeschränkt landwirtschaftlich nutzt.

Anders ist die Situation in kleinen Gebirgszuflüssen zu einem großen Fluss wie z.B. den linken Elbezuflüssen aus dem Osterzgebirge: Gottleuba, Müglitz, Rote und Wilde Weißeritz. Dort ist das Elbtal tief zwischen Osterzgebirge und Elbsandsteingebirge eingeschnitten, es bildet einen nach Norden offenen Trichter. Damit werden bei nördlichen Winden in der unteren Atmosphäre die Niederschlagsprozesse besonders verstärkt und der gefallene Niederschlag fließt bei den kurzen Lauflängen der Flüsse zwischen Erzgebirgskamm (etwa 900 m) und Mündung in die Elbe (weniger als 150 m) ab.

- 1 In den vergangenen Jahrhunderten traten dort immer wieder sehr starke Sommerhochwässer
2 auf (1897, 1927, 1954, 1957 und 1958). So haben schon unsere Vorfahren in diesen Flüssen
3 Talsperren gebaut, um in Trockenzeiten genug Trink- und Brauchwasser zu haben und um bei
4 Hochwasser die Risiken zu mildern.
- 5 In den 60ziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde im Auftrag des Hydrologischen
6 Institutes der Technischen Universität Dresden (Prof. S. Dyck) diese Strategie des
7 Hochwassermanagements mit Talsperren mit einer Reihe von Forschungsarbeiten überprüft.
8 So wurden 143 Niederschlagssituationen in diesem Gebiet zwischen 1946 und 1966
9 untersucht; die dazu gehörenden Gebietsniederschläge (Dauer mehr als ein Tag) erreichten
10 Werte von maximal 200 mm (I. Spahn 1969).
- 11 Im August 2002 wurden im gleichen Gebiet am Kamm des Osterzgebirges an der Station
12 Zinnwald-Georgenfeld folgende Niederschläge gemessen: am 12. 08. 312 mm und in der
13 Zeit vom 11. -13. 08.02 406,2 mm. G. Malitz vom Deutschen Wetterdienst (DWD) stellt dazu
14 fest, dass dieser Wert von 312 mm Niederschlag der größte Tageswert der Niederschlagshöhe
15 ist, der seit Beginn der routinemäßigen Messungen in Deutschland registriert wurde (G.
16 Malitz 2002). Das ist also eine andere Größenordnung als in den früheren Jahrzehnten!
17 Solche Ereignisse kann man nicht langfristig vorhersagen. Die Risikovorsorge mit dem
18 Talsperrenbau und deren abgestimmten Management zwischen meteorologischen und
19 hydrologischen Institutionen bleibt bei den kleinen Gebirgsflüssen eine richtige Strategie.
20
- 21 Die Gesellschaft muss sich angesichts des beginnenden Klimawandels mit den
22 Hochwasserrisiken auseinandersetzen. Eine interdisziplinär erarbeitete Studie kommt zu dem
23 Schluss, "dass weder bei der Hochwasservorsorge noch bei der Bewältigung von
24 Hochwasserkatastrophen in Deutschland das erforderliche Maß an Kooperation,
25 Kommunikation und Führung vorhanden ist. Bei beiden mangelt es an ausreichendem
26 Zusammenwirken über Fach- und Raumgrenzen sowie insbesondere über
27 Bundesländergrenzen hinweg." (U. Grünewald 2003)
28
- 29 Hochwasserereignisse sind schlimm, richten große Schäden in Natur und Gesellschaft an.
30 Schlimmer jedoch sind die entgegen gesetzten Ereignisse: große, lang anhaltende
31 Trockenheit wie z. B. im Jahre 2003.
- 32 Das gilt im Elbegebiet vor allem für dessen Teile, die in Brandenburg liegen, denn
33 Brandenburg gehört mit Jahresniederschlägen von unter 600 mm zu den trockensten
34 Regionen in Deutschland (im Nordosten sogar noch unter 500 mm im Jahr Niederschlag).
35 Hinzu kommt noch der Sandboden in vielen Teilen Brandenburgs. Bei diesen
36 Ausgangsbedingungen wirkt sich eine so extreme Trockenheit wie im Sommer 2003
37 besonders stark aus. Die Schäden in Form von Ernteaussfällen, Wassermangel und
38 gesundheitlichen Schäden (Erhöhung der Zahl der Sterbefälle) sind insgesamt höher als bei
39 Hochwässern wie das von 2002.
- 40 Insgesamt ist es also notwendig, die Einschätzungen, die in der „Studie zur klimatischen
41 Entwicklung im Land Brandenburg bis 2055“ vom Potsdam Institut für
42 Klimafolgenforschung (PIK) getroffen worden sind, ernst zu nehmen und in Handlungen
43 umzusetzen (Manfred Stock 2003):
- 44 „Innerhalb der nächsten 50 Jahre sind bei einem moderatem Temperaturanstieg von 1,4°K in
45 Brandenburg folgende Klimaänderungen im Vergleich zur aktuellen Situation zu erwarten:
- 46 • Niederschlagsrückgang um 2050. Jahressumme unter 450mm im Nordosten und
47 Süden Brandenburgs sogar unter 400mm . . . Die Sommerniederschläge nehmen
48 weiter deutlich ab
 - 49 • Aber mit einer Zunahme von Starkregenereignissen ist zu rechnen . . . Zunahme der
50 Sonnenscheindauer . . .
 - 51 • Abnahme der Bewölkung . . .

- 1
2 Auswirkungen auf Wasserhaushalt und Vegetation: Der Landschaftswasserhaushalt in
3 Brandenburg ist geprägt durch niedrige jährliche Niederschlagssummen . . . , so dass das
4 geringe Wasserdargebot während des Sommerhalbjahres der limitierende Faktor für das
5 Wachstum der natürlichen Vegetation und der Nutzpflanzen ist. Gleichzeitig ist der
6 Wasserverbrauch durch Industrie, Haushalte, Tourismus und Landwirtschaft gemessen am
7 Wasserdargebot sehr hoch, so dass es zu Nutzungskonflikten z. B. zwischen
8 Wasserwirtschaft und Naturschutz kommen kann . . .
9 Betrachtet man die in dieser Studie untersuchten Auswirkungen eines eher als „konservativ“
10 zu bezeichnenden Klimaänderungsszenariums, so wird deutlich, dass sich diese Konflikte
11 zukünftig eher noch verstärken können. Für den Zeitraum 2040-2050 ändert sich bedingt
12 durch niedrigere Niederschläge und höhere Temperaturen
13 • Die Evaporation um -13%
14 • die Grundwasserneubildung um -42%
15 • und der Gesamtabfluss um -24% gegenüber den jetzigen Werten.“
16
17 Wenn man bedenkt, dass schon heute z.B. zwischen dem Bergbau und dessen Folgen, sowie
18 dem Wasserbedarf im Spreewald und dem großen Wasserbedarf für Industrie und
19 Bevölkerung in und um Berlin in Trockenzeiten Konflikte entstehen, so werden sich diese
20 verstärken.
21 Diese wenigen Beispiele aus dem Einzugsgebiet der Elbe zeigen: Bei der Anpassung an die
22 Klimaauswirkungen ist unser Umgang mit den Wasserressourcen von entscheidender
23 Bedeutung. Das gilt schon heute und erst recht in der Zukunft.
24
25 Literatur
26 Frank Wechsung „Herausforderungen des globalen Wandels für das Elbegebiet,
27 Forschungsschwerpunkte und der Integrative Methodische Ansatz (IMA) von Glowa-Elbe“ in
28 Globaler Wandel (Glowa) des Wasserhaushaltes im Elbeeinzugsgebiet, Glowa-Elbe,
29 Abschlusskonferenz in Potsdam 15.-16. 03. 04
30 I.Spahn „Methoden zur Auswahl und Meteorologischen Analyse sommerlicher
31 Hochwassersituationen im Mittelgebirge“ Dissertation Karl Marx Universität Leipzig 1969
32 G. Malitz DWD Zum Starkniederschlagsgeschehen im August 2002 In: Mitteilungen der
33 Deutschen Meteorologischen Gesellschaft(DMG)/3/2002
34 U. Grünwald „Hochwasservorsorge in Deutschland-Lernen aus der Katastrophe im
35 Elbegebiet 2002“ Hydrobrief Nr. 22 Dezember 2003
36 Manfred Stock in öffentliche Anhörung im Landtag Brandenburg am 19. 02. 03

Anlage 7

Zempower Aufruf



Keine Agrogentechnik auf Brandenburgs Feldern

Brandenburg ist ein auch durch Land- und Forstwirtschaft geprägtes Land. Wir sind stark im Ökolandbau und haben vielfältige Naturräume für Naherholung und Tourismus. Doch diese positiven Eigenschaften sind durch den massiven Ausbau der Agro-Gentechnik gefährdet.

In Brandenburg wurden im Jahr 2006 442 Hektar Genmais angebaut – ursprünglich angemeldet waren allerdings über 1.000 Hektar. Die Nutzung der Agro-Gentechnik gefährdet nicht nur die gentechnikfreie Produktion durch Brandenburger Bäuerinnen und Bauern, durch Imkerinnen und Imker, sondern widerspricht auch dem klaren Votum von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ca. 70 – 80 % von ihnen lehnen Lebensmittel aus Agro-Gentechnik auf ihrem Teller ab. Geplante Abstandsregelungen zwischen Feldern mit transgenen und anderen Sorten widersprechen nicht nur internationalen Erfahrungen, sie sind auch ein Widerspruch zur einfachen menschlichen Vernunft. Wir¹ wollen diese Risikotechnologie nicht. Weder auf dem Acker, noch auf dem Teller oder im Tank.

Wir sagen:

- Die Ernährung aller Menschen ist ohne die Agro-Gentechnik möglich.
- Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Agro-Gentechnik wird in der Linkspartei.PDS noch nicht entschieden genug geführt. Das muss sich ändern.
- Die Agro-Gentechnik ist aus Sorge um die gesundheitlichen und ökologischen Risiken abzulehnen.
- Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, deren vermeintlicher Nutzen in einem miserablen Verhältnis zu den wahrscheinlichen Risiken steht.
- Die nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist ohne die Verwendung transgener Pflanzen möglich.

Wir fordern:

- Alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei.PDS in der Region Berlin-Brandenburg sollen sich verstärkt mit dem Thema Agro-Gentechnik beschäftigen.
- Weil EU-Recht kein generelles Verbot transgener Pflanzen zulässt und bundesdeutsche Gesetzgebung vor allem Agrochemiekonzerne nicht aber die biologische Vielfalt, die Landwirtinnen und Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam schützt, sollten auf regionaler und kommunaler Ebene, den Beispielen aus Eberswalde und den Landkreisen Oberhavel, Potsdam-Mittelmark, Barnim folgend, politische Willenserklärungen als Beschlussvorlagen in die Parlamente eingebracht werden.
- Alle Kritiker und Kritikerinnen, sowie ihre Zusammenschlüsse sind zu unterstützen. Militante Aktionen, die Gewalt an die Stelle von Überzeugung setzen, lehnen wir ab.
- „Gentechnikfreie Regionen“ sind zu unterstützen und alle Landwirtinnen und Landwirte, Imkerinnen und Imker aufzurufen, sich in solchen Zusammenschlüssen zu engagieren.
- Alle Landwirtinnen und Landwirte, welche transgene Pflanzen nutzen oder nutzen möchten, wollen wir einladen, zusammen mit uns, andere Alternativen zu wählen.

Der Skandal um die Kontaminationen durch Genreis zeigt, dass eine Koexistenz von gentechnikfreier und transgener Landwirtschaft nicht möglich ist. Die Verwendung transgener Pflanzen in der Landwirtschaft beruht auf einer Risikotechnologie, die vor allem den internationalen Agrarkonzernen weitere Profite sichern soll und bäuerliche Existenzen gefährdet.

Zempow, den 24. September 2006

¹ Am 23. und 24. September 2006 trafen sich ökologisch Interessierte in und bei der Linkspartei.PDS Landesverband Brandenburg zu einem „Ökologischen Workshop“ in Zempow.

Anlage 8

Position zu ausgewählten Aspekten der Energiestrategie des Landes Brandenburg

Standpunkt der AG Umwelt zur Energiepolitik 2011

Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Partei DIE LINKE Brandenburg

Beschlossen auf der Sitzung der LAG am 01.10.2011

Die Landesarbeitsgemeinschaft unterstützt den Inhalt des Abschnittes IV.3. „Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau“ des Programmentwurfes der Partei DIE LINKE und empfiehlt dessen Einbeziehung in die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg.

Klimaschutzziele nicht aufgeben!

Die Energiepolitik der Partei DIE LINKE steht für konsequenten Klimaschutz. Die in der Energiestrategie 2020 festgeschriebenen Klimaschutzziele dürfen nicht in Frage gestellt werden. Rot-rote Klimaschutzpolitik darf nicht hinter rot-schwarze Ziele aus dem Jahr 2008 zurückfallen. Dazu haben sich die SPD und DIE LINKE im Koalitionsvertrag verpflichtet. Die Energiestrategie 2020 sieht eine Senkung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um weitere 35 Prozent bis zum Jahr 2030 vor. Die Emissionen Brandenburgs müssen dafür auf 54,6 Millionen Tonnen im Jahr 2020 und 22,8 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß im Jahr 2030 begrenzt werden. Neue Braunkohlekraftwerke sind mit dieser Zielsetzung nicht vereinbar, ob mit oder ohne CCS.

Zur Netzregelung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt gegebenenfalls der Neubau flexibler Gaskraftwerke in Brandenburg. Sie können helfen, den Weg ins erneuerbare Zeitalter konsequent zu gehen. Die Landesregierung muss nach strengen Maßstäben prüfen, ob dafür eine Abweichung vom Klimaschutzziel für 2030 um maximal 2,3 Millionen Tonnen in Kauf genommen werden muss. Dezentralen Lösungen und bestmöglicher Wärmeausnutzung ist der Vorrang einzuräumen. Anders als Braunkohlekraftwerke vermeiden diese Gaskraftwerke durch ihre geringen spezifischen Emissionen höheren CO₂-Ausstoß an anderer Stelle. Zusätzliche Emissionen aus Braunkohlenkraftwerken dürfen in der Energiestrategie des Landes nicht toleriert werden. Ebenso darf das deutlich weniger ambitionierte Klimaschutzziel für 2020 in keinem Fall aufgeweicht werden.

Ausbauziele Erneuerbarer Energien

Brandenburg gehört bereits zu den führenden Bundesländern beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird zukünftig im Sinne von Akzeptanz wie Nachhaltigkeit darauf ankommen, die Qualität der Lösungen in den Mittelpunkt zu stellen, d.h. ihre Effizienz und Naturverträglichkeit sowie eine verbesserte Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen wie an den Gewinnen. Energie sollte regional erzeugt und verbraucht werden. Statt so viel wie möglich, sollte Brandenburg so nachhaltig wie möglich Strom erzeugen.

Stromexport im sinnvollen Rahmen

Rechnerisch wird sich unser Land um das Jahr 2020 mit erneuerbarem Strom selbst versorgen. Perspektivisch kann Brandenburg auch einen Teil des Berliner Bedarfes aus

Erneuerbaren Quellen abdecken. Eine vollständige Mitversorgung Berlins ist jedoch nicht per se ein erstrebenswertes Ziel. Brandenburg muss vielmehr unterstützen, dass in Berlin vorhandene erneuerbare Potenziale konsequent genutzt werden, insbesondere bieten sich Fotovoltaik, Solarthermie und Wärmespeicher für die verbrauchernahe Nutzung an. Solange Brandenburg fossile Kraftwerke betreibt, werden auch in Berlin fossile KWK-Lösungen für den Übergang ins erneuerbare Zeitalter nötig sein. Energieexporte aus Brandenburg dürfen deshalb keine effizienteren (KWK-) Lösungen in Berlin verdrängen.

Auch im Jahr 2030 wird Brandenburg vor allem durch das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe, mögliche flexible Gaskraftwerke sowie einige kleinere fossile Anlagen einen immensen Stromüberschuss erzeugen, der zur Deckung des bundesweiten Bedarfes einen wichtigen Beitrag leisten wird. Doch Stromexport, kann nicht das Ziel nachhaltiger Energiepolitik sein. Ein weiteres Braunkohlekraftwerk ist daher abzulehnen.

CCS-Technologie endlich beerdigen

Die Abscheidung, der Transport und die unterirdische Lagerung von Kohlenstoffdioxid (CCS) können für Mensch bzw. Umwelt riskant und zudem teuer sein. Nach wie vor fehlt die für eine Risikotechnologie notwendige breite Unterstützung in der Bevölkerung. Auch die LAG Umwelt lehnt CCS ab. Die CCS-Technologie ist nur der krampfhafteste Versuch, der Braunkohleverstromung über viele Jahrzehnte weiterzuführen. Doch selbst mit dem geplanten CCS-Kraftwerk in Jänschwalde werden die Klimaschutzziele der rot-schwarzen Landesregierung aus dem Jahr 2008 nicht erreichbar sein. Daher ist CCS auch keine Klimaschutzoption für Brandenburg. Der im Koalitionsvertrag formulierte Vorrang für Erneuerbare Energien kann durch CCS behindert werden (z.B. Geothermie oder Windspeicher)

Herkömmliche Kraftwerke optimieren

Das Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe wird voraussichtlich auch nach dem Jahr 2030 in Betrieb sein. Erhöhungen des elektrischen Wirkungsgrades, der Teillastfähigkeit oder der Wärmeauskopplung an diesem Standort sind daher zu prüfen. Braunkohle bleibt aber der klimaschädlichste Brennstoff. Eine Verlängerung der Kraftwerkslaufzeit, insbesondere des deutlich ineffizienteren Kraftwerkes Jänschwalde, wird von der LAG Umwelt deshalb nicht befürwortet.

Der Umbau ist sozial verträglich möglich

Die Arbeitskräfte in der Braunkohlenwirtschaft dürfen nicht für Angstkampagnen instrumentalisiert werden. Der Umbau der Energiewirtschaft in Brandenburg kann sozial verträglich gestaltet werden. Bisher werden Zahlen zur Beschäftigung in der Braunkohlewirtschaft oft stark überhöht angegeben, während keinerlei Arbeitsplatzprognosen für künftige Tagelöhne und Kraftwerke existieren. Statt durch interessengeleitete Gutachten der Kohlewirtschaft werden unabhängige Expertisen benötigt. Zu einer Reduzierung der Kraftwerkskapazitäten käme es (frühestens) in etwa zehn Jahren. Angesichts dieses Zeithorizontes und der Altersstruktur der Belegschaft ist es möglich, den Umbau sozial verträglich zu gestalten. Hierbei ist insbesondere das Unternehmen Vattenfall in der Pflicht. In der Energiebranche in Berlin-Brandenburg wird zunehmend ein Mangel an Fachkräften beklagt. Deshalb ist die Situation in keiner Weise mit dem Arbeitsplatzabbau in der Kohlewirtschaft in den 1990er Jahre vergleichbar.

Keine öffentlichen Gelder in die Braunkohlewirtschaft

Forschung zum Energieträger Braunkohle ist Aufgabe derer, die damit in den vergangenen

Jahren massive Gewinne erwirtschaften konnten. Zugleich veranlasste Vattenfall im Jahr 2009 aktiv, dass durch bundesweiten Ausgleich mit anderen Teilen des Unternehmens die Gewerbesteuererinnahmen der Braunkohlenregion deutlich sinken. Öffentliche Gelder des Landes Brandenburg für Braunkohle-Forschungen, sind vor diesem Hintergrund völlig unangemessen. Vielmehr sollten die Möglichkeiten erforscht werden, Energie zu speichern, effizient zu nutzen und einzusparen. Darüber hinaus darf der Rohstoff Braunkohle nicht weiter indirekt subventioniert werden. Die Landesregierung hat erste Schritte in Richtung einer Nutzungsgebühr für die Wasserentnahme für die Grundwasserabsenkung der Tagebaue unternommen, nun müssen entsprechend dem Koalitionsvertrag nach dem Vorbild anderer Bundesländer (z.B. Nordrhein-Westfalen) weitere folgen.

Keine neuen Tagebaue

DIE LINKE in Brandenburg hat an der Seite vieler Umweltgruppen, betroffener Gemeinden und anderer Parteien gegen den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue gekämpft. Gemeinsam wurde eine Volksinitiative durchgeführt. Die LAG Umwelt steht weiter zu diesem Ziel. Die Vernichtung von Dörfern und Kulturlandschaft durch den Braunkohleabbau ist nicht hinzunehmen.

Anlage 9

Personelle Entwicklung der LAG Umweltpolitik

Sprecher

Margitta Mächtig	April 1991 – April 1992
Jürgen Klos	April 1992 - April 1995
Annemarie Kersten	Mai 1995 – 2007
Christian Rehmer	2007 – 2009
Sylvia Voß, Peter Engert, Klaus Linke	2009 – 2010
Norbert Wilke	seit Oktober 2010

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Wolfgang Böhme (Potsdam)	seit 1996-2012 (+)
Dieter Brendahl	
Peter Engert	
Prof. Dr. Bernhard Gonnermann	
Kurt und Erna Kretschmann (Bad Freienwalde)	(+)
Karin Lück	
Erika Schulz	
René Schuster (Cottbus)	
Dr. Ilse Spahn (Langerwisch)	seit 1996
Hans-Otto Träger (Potsdam)	
Horst Wuttge	

Kontakt zur AG Umwelt

Norbert Wilke
Sprecher der LAG Umwelt
Alleestraße 3, 14468 Potsdam
Telefon 0331-20009-0
Fax 0331-20009-10
Mobil 01520-2875749

